

1981

Nach der offiziellen Statistik des Statistischen Landesamtes zählte die Stadt Kelkheim zu Beginn des Jahres 1980 zwar 27.028 Einwohner, nach den Unterlagen des hiesigen Einwohnermeldeamtes waren am 1.1.1980 jedoch 27.997 Personen in Kelkheim angemeldet. Der Unterschied ergibt sich aus der verschiedenen Beurteilung der Zweitwohnsitze. Die Einwohnerzahl von 27.997 erhöhte sich im Laufe des Jahres 1980 durch An- und Abmeldungen auf insgesamt 28.262 Personen. Neu angemeldet wurden 1.978 Personen, darunter 249 Neugeborene. Abgemeldet haben sich 1.644 Personen, und 188 Personen sind im letzten Jahr gestorben. 299 Kelkheimer haben in einer anderen Gemeinde einen weiteren Wohnsitz gegründet, 161 heben eine Zweitwohnung in der Stadt aufgegeben. Ende letzten Jahres hatten 1.094 Kelkheimer Einwohner eine Nebenwohnung. Innerhalb des Stadtgebietes sind 459 Haushalte mit zusammen 898 Personen in eine andere Wohnung umgezogen.

Ende 1980 waren in Kelkheim 1.118 Gewerbebetriebe gemeldet. Im Laufe des Jahres verzeichnete das Gewereregister 148 Gewerbeanmeldungen, 138 -abmeldungen und 80 -ummeldungen.

Beim Standesamt wurden im letzten Jahr 249 Neugeborene angemeldet, 131 Ehen geschlossen und 127 Kelkheimer sind gestorben.

Das Sozialamt hat während des vergangenen Jahres 106 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt, 26 Personen Ernährungszulagen, 46 Personen Pflegegeld und 6 Personen sonstige Hilfen.

Im Rahmen der Baustatistik wurden für die Stadt Kelkheim im letzten Jahr 276 Bauanträge und 88 Bauvoranfragen bearbeitet. Für die einzelnen Stadtteile entfallen folgende Baugenehmigungsverfahren: Alte Kernstadt Kelkheim = 162, Eppenhain 19, Fischbach 67 und auf Ruppertshain 28.

Von den Bauvoranfragen entfallen auf die alte Stadt Kelkheim 51, auf Eppenhain 6, auf Fischbach 22 und auf Ruppertshain 9. Bei den Baukosten liegen verschiedene Städte höher als die Stadt Kelkheim, weil dort im Gegensatz zu hier Großbauvorhaben verwirklicht wurden.

Die Gesamtbausumme der genehmigten Objekte im Bereich der Stadt Kelkheim lag 1980 bei 45.432.000 DM. Davon entfallen auf das Gebiet der alten Stadt Kelkheim rund 35,5 Mio. DM, auf Fischbach knapp 6,8 Mio. DM, auf Ruppertshain gut 1,0 Mio. DM und auf Eppenhain knapp 2,2 Mio. DM. Die Statistik zeigt, dass auch bei generell nachlassender Bautätigkeit in Kelkheim weiter rege gebaut worden ist.

Für das Jahr 1980 meldet die Fremdenverkehrsstatistik 32.681 Übernachtungen im Bereich der Stadt Kelkheim. Davon entfallen rund 15.500 Übernachtungen auf die alte Stadt Kelkheim, knapp 3.000 auf Fischbach, 2.000 auf Ruppertshain und 12.221 auf den Stadtteil Eppenhain. Die Hotels, Pensionen und Privatquartiere in Eppenhain sind an dieser Zahl mit rund 5.700 Übernachtungen beteiligt, der Rest in den Landheimen.

Nicht in der Fremdenverkehrsstatistik enthalten sind die Übernachtungen auf dem Campingplatz am Hof Gimmbach, auch nicht die Patienten der Gerhard-Domagk-Klinik in Ruppertshain. In dieser Klinik wurden rund 40.000 Übernachtungen registriert. Dazu muss jedoch angemerkt werden, dass die Landesversicherungsanstalt als Träger der Klinik, das Haus in seiner heutigen Funktion, demnächst schließen will. Was dann aus den Gebäuden der Klinik wird, ist bisher durch die Versicherungsanstalt Hessen nicht entschieden worden.

Die Stadt Kelkheim und die Stadt Eppstein haben nach der Gebietsreform für das Gesamtgebiet der ehemals selbständigen Gemeinden einen gemeinsamen Fremdenverkehrsverein gegründet. Auf der Jahreshauptversammlung des Vereins ist kürzlich der Vorstand neu gewählt worden. Vorsitzender ist Siegmund Schmidt, Inhaber des Reisebüros Kelkheim/Eppstein.

Kelkheim hatte nach einer Statistik 1979 Steuereinnahmen von 15,755 Mio. DM, das sind 595 Mark je Einwohner. Die Stadt liegt damit unter den 12 Städten und Gemeinden im MTK an 9. Stelle, also ziemlich weit hinten. Die meisten Einnahmen hatte Eschborn mit 1.765 Mark je Einwohner, gefolgt von Sulzbach mit 1.600 Mark. Weniger als Kelkheim nahmen nur Flörsheim mit 585 Mark, Hochheim mit 567 Mark und Eppstein mit 396 Mark je Einwohner.

Bei den Realsteuersätzen liegt für die Gewerbesteuer Hofheim mit 315 Prozentpunkten vor Kelkheim. Kelkheim und Schwalbach folgen mit 310 Punkten. Den niedrigsten Hebesatz hat Kriftel mit 270 Punkten. Auch mit ihren heutigen Steuersätzen liegen die Spitzenreiter des MTK, Hofheim, Schwalbach und Kelkheim, noch weit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Grundsteuer A wird am höchsten in Hattersheim mit 270 Prozent erhoben. Kelkheim liegt mit 200 Prozent an 5. Stelle. Am niedrigsten ist der Hebesatz in Eschborn und Sulzbach mit je 170 Prozent. Die Grundsteuer B sieht Kelkheim und Flörsheim mit je 220 Prozentpunkten an der Spitze des MTK. Eine große Zahl der Gemeinden erhebt einen Hebesatz zwischen 200 und 210 Prozent. Am Schluss liegen Hattersheim mit 180 und Hochheim mit 175 Prozentpunkten. Beim Schuldenstand zum 31.12.1979 liegt Kelkheim an dritter Stelle im MTK. Die Stadt hatte zu diesem Zeitpunkt 46.645.000 Mark Schulden, was einen Schuldenstand von 1.732 Mark je Einwohner ergibt. Stärker verschuldet sind Flörsheim mit 2.152 Mark je Einwohner und Schwalbach mit 1.783 Mark. Die anderen Gemeinden des MTK bis auf eine Ausnahme weisen einen Schuldenstand je Einwohner zwischen

1.704 und 1.152 Mark auf. Einen einsamen Rekord hält die Gemeinde Sulzbach, die je Einwohner nur eine Verschuldung von 145 Mark aufgenommen hat.

Für den Stadtbusverkehr betrug der städtische Zuschuss im Jahre 1979 noch 88.000 DM. Aufgrund der neuen Linienführung und Anbindung der neuen Stadtteile wurde eine bessere Ausnutzung des Stadtbusverkehrs erreicht, so dass der Zuschuss im Jahre 1980 nur um 6.000 Mark angestiegen ist.

Mitglieder der Sängervereinigung Alemania Concordia 1874 Ruppertshain und der Mandolinen-Club Kelkheim waren Gäste in der französischen Partnerstadt Saint-Fons. Als Auftakt des Besuches gestaltete der Verein L'Industrielle Harmonie ein großes Konzert in der Festhalle von Saint-Fons, an dem auch beide Kelkheimer Vereine mitwirkten. Es gab viel Beifall für die Sänger und Mandolinenspieler. Abends dann war die Festhalle mit über 500 Menschen gefüllt. Die Sänger wurden gebeten, beim Tanzabend möglichst schwungvolle Lieder vorzutragen. Nichts lieber als das, sagten sich die Ruppertshainer Sänger unter ihrem Vizedirigenten Adam Ulshöfer, der auch schon das erste Konzert geleitet hatte. Und da man obendrein ganz in der Nähe bester französischer Weinanbaugebiete war, konnte eines der Lieder nur heißen: "Aus der Traube in die Tonne."

Wiederum großer Beifall der Gastgeber, die ihre Gäste zu einem guten Essen einluden und auch nicht mit dem notwendigen Rotwein sparten. Fazit des Abends: man hatte sich näher kennen gelernt. Die nächste Verpflichtung dann am Sonntagmorgen, als der Chor der Sängervereinigung in der neuen Kapelle von Saint-Fons Lieder aus der Schubertmesse und das Sanctus von Silcher sang. Es war der feierliche Rahmen für die heilige Messe an diesem Morgen. Am beeindruckendsten fanden die Sänger und die Mandolinenspieler die Herzlichkeit und die Gastfreundschaft der Gastgeber und die Kochkunst der Hausfrauen.

9.1.1981: Kelkheims Naturschützer, darunter auch die Mitglieder der Bürgerinitiative Kelkheim (BIK), gründeten heute einen Ortsverband des "Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V." (BUND). Der Kreisverband des BUND wurde bereits im Frühjahr 1980 gegründet und viele Mitglieder der BIK hatten sich diesem Kreisverband bereits angeschlossen. Wie Manfred Guder, der seit Beginn als Sprecher der BIK fungiert erklärte, werde dem BUND neben weiteren vier Verbänden gemäß des neuen Hessischen Naturschutzgesetzes bereits in der Vorplanung von Vorhaben ein größeres Mitspracherecht und eine Beteiligung ähnlich den Trägern öffentlicher Belange eingeräumt.

Die Kelkheimer BIK wurde 1973 ins Leben gerufen, doch man verzichtete damals bewusst auf eine Vereinsgründung mit den notwendigen Statuten, um ohne Ballast und möglichst spontan als Arbeitskreis Einfluss auf das kommunale Geschehen nehmen zu können. Probleme innerhalb und außerhalb der Stadt schufen bereits vielfältige Kontakte zu bereits bestehenden Verbänden und Organisationen, darunter auch zum BUND, dem namhafte Wissenschaftler und Publizisten angehören. Dazu zählen u.a. Horst Stern, Frederic Vester, Carl Amery, Gerhard Thieleke, Konrad Lorenz, Bernhard Grzimek und andere. Ziel des Verbandes sei es, flächendeckend über Landes-, Kreis- und Ortsverbände in der Bundesrepublik vertreten zu sein, wobei Neutralität gegenüber allen Parteien und Institutionen in der Satzung festgeschrieben sei. Vorsitzender des Ortsverbandes der BIK im BUND wurde Manfred Guder, seine beiden Stellvertreter sind D. Walch und L. Robens, die Kasse wurde von R. Strack übernommen. Die BIK im BUND möchte mit allen Parteien und Verbänden im März vor den Kommunalwahlen eine Bürgerversammlung durchführen. Dabei sollen aufgrund einer Fragebogenaktion Fragen zu anstehenden städtischen Problemen beantwortet werden, um den Bürgern eine Entscheidungshilfe zukommen zu lassen.

"Da platzt einem doch der Kragen", macht Reinhard Herr, Vorsitzender der Bürgervereinigung Altmünster, in einer Presseerklärung seinem Ärger Luft. Vor 10 Jahren hätten Kelkheims Stadtväter die Restaurierung des alten Münsterer Rathauses beschlossen, doch geschehen sei bislang nichts. Obwohl der Beginn der Sanierungsarbeiten bereits für vergangenen Herbst von Bgm. Dr. Stephan in Aussicht gestellt worden sei, stehe nun zu befürchten, dass die Baukolonne auch in diesem Jahr wieder nicht anrücken werde.

Aktueller Grund des Bürgerzorns: Stadtkämmerer Karlheinz Klug hat in seiner Etatrede während der letzten Stadtverordnetensitzung auf das Riesenloch in der Stadtkasse verwiesen und erklärt, bei den derzeit hohen Zinsen denke er nicht daran, teure Kredite zur Finanzierung der Rathaussanierung aufzunehmen. Der Erste Stadtrat: "Das alte Rathaus in Münster steht rund 400 Jahre, es wurde in den vergangenen Jahren, als bessere wirtschaftliche Verhältnisse herrschten, nicht renoviert, es kann auch jetzt noch etwas warten." Dieser Passus der stadträtlichen Rede brachte die Münsterer in Harnisch. Sie offenbart aber auch Streitigkeiten zwischen Bürgermeister und Erstem Stadtrat in dieser Frage. Bgm. Dr. Stephan plädiert für die Sanierung des Gebäudes und setzte durch, dass entsprechende Mittel (zusammen 800.000 Mark) im Etatentwurf für 1981 ausgewiesen wurden. Erster Stadtrat Klug indessen gab seinem Magistratschef kontra und forderte die Stadtverordneten auf, diese Summe aus dem Haushaltsplan zu streichen. Das Stadtparlament, das den Etat am 30. Januar verabschieden wird, hat jetzt das letzte Wort.

Die Bürgervereinigung Altmünster wurde 1975 mit dem Ziel gegründet, den alten Ortskern Münster zu erhalten. Um Bewahrung des historischen Stadtkerns kämpfen die Münsterer umso mehr, als ihnen die Kelkheimer "Planierarbeiten-Sanierung" als warnendes Beispiel für den Verlust stadtgeschichtlicher Identität ständig vor Augen steht. Auch das Münsterer Rathaus sollte einmal der Spitzhacke zum Opfer fallen, sogar Erster Stadtrat Klug, selbst gebürtiger Münsterer, plädierte 1965 für den Abbruch, der dann auch in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Nur das Machtwort des Landeskonservators Dr. Kiesow rettete das Fachwerkgebäude vor der Zerstörung. Inzwischen hat aber bei den Parlamentariern der Möbelstadt und auch bei Erstem Stadtrat Klug ein Gesinnungswandel eingesetzt. Sie erkannten den historischen Wert des früheren Verwaltungssitzes und machten sich für die Erhaltung des inzwischen arg ramponierten Gebäudes stark. 1974 schließlich hoben die Stadtverordneten ihren 9 Jahre zuvor gefassten Abrissbeschluss wieder auf.

Die Bürgervereinigung wacht seit ihrer Gründung mit Argusaugen darüber, was in ihrem Stadtteil geschieht. So registrierten sie 1967 mit Entsetzen, dass von der Rathausuhr nur noch das Zifferblatt übrig geblieben war. Die Stadt hatte veranlasst, das Uhrwerk auszubauen und in der alten Hornauer Kapelle zu installieren. Der erste Antrag der Münsterer Vereinigung an den Magistrat forderte eine neue Rathausuhr, ihrem Begehren wurde auch stattgegeben.

Der Empfehlung des Stadtkämmerers folgend, wollen die Münsterer Bürger ihre Initiativen jedoch nicht nur auf Forderungen beschränken. Sie arrangieren seit 1976 alljährlich ein "Dallesfest", bei dem sie jedes Mal ein hübsches Sümmchen einnehmen konnten. Rund 25.000 Mark hat die Bürgervereinigung bislang auf das Rathaus- Spendenkonto überwiesen - als Startkapital für die aufwendige Renovierung. Deren Kosten wurden vor 10 Jahren noch auf 50.000 Mark geschätzt, mittlerweile sprechen Experten von 800.000 Mark, und niemand weiß, ob dieser Betrag auch ausreichen wird. Erster Stadtrat Klug fordert daher vor Beginn der Sanierungsarbeiten eine verbindliche Kostenkalkulation, "damit wir nicht das gleiche Debakel erleben wie die Hofheimer". Dort war die Renovierung dreimal so teuer wie anfangs geschätzt.

Bei allem Verständnis für gewissenhafte Finanzierungsplanung fehlt der Bürgervereinigung doch Verständnis dafür, dass zehn Jahre nicht ausreichen, um eben diese jetzt geforderte Kostenermittlung abzuschließen. Mit Schuldbewusstsein quittiert man im Kelkheimer Rathaus diesen Vorwurf, "der nicht ganz unberechtigt ist", wie Karlheinz Klug formuliert. Er indessen sei unschuldig an diesen Verzögerungen. Baudezernent sei Bgm. Dr. Stephan, der - wie in CDU- Fraktionskreisen inzwischen offen zugegeben wird - in seiner Doppelfunktion als früherer ehrenamtlicher Umlandverbandsdirektor und Kelkheimer Bürgermeister erheblich überlastet gewesen und bei manchen "Kelkheimer Problemen" nicht mehr nachgekommen sei.

Bgm. Dr. Stephan, im vergangenen Jahr Schirmherr des Dallesfestes in Münster, versprach der Bürgervereinigung, noch vor Beginn der Kirchweih (im September) werde man Richtfest der Rathausrenovierung feiern können. Doch mit dieser forschen Absicht vermochte sich Dr. Stephan offensichtlich gegenüber seinem bedächtig handelnden Stadtkämmerer nicht durchzusetzen. Die Renovierung verspricht kompliziert zu werden. Das Gebäude ist nicht unterkellert. Daher muss es ähnlich wie die Frankfurter Hauptwache abgetragen und über einem neu gebauten Keller wieder aufgebaut werden. Nach den Vorstellungen der Bürgervereinigung soll hier ein Weinlokal entstehen - ein Vorschlag, dem Erster Stadtrat Klug wegen dreier Gaststätten in unmittelbarer Nachbarschaft zum Alten Rathaus, keine großen Zukunftschancen gibt.

Die Bürgervereinigung Altmünster erwartet jetzt eine zuverlässige Auskunft über den Beginn der Renovierungsarbeiten. "Zehn Jahre Planungszeit sind genug." Wenn jetzt kein Geld dafür vorhanden sei, so werde das auch in den nächsten Jahren nicht anders sein. Die großen Resonanzen ihres Dallesfestes beweisen, dass die Forderung der Bürgervereinigung von den meisten Münsterern unterstützt wird. Die Hinhaltetaktik der Kommunalpolitiker führe zu einem Vertrauensschwund bei den Bürgern. "In Zukunft wird kein normal denkender Kelkheimer mehr den Aussagen der in der Verantwortung stehenden Politiker Glauben schenken." (Artikel aus der FR).

16.1.1981: Mit einem offenen Brief informiert die Freiwillige Feuerwehr K.-Mitte die Öffentlichkeit über den Stand des seit 10 Jahren geforderten, bis heute aber noch nicht realisierten Neubaus eines Feuerwehrgerätehauses. Das Schreiben ist von Wilhelm Hoppe, dem Wehrführer, der gleichzeitig Stadtbrandinspektor ist, unterzeichnet und an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung geschickt. Am 7. Dezember 1970 - so heißt es in dem Brief - sei die Stadt Kelkheim erstmals, dann am 6. November 1973 und am 21. Oktober 1977 zum zweiten und dritten Mal vom RP in Darmstadt als Aufsichtsbehörde aufgefordert worden, im Stadtteil K.-Mitte ein neues Feuerwehrhaus zu bauen, weil das alte Haus gegen die Reichsgaragenordnung verstößt. Wörtlich werde in den Prüfberichten des RP festgestellt: "...das vorhandene Feuerwehrhaus entspricht nicht den feuerwehrtechnischen Anforderungen. Eine unfallfreie Unterstellung der Fahrzeuge ist nicht gegeben. Der Neubau eines Feuerwehrhauses ist notwendig." Die Stadtverordnetenversammlung habe daher den Magistrat am 19. September 1973 beauftragt: "Der Bau eines Feuerwehrhauses für K.-Mitte einschließlich der Räumlichkeiten für Hilfsdienste ist in einem neuen Investitionsplan für die Jahre 1975/76 vorzusehen." Leider habe der Magistrat der Stadt Kelkheim diesen

Beschluss bis heute nicht in die Tat umgesetzt. In tiefer Sorge um die weitere Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr K.-Mitte und im Hinblick auf die in den nächsten Tagen stattfindenden Haushaltsberatungen für das Jahr 1981 appelliert Hoppe an die Stadtverordneten, sich mit ganzer Kraft und mit geeigneten Maßnahmen dafür einzusetzen, dass die für den Bau des Hauses noch notwendigen Beschlüsse schnellstens gefasst werden.

Wörtlich heißt es weiter: "Weiterhin bitten wir Sie, den Bau des Feuerwehrhauses - eine Pflichtaufgabe der Stadt Kelkheim gemäß dem Hess. Brandschutzhilfleistungsgesetz - auf der Investitionsliste an die erste Stelle zu setzen und andere Vorhaben, die zwar wünschenswert erscheinen, jedoch gesetzlich nicht gefordert werden, zurückzustellen, damit den Bürgern unserer Stadt jederzeit ohne Einschränkungen Hilfe bei Bränden und sonstigen Notständen geleistet werden kann. Die Feuerwehr rechne daher in dieser Sache mit der uneingeschränkten und vorbehaltlosen Unterstützung der Stadtverordneten, schließt Wilhelm Hoppe seinen Brief.

18.1.1981: Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Claßen konnte zahlreiche Gäste zum Neujahrsempfang der Stadt Kelkheim begrüßen, an der Spitze den Landrat Dr. Löwenberg und die hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Wolfgang Knoll und Jürgen Nagel, sowie den Kreistagsvorsitzenden Dr. Großmann. Wie in den vergangenen Jahren waren Vertreter der Vereine und Verbände, des Handels und des Gewerbes eingeladen, Führungskräfte der Betriebe, die Pfarrer, Vertreter der befreundeten Bundeswehreinheiten, aus dem öffentlichen Leben der Stadt die Träger von Kelkheimer Ehrenzeichen, insbesondere die Träger der Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette, des Ehrenringes und der Ehrenspange der Stadt, schließlich die Damen und Herren des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

In den Ansprachen des Bürgermeisters und des Stadtkämmerers war in diesem Jahr die gebotene Sparsamkeit mit öffentlichen Mitteln das Leitmotiv. Bgm. Dr. Stephan ging auf die enormen Kostensteigerungen durch die Verteuerung der Energie ein und beschrieb die Reaktion der Stadt auf die Preisentwicklung. Ölheizungen in städtischen Einrichtungen sind teilweise auf Erdgas umgestellt worden. Dabei geht es nicht nur um den Kostenvorteil, der möglicherweise wieder ausgeglichen wird, sondern vor allem um höhere Sicherheit bei der Energieversorgung. Deshalb hat die Stadt Kelkheim aus städtischen Mitteln 800.000 Mark beigetragen, um den Erdgasanschluss für die Stadtteile Fischbach, Ruppertshain und Eppenhain zu ermöglichen.

Bei der Stadtverwaltung sollen langfristig die Personalkosten durch stärkeren Einsatz automatisierter Datenverarbeitung gesenkt werden. Eine eigene EDV-Anlage macht die Stadt unabhängiger in der Verfügung über die gespeicherten Daten. Innerhalb von zwei Jahren soll das gesamte Kassen-, Haushalts- und Rechnungswesen sowie das Meldewesen auf automatisierte Datenverarbeitung umgestellt sein. Die Stadt Kelkheim will ihre Einnahmen nicht durch Steuererhöhungen steigern, sondern versuchen, durch Ansiedlung zusätzlichen Gewerbes die Steuerkraft zu stärken. In Fischbach stehen mittelfristig drei bis vier Hektar Gewerbefläche zur Verfügung. In Kelkheim soll versucht werden, innerhalb der nächsten Jahre noch 15 bis 20 Hektar Gewerbefläche bereitzustellen.

Bürgermeister Dr. Stephan ging auch auf die Pläne für die neue Stadtmitte ein. Gut zwei Hektar Fläche sind im Besitz der Stadt. In Straßenbau und in Versorgungs- und Entsorgungsleitungen sind bereits rund 10 Mio. Mark investiert. Der Wettbewerb über die Gestaltung der Stadtmitte als innerstädtisches Einkaufszentrum wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres sichtbare Ergebnisse bringen.

Stadtkämmerer Karlheinz Klug schilderte die finanziellen Verhältnisse der Stadt als geordnet, wenn auch im freien Spielraum stark verkürzt. Es sei deshalb nicht die Zeit für große Investitionen, um nicht weitere hohe Folgekosten zu verursachen. Der Kämmerer sieht in dieser Lage eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes nicht als diskutabel an. Immerhin sei es schon eine beachtenswerte Leistung, dass die Stadt den Hebesatz der Grundsteuer B seit 24 Jahren, den Hebesatz der Grundsteuer A seit 16 Jahren und den Hebesatz der Gewerbesteuer seit 9 Jahren unverändert beibehalten habe.

Der Zusammenschluss von Kelkheim mit den finanzschwachen Gemeinden Fischbach und Rossert im Zuge der Gebietsreform am 1.1.1977 habe Kelkheim gegenüber anderen Städten einige Nachteile gebracht. Das Gewerbesteueraufkommen der neuen Stadt Kelkheim liege 1980 trotz der Steigerung auf 5,8 Mio. Mark bei nur 215 Mark je Einwohner. Die Nachbarstadt Hofheim kommt auf eine Einnahme von 426 Mark je Einwohner, Eschborn sogar auf 1.100 Mark je Einwohner. Stadtkämmerer Karlheinz Klug schloss seine Rede mit dem Satz, dass zwar vieles wünschenswert, aber nichts dringend an städtischen Maßnahmen erforderlich sei. Wenn die Stadt ihr Tun danach einrichte, werde sie trotz angespannter Finanzen auch das Jahr 1981 in geordneten Verhältnissen überstehen.

Auf dem Rettershof wird ganz legal Schnaps gebrannt, denn das Hofgut besitzt ein Brennrecht bis zu vier Hektoliter jährlich. Brennmeister Karl Müller und Gutsverwalter Rolf Friedrich sind dabei, das aus eigener Ernte stammende Obst zu Marillenbrand, Zwetschgenschnaps und Kirschgeist zu verarbeiten. Es handelt sich hierbei um eine reine Obstbrennerei, in der auch Apfel- und Birnenschnaps hergestellt werden kann. Der Obstschnaps soll auf Flaschen gezogen werden und nicht nur im gastronomischen Bereich des

Rettershofes ausgeschrieben, sondern auch in Geschäften in Kelkheim verkauft werden. Ein Problem haben die Schnapsbrenner noch, sie haben noch keinen Namen für ihr Produkt. Die Bevölkerung ist aufgerufen, bei einer Namensfindung mitzuhelfen.

24.1.1981: Bei der Planung des Gemeindezentrums Fischbach war ursprünglich nicht daran gedacht, dort eine ständige Gaststätte einzurichten. Noch während des Baues hat jedoch die Gemeinde Fischbach ein Restaurant eingeplant. Dabei zeigten sich Schwierigkeiten, weil das Restaurant nur noch im hinteren Teil des Bürgerhauses untergebracht werden konnte. Im Eingangsbereich, wo die Gaststätte von außen zugänglich gewesen wäre, befand sich die Garderobenanlage für den großen Saal. Im Zuge von baulichen Veränderungen wurde jetzt ein neuer Zugang zum Saal geschaffen. Unabhängig hat jetzt die Gaststätte auch einen eigenen Eingang. Beim Eingang zum Saal wurde auch eine eigene Garderobe eingerichtet. Der Zugang zu den Gasträumen befindet sich jetzt dort, wo bis jetzt der Haupteingang war. Durch den Umbau ist ein Restaurant mit 60 Plätzen entstanden, die sich um eine freistehende Theke gruppieren. Ferner wurde im bisherigen Seitenbereich des Saales ein schöner Nebenraum mit ebenfalls 60 Plätzen gewonnen, wo kleinere Gruppen zusammenkommen können. Außerdem steht weiterhin ein kleiner Nebenraum mit 40 Plätzen zur Verfügung. Der gastronomische Bereich des Gemeindezentrums hat damit eine betriebswirtschaftlich ausreichende Größe.

Bereits seit dem 1. Januar 1981 ist das neue Lokal für das Publikum offen, und es sind schon zahlreiche Bürger dort gewesen. Die offizielle Übergabe erfolgte heute in Anwesenheit von Mitgliedern der städtischen Gremien, den Mitarbeitern der Baufirmen und den Vorsitzenden der Fischbacher Vereine.

Nachdem das Motorschiff "Kelkheim" von Paranagua in Brasilien kommend in Rotterdam eingetroffen ist, hat sich Kapitän Schander bei der Stadt Kelkheim für die Weihnachts- und Neujahrsgrüße bedankt. Es sei für Seeleute immer eine Freude, wenn sie merken, daß sie im Binnenland nicht vergessen seien, schreibt der Kapitän und gibt einige Erläuterungen zu den jüngsten Fahrten des Kelkheimer Patenschiffes.

Die 64. Reise des MS Kelkheim führte mit einer Ladung von 38.000 Tonnen verschiedener Getreideprodukte aus Argentinien und Brasilien nach Europa. Die Fahrtroute führte von der Mündung des Rio de la Plata über Paranagua in 19 Tagen nach Rotterdam. Trotz beinahe zehnjähriger Dienstzeit befindet sich das Patenschiff in gutem Zustand und zeige den Namen Kelkheim ehrenvoll in aller Welt, schreibt der Kapitän. Die "Kelkheim" wird in so genannter Trampfahrt weltweit eingesetzt. Außer der Besatzung sind neun nautische Offiziersbewerber zur Ausbildung an Bord. Das von der Stadt Kelkheim überwiesene Geldgeschenk soll für eine Ausflugsfahrt oder zur Vervollständigung der Sportausrüstung verwendet werden.

Das Motorschiff "Kelkheim" ist bereits das dritte Schiff mit dem Namen der Stadt Kelkheim. Das erste Schiff dieses Namens ist in den 30er Jahren vom Stapel gelaufen und durch Kriegseinwirkung vor Norwegen gesunken. Die zweite "Kelkheim" ist nach dem 2. Weltkrieg gebaut und gefahren worden, inzwischen aber schon abgewrackt. Die dritte "Kelkheim" wurde vor zehn Jahren gebaut und in Anwesenheit eines Vertreters des Magistrats der Stadt Kelkheim getauft und in Dienst gestellt.

Reinhold Wallmeyer, langjähriger Bürgermeister der Gemeinde Fischbach und nach der Zusammenlegung mit der Stadt Kelkheim noch für die CDU im Stadtparlament tätig, hat jetzt seinen Austritt aus der CDU erklärt. In einem Schreiben legte er die Gründe für diesen Schritt dar: "Aus der CDU-Kelkheim bin ich u.a. deshalb ausgetreten, weil kein zuständiges Mitglied der Partei es für notwendig erachtete, mit mir darüber ein Gespräch zu führen, dass ich für Parteiaufgaben nach der Kommunalwahl im März 1981 nicht mehr vorgesehen bin.

Nach fast 20-jähriger, vielseitiger Tätigkeit für die Partei hätte ich erwartet, dass man mich zumindest davon unterrichtet hätte, dass ich nicht mehr nominiert werde. Ich verstehe das Verhalten der CDU-Kelkheim so, dass meine Mitarbeit nicht mehr erwünscht ist, und ich betrachte die Angelegenheit mit meinem Parteiaustritt als erledigt. Wenn man mir dieser Tage nachsagt, ich sei deshalb aus der CDU ausgetreten, um mich einer anderen politischen Richtung anzuschließen, so stelle ich hierzu fest, dass ich meine politische Einstellung in keiner Weise geändert habe. Durch meinen mit unabhängigen Bürgern und anderen Freunden aus meiner früheren Amtszeit aufgenommenen Kontakte will ich anzeigen, dass ich in Zukunft an keine Partei mehr gebunden und auch ein unabhängiger Bürger sein will. Ich strebe auf diesem Wege nicht - wie mir unterstellt wird - die Erlangung eines Mandates in der Kommunalwahl 1981 an. Ich werde daher auch auf keiner Liste als Bewerber kandidieren."

Auch die Kelkheimer CDU nimmt mit einer Verlautbarung ihres Vorsitzenden, Dr. Klaus Fischer, zum Austritt des ehemaligen Fischbacher Bürgermeisters Reinhold Wallmeyer aus der CDU Stellung. Hier der Text: "Herr Wallmeyer hat sich von allen Seiten anerkannt, besondere Verdienste um die schnell wachsende Gemeinde Fischbach erworben. Seinen Austritt aus der CDU im Januar 1981 haben wir überrascht zur Kenntnis genommen, denn die Erfolge gründen sich zu einem großen Teil auf die politische Basis der CDU.

1961 trat Herr Wallmeyer in die CDU ein, um kurz danach als Bürgermeister die Geschicke Fischbachs zu leiten. Er übte dieses Amt bis 1977 aus, bis zu jenem Zeitpunkt, an dem der Landesgesetzgeber den Zusammenschluss der Gemeinden Fischbach und Rossert, mit der Stadt Kelkheim verfügte. Danach war er zwei Jahre als Stadtverordneter ehrenamtlich in der Stadtverordnetenversammlung von Kelkheim tätig. Seinen Sitz im Stadtparlament gab er im Juli 1979 freiwillig auf. Zuvor hatte Herr Wallmeyer Parteifreunden gegenüber wiederholt erklärt, dass er sich aus der Kommunalpolitik zurückziehen wollte. Aufgrund des eigenen Verhaltens war kaum noch ein Interesse an der Mitarbeit in der CDU erkennbar".

28.1.1981: Die katholische Kirchengemeinde feiert in diesem Jahr das zweihundertjährige Bestehen der St. Dreifaltigkeitskirche in Fischbach. Die Gemeinde will dieses Ereignis besonders herausheben und mit Veranstaltungen bis in den Dezember hinein würdig begehen. Auftakt der Feierlichkeiten war die Eröffnungsfeier, zu der ein Festgottesdienst und ein Festakt gehörten. Gäste an diesem Abend waren viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, allen voran Landrat Dr. Löwenberg und Bürgermeister Dr. Winfried Stephan. In seiner Begrüßungsansprache hatte Pfarrer Bertram Rohr über die geistigen und konfessionellen Strömungen in Deutschland vor 200 Jahren berichtet, in gewisser Weise aufgegriffen vom stellvertretenden Vorsitzenden des Pfarrverwaltungsrates und Mitglied des Pfarrgemeinderates, Dr. Erhard Jury, der das politische Spannungsfeld dieser Zeit untersuchte. Begeistert empfangen schon beim Betreten des Podiums wurde Pfarrer Pabst, der von 1952 bis zu seiner Pensionierung Seelsorger der St. Dreifaltigkeitsgemeinde in Fischbach war und einen geschichtlichen Überblick der früheren Kirchen, Kapellen sowie der Dreifaltigkeitskirche vermittelte. Landrat Dr. Löwenberg, der immer wieder auf interessante Bauten anzusprechen ist, gestand dem Auditorium, dass er besonders von der Fischbacher Kirche angetan sei. Bürgermeister Dr. Winfried Stephan bejahte ausdrücklich das Füreinander und Miteinander von Kirche und Kommune. Umrahmt war die Feierstunde von Mendelssohn-Quartett, das Werke von Wolfgang Amadeus Mozart spielte.

Vom Neubau der Kirche in Fischbach vor 200 Jahren (v. Ludwig Uhlmann): In diesem Jahr wird von der katholischen Pfarrgemeinde in Fischbach die zweihundertjährige Wiederkehr der Errichtung ihrer Kirche im Jahre 1781 gefeiert. In der aus diesem Anlass herausgegebenen Festschrift - sowie auch in dem kleinen Führer durch die Wallfahrtskirche zur Hl. Dreifaltigkeit - ist angeführt, dass der damalige Pfarrer J. Conrad Anderetsch drei Jahre vorher, 1778, ein dringendes Gesuch um "Reparatur und Erweiterung" der alten Kirche an die erzbischöfliche Behörde in Mainz gerichtet hatte und daraufhin 5.489 Gulden des Kirchenvermögens für den geplanten Zweck freigegeben wurden.

Dass diese Summe vermutlich nicht ausreichte, dass im Gegenteil beträchtliche Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der Mittel für den Kirchenbau vorgelegen haben müssen, wie man es dann aber doch noch schaffte, und welche Kosten wirklich entstanden sind, das zeigt ein Blick in die noch vorhandenen "Rechnungen über die Kirchen-Gefälle zu Fischbach" aus den Jahren 1781 bis 1787. Diese "Fischbacher Kirchenrechnungen" wie man sie auch nannte, wurden während dieser Zeit "geführt durch Johannes Wittekind" (er stammte aus der heute noch in Fischbach ansässigen Familie Wittekind), dem "verpflichteten ständigen Kirchenbaumeister".

Ein solcher Amtstitel hatte aber nichts mit dem Neubau der Kirche selbst zu tun, sondern so - oder als Kirchenpfleger bzw. -vorsteher - wurde seinerzeit derjenige bezeichnet, den wir jetzt als Kirchenrechner kennen. Auch das Geld, das man damals kannte, war ein anderes als das, was man heute hat. Denn so, wie wir mit Mark, Groschen und Pfennigen umgehen, rechnete man früher mit Gulden (abgekürzt: fl, das kommt von Florin), Kreuzer (xr) und Pfennigen (ch). Da waren 4 Pfennige 1 Kreuzer und 60 Kreuzer ergaben 1 Gulden.

Nicht nur Einzelheiten über den Kirchenneubau bringen diese alten Papiere, sie erzählen uns auch sehr genau, wer dabei mitgewirkt hat. Doch bevor damals der Bau begonnen wurde, hatten die hauptsächlich beteiligten Handwerker ihre "Acorde" (das sind feste Kostangebote) abgegeben, die dann beim seinerzeit so genannten "Keller des Amtes" - was ungefähr der Stellung eines heutigen Landrates entspricht - in Eppstein "verwahrlich beygelegt" wurden.

Bereits bei den ersten in den Rechnungen auftauchenden Ausgaben für Baukosten bemängeln die Prüfer der vorgesetzten Behörde jedoch, dass aus keiner Quittung "das votum" (was so viel wie eine amtliche Zustimmung oder Einverständniserklärung zu dem eingereichten Kostenvoranschlag bedeutet) "des accordierten lohns ersichtlich ist, mithin man nicht wissen kann, ob einige ausbezahlt oder gar überbezahlt worden, ja noch weniger, was einer und wie viel zu fordern habe". Dazu weiter in einer "Anmerkung über die Fischbacher 1781 und 82er Kirchenbau-Rechnung":

"Erscheinen der Ortsschulth(ei)ß Heinrich Leicher, dann der Kirchenbaumeister Johann Wittekind, und im Namen des krankliegenden Herrn Pfarrers Anderetsch der Hr. Caplan Conrad Demper, welche sämtlich zu vernehmen gaben, dass ihnen nichts von accorden über die neu erbauete Kirche, als neuen Orgel, noch weniger von denen höheren orten ratificierten" (das heißt genehmigten) "Bau Zetteln und übrigen Posten bewußt seye" und "man sich in Gefolge dieses gänzlich außerstande sehe, die Rechnungen zur revidieren, indeme in beyden Rechnungen häufige Kirchebau und Zehrungs Kosten eingeführt sind, und

Man ohne vorheriger genommener Einsicht der ratifizierten bau Überschlägen keine Notamina" (Anmerkungen) "formieren kann, in welchem an Betracht Mann auch erachtet die Revision solcher Rechnungen höheren Orten lediglich zu überlassen".

Der daraufhin um Aufklärung ersuchte Kirchenvorstand erwidert, dass die in der Eppsteiner Amtsstube befindlichen Kontrakte "sich nach dem Tod des" (kurz vor oder bei Kirchenbaubeginn gestorben) "Kurfürstlichen Herrn Amtskeller Wentzells aus selbiger verloren haben, doch kann man wohl wissen, was, und wie viel ein jeder Handwerksmann zu empfangen hat, weil Herr Pfarrer Hochwürden bey abgeschlossenen accorden dieses alles in sein Manual" (das ist ein Hand- oder Tagebuch) "eingetragen hat".

Im Zusammenhang mit dem Tode des Eppsteiner Amtskellers muss hier nun erst aber noch eine weitere Stelle aus der bereits oben genannten "Anmerkung..." zitiert werden, die bezeugt, dass man schon anfangs bei der oberen Behörde glaubte, die ursprünglich vorhandenen Gelder würden kaum die entstehenden Kosten decken können. Es heißt da: "finaliter" (das bedeutet letztlich) "muss hierher vermeldet, dass Herr Amtskeller Wentzell seel(ig), noch vor dem Anfang des Kirchen Baues alle receßen Schulden (das sind überfällige Außenstände, also Geld, dass die Kirche von anderen zu bekommen hat) "des Erzbischöflichen hohen Befehls gemäß aufgekündigt hatte, die auch damals ohnfehlbar bezahlet worden seyn, wenn nicht mittlerweile die unerforschlichen Rathschlüsse Gottes selbigen zur Ewigkeit abgefordert hätten; die Kirche bliebe hiernächst hülflos ob man gleichwohl um die Amtliche Hülfe bey dem damaligen Kurfürst(ich)en Amt zu Königstein mehrmalen nachgesucht hatte, man war demnach gezwungen alle möglichen Mittel den angefangenen Kirchenbau fortzusetzen, zu ergreifen, welche man einmalig würde ergriffen haben, wenn oben bemelter Herr Amtskeller Wentzell mit dem Tod nicht wäre übereilt worden. Übrigens werde nicht ermanglen, diesen hochlöblichen Kurfürst(ich)en Amt alle Receßen nächstens unterthänig gehorsamst einzureichen."

Über eines der ergriffenen Mittel, die Finanzierungslücken für den begonnenen, aber kostendeckungsmäßig nicht ausreichend abgesicherten Kirchenneubau zu schließen, berichtet die Kirchenrechnung für das Jahr 1782. Dort findet sich unter der Rubrik "Einnahme an Geld an anderswo aufgenommenen Capitalien", der Vermerk: "Von der Kirche Gimbach" (das bedeutet aus dem Vermögen der Gimbacher Filialkirche oder Kapelle) "sind zu bestreitung der orgelbaukosten vorgeschossen worden 150 fl" (Gulden) und gleich danach "Mehr zur glaser und bildhauer arbeit 240 fl - Summa 390 fl". Diese Gelder wurden also zur Begleichung von vorab entstandenen Kosten benötigt, die nicht am Fischbacher Bauplatz angefallen waren, sondern in den Werkstätten auswärtiger Handwerker.

Wie nun aus den Urkunden weiter hervorgeht, hatte man (wahrscheinlich im Jahre 1780) die alte Kirche abgebrochen und ihre baulichen Reste, soweit sie nicht wieder verwertet werden konnten, versteigert. Denn schon die 1781er Rechnung führt 66 fl (Gulden), 18 xr (Kreuzer) als Einnahme aus Verkäufen "an die Gemeind" (das ist die Einwohnerschaft) "für Spähn und altes Bauholz" auf, wobei die Revisoren beanstandeten, dass kein "ordentliches Versteigerungsprotokoll geführt" worden sei. Und später hat "philipp Marx nagel, Schmitt für alte Schieferstein" (das sind Dachschiefer) 40 xr gezahlt und "für altes bauholz und doppeldiehl" wurden nochmals 52 fl, 10 xr erlöst. Letztlich wurden der alte Altar sowie die Kommunikantenbank an die Kirche von Vockenhausen verkauft, was 24 fl brachte, und ein "Lieutenant" Schwarz sowie Philipp Berninger erwarben zwei alte Glockenseile.

Bis auf einige Mauerreste der ehemaligen alten Sakristei hinter dem heutigen Hauptaltar war - wie in dem "Kleinen Kunstführer" durch die Fischbacher Kirche erwähnt - vor gut 200 Jahren sodann von dem Vorgängerbau aus dem Jahre 1686 nichts mehr vorhanden, und man konnte darangehen, den neuen Bau im Rokokostil emporzuziehen. Doch zuvor musste das Baumaterial - soweit es nicht am Ort vorhanden war - herangeholt werden, und "indeme es an Vorrath Baaren gelds mangelte" (wie es einmal in diesen Rechnungen ausgedrückt wird), ließ man sich wieder etwas einfallen, um Kosten zu sparen.

Was, das lesen wir in der Rechnung auf das Jahr 1781, wo berichtet ist, dass der Schultheiß von Fischbach (heute würden wir Bürgermeister sagen) 4 Gulden, 40 Kreuzer dafür erhält, "auf allen botschaften in der Nachbarschaft herum zu gehen, um die Gemeinheiten zu beiführung deren bau Materialien anzusprechen", was nichts anderes heißt, als die Nachbargemeinden zu bitten, die Baustoffe kostenlos anzufahren. Ob es sich dabei um so genannte Herrendienste handelte, zu denen die Dörfer verpflichtet waren und die der Kurfürst an die Fischbacher Kirchengemeinde abgetreten hatte, oder ob diese Spanndienste freiwillig gewährt wurden, das lässt sich nicht ganz klar feststellen.

Jedenfalls verhallte das Hilfeersuchen bei den Nachbarn nicht ungehört, denn schon gleich auf der nächsten Rechnungsseite ist unter dem Titel "Ausgab Geld für Zehrung" verzeichnet, wer alles - nur für Speis und Trank - beim Heranfahren mitgewirkt hat; und zum Teil auch, woher die Sachen geholt wurden. Da haben als erstes (die Leut) "von Oberjosbach" sowie "die Gemeind von Vockenhausen stein", "die schneidheimer" (Schneidhainer) "sand gefahren, und diesertwegen verzehrt" insgesamt 1 fl, 51 xr, dann bekommt "die Oberliederbacher Gemeind für gethane Holtz fuhren von Höchst 2 fl und 44 xr", "dergleichen die Niederhofheimer Gemeind 1 fl, 12 xr", auch haben die Zeilshheimer Gemeind ebenmäßig von diesem Holtz", "die sosselheimer (Sossenheimer) "mitgefah(en)", "die unterliederbacher gleichermassen an diesem

Holz gefahren und verzehrt" zusammen 10 fl, 23 xr, und "dem H(ernn) schultheisen von Fischbach" gab man für "tannen Holtz von Höchst zu fahren 1 fl, 28 xr".

(Diesen vielen Holzfuhrn von Höchst her, lassen übrigens die Vermutung zu, dass ein großer Teil des in der Kirche verbauten Holzes mit Flößen mainabwärts aus Franken gekommen ist. Irgendeine Urkunde, die das belegen könnte, ist leider nicht vorhanden). Weiter brachten "die bremthaler im stamm Holtz zum beysteierer" (Beihilfe), "der schneidmeimer Müller im stamm Holtz aus dem Hornauer Wald", "die Ehlhalter" haben "mit 2 doppelten Fuhren Holtz beigefahren", "die Gußbächer" (Josbacher) "de(ren)gleichen", und es wurden verzehrt 1 fl, 41 xr. "Für Holtz Anweisung" wurden (den Leuten ?) "zu Wildsachsen und langenhain zahlt 20 xr", bei "5 Holtz fuhrn von schlosborn verzehrt 1 fl, 52 xr"; die "von Vockenhausen" haben "1 stamm Holtz aus ihrem Wald gefahren" und "die Hoffelder" - damit könnten die drei selbständigen Hofstellen Gimbach, Heusels und Retters gemeint sein - waren "mit 3 Holtz fuhrn" dabei, was nochmals 1 fl, 2 xr Zehrgeld macht. Darauf noch "die Fuhrleut, so 24 karn mit leyen geführt" - das sind Dachschieber - haben verzehrt 1 fl, 45 xr.

Als letzte sind nun noch die Fuhrleute zu nennen, die den Kalk herbeibrachten. Da heben einmal die "von Niederjosbach 40 bütten Kalch" sowie auch "die Kelkheimer Gemeind Kalch gefahren", sodann wurden nochmals "von Massenheim 50 bütten Kalch beigefahren, und verzehrt worden" dabei 5 Gulden und 21 Kreuzer. Weil aber Massenheim im so genannten "Blauen Ländchen" lag, dem hessen-darmstädtischen Amte Wallau, was vom Kurfürstentum Mainz aus gesehen "Ausland" war, so hatte man "für Zoll von Kalch fuhrn" darüber hinaus noch 4 Gulden zu zahlen.

Nachdem über die Beschaffung des Materials berichtet worden ist, kommen wir jetzt zu den Handwerkern, die beim Bau und Ausbau der Kirche mit tätig waren. Deren Namen sowie die Beträge, die ihnen für ihre Arbeit gezahlt wurden, finden wir über mehrere Jahre hinweg jeweils aufgeführt unter dem Rechnungsabschnitt "Ausgab Geld Anbau Kösten." Fangen wir unten, beim Aufziehen der Grundmauern und des übrigen Mauerwerks an, so ist da zuerst als Hauptausführender der Maurermeister Peter Hackel von Eppstein, der sicher auch die Verputzarbeiten im Inneren durchführte. Allein 1781 wurden ihm 1.170 Gulden gezahlt, und im Jahr darauf noch mal –zusammen mit einem zweiten Meister namens Schwartz - aus seinen "accord 561 Gulden, 36 Kreuzer. Rechnet man die 26 Gulden und 26 Kreuzer hinzu, die "dem gerhard falkenstein zu Höchst fuhr verschiedentlich gelieferte vom mauerer hackel gebrauchte Materialien" zukamen, so haben die Maurerarbeiten insgesamt 1.758 Gulden und 2 Kreuzer gekostet.

Außerdem wurden "dem steinhauermeister" (ein Name ist nicht genannt) 42 fl, 36 xr gezahlt, wahrscheinlich für das Portal mit der darüber befindlichen lateinischen Inschrift. Danach kommt der Zimmermeister Conrad(t) Sauer von Eppstein (ein Vorfahre von Konrad Sauer, dessen Zimmereigeschäft als Familienunternehmen nunmehr über 200 Jahre alt und seit ungefähr 150 Jahren jetzt in Fischbach ansässig ist). Für seine "Zimmerarbeit" - aufgeführt sind namentlich nur "1 thür gestell am Kirchenspeicher" und die "steeg" (Steige), "das gestell mit sambt der lehne" - sowie für "miteinbegriffene Schlosserarbeit" erhielt er 1.616 fl und 37 xr. Diese hohe Summe ist verständlich, denn - neben dem Bau der Empore - war die wichtigste von ihm bewältigte Arbeit natürlich das Aufsetzen des gesamten Dachstuhls einschließlich des Turms, wozu das Balkenwerk vorher zu ebener Erde vorgerichtet werden musste. Dafür hatten einige Einwohner ihre der Kirche benachbarten Grundstücke (wahrscheinlich im Brühl oder in den Wiesen hinterm Pfarrhaus) zur Verfügung gestellt. Denn "denjenigen so ihre güterstück zum zimmerplatz liegen lassen und hergeben" werden 8 fl gezahlt "zur Entschädigung nach accord".

Mit dem Schlossermeister Alter von Königstein lernen wir einen weiteren Handwerker kennen, der schon beim Rohbau mitgewirkt hat. Einschließlich des Geldes, das an Johann Frankenbach von Schlosborn für die von diesem gelieferten Schmiedekohlen (Holzkohlen) ging, flossen ihm 129 Gulden und 12 Kreuzer zu. Als nun der ganze Kirchenbau in voller Höhe stand und das Gebälk mit Holz abgedeckt war, konnte der Dachdecker seine Arbeit verrichten. Es war der Steindeckermeister Georg Becker von Königstein, der für insgesamt 694 fl (und 26 xr "Weg Geld") das Dach mit (steinernen) Schieferplatten belegte; derselbe, der auch dann die jährliche Überprüfung auf Schadstellen - "besteigung des Kirchentachs" - vornahm.

Nachdem dieser mit den Dachdeckerarbeiten fertig war, ging es im Inneren weiter. Meister "Wißbinder" Usinger von Oberursel malte den Raum aus und bekam für seine Arbeit sowie für "leinöl, bleyweiß und farben" zusammen 55 fl und 56 xr. Fortgeführt hat den Ausbau darauf der Schreinermeister Leonhard - auch Lonhardt oder Lönhart geschrieben - Fischer von Eppstein. Dieser "Bauschreiner", wie er sich nannte, hat zusammengearbeitet mit Johann Friderich Ohlenschläger (aus der seit Jahrhunderten in Fischbach heimischen Sippe), der u.a. "arbeits an der Vorbühn" leistete, die "Verfertigung der Kohr stühl und beichtstühl" vornahm, sowie "stühl und Kniebank auf der Männer Biehne" herstellte, dann auch noch "auf den Hoen altar" (Hochaltar) "ein Dackel" (Deckel) und "leisten wo der altar stein dar auf liegt". Weiter hat er "die fahnen an gemacht und an die Eine Rode fahn oben Ein eisen gemacht, daß man sie an stecken Kan..." - wie der Fischbacher Schreinermeister auf seinem Kostenzettel vom 13. Februar 1785 noch selbst schreibt.

Doch im selben oder folgenden Jahr muss er gestorben sein, denn in der nächsten Rechnung ist von "dem ohlenschläger seelig" die Rede; sein Anteil betrug 121 Gulden und 34 Kreuzer, einschließlich der an den bereits bekannten Nagelschmied bezahlten 6 Gulden und 4 Kreuzer für Nägel.

Bei den von Meister Fischer ausgeführten Arbeiten ist ferner hauptsächlich zu denken an den Ausbau der Empore (mit Treppe), die Ausfertigung der Türen und der Fensterrahmen, die Errichtung der "bordt Biene" - wobei Henrich Leicher (der Schultheiß) "für Bau holtz zu diehl" 16 Gulden, und "solches bauholtz zu schneiden" der Johannß Keller von Niederjosbach 2 fl, 58 xr bekamen - sowie noch etliche andere, nicht ausdrücklich erwähnte Tätigkeiten im Kircheninneren. Seine "accord gelder" wurden dann auch "vermög angebogenen" - das heißt beigehefteten (aber leider nicht mehr vorhandenen) - "protocollar Extract Kurf(ürst)l(ichen) Amts Eppstein D(a)to 16ten April 1785" um 120 Gulden und 10 Kreuzer erhöht, "wegen Verlängerung der Kirch".

Was darunter genau zu verstehen ist, lässt sich nicht ergründen. Jedenfalls waren die angefallenen Kosten gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben größer geworden und Fischer hatte mehr Geld zu bekommen. Eine abschließende vollständige Zusammenfassung der Schreinerkosten ist hier wegen einiger unklarer Rechnungsangaben nicht möglich. Überschlagsweise haben diese Arbeiten aber insgesamt um die 500 Gulden gekostet.

Ein weiterer aufzuführender Posten sind 70 fl und 30 xr "für 600 Stück Diehl zu belegung oben auf der Kirch", also dem Dachboden, die geliefert von und gezahlt wurden an Gerhard Tabors Erben in "Frankfurth". Die Kirche nach außen hin "dicht gemacht" hat der Glasermeister Adam Grosch aus Eppstein, der für die Verglasung einschließlich "2 glaubfenster" und "für flickarbeit an der Kirchenleichte" (Leuchte) zusammen 183 Gulden und 30 Kreuzer erhielt.

Für die Ausstattung des Kircheninneren hatte man in erster Linie den Schreinermeister und Bildhauer Peter Adam aus Eddersheim verpflichtet, dessen "accord vermög pfarr manual 996 fl, 15 xr" lautet, "derzu die neben altar für 72 fl". Zusammen mit 100 Holzteilen "für bord" sowie "35 Stück doppeldiehl" erhielt er, "für altärer und kanzel arbeit" schließlich 1.144 Gulden und 5 Kreuzer.

Der Bildhauer Sebast (so nennt man ihn) oder Sebastjahn (wie er sich selber schreibt) Pfaff (Paff) von "Mayntz" liefert dazu "auf die seiten oder neben altär 2 Crucifix bilder" für 6 Gulden. "Portatillia Von Marmor" - das sind Steinplatten für den Altar - kosten 10 fl. "Diese zu hohlen, und nacher Maintz zu tragen" 4 fl, und sie dort "zu fassen und zu Sigillieren" nochmals 4 fl.

Zwar gab es vor 200 Jahren in Fischbach noch keinen Gesangsverein, aber an der Musik müssen die Fischbacher schon damals große Freude gehabt haben, denn ihre Orgel ließen sie sich etwas kosten- 1.259 Gulden und 57 Kreuzer. Angefertigt hatte sie der Orgelmacher Mahr von Wiesbaden. Neben seinem Lohn sind in der Summe enthalten 1 fl, 35 xr Zehrgeld für den "hofmann Engel von börschott" (vermutlich ist Bierstadt gemeint) "wegen der erst gethanen fuhr mit dem orgelgeräth von Wiesbaden hierher", weiter 16 fl und 48 xr "dankgeld für die gesellen", außerdem "musten die orgelmacher während ihres vermüsigten hierseyns wegen aufstell- und Stimmung der orgel zehrungsfrey gehalten werden und haben also inclusive 2 fl für dörrres gebrauchtes holtz verzehrt 174 fl, 22 xr", und "dem Bächtretter" (Balgtreter) wurden "währendem 6 wochigem orgel stimmen, die Bälche zum stimmen treten 7 fl und 12 Kreuzer gezahlt. Weitere Handwerker, die teilweise mit den bereits genannten zusammengearbeitet haben, waren der Schlossermeister Johann Caspar Zons von Königstein, der "bevestigungsarbeit an denen altär und fahnen" ausführte ("das blatt samt dem engel festgemacht", "auf den hohen altar 2 relugun" – Reliquien -, "auch das biltt Matheus fon hinten mitt starken eißen mit 2 schrauben feststehentt gemacht"), der "die Kohrbiehnethür mit schloß und band" beschlug, auch die "Thür untter der Kanzel", der "arbeit am Himmel" (4 starke drag haken gemacht wo der himmell ist festgemacht an die stangen") hatte, dann den Orgelschlüssel lieferte und das Schloss an der Kirchentür anbrachte. Ihm wurden 29 fl und 4 Kreuzer gezahlt. Und die "Maria anna bleinesin (Pleines) aus Fischbach, die für die Fassung der erwähnten Reliquien 15 Gulden erhielt.

Ein weiterer Fischbacher, der seinen Anteil beitrug, war der "Schmittmeister" Wendel Wittenkind (oder Wittekind). Er fertigte "Schmittarbeit" zur Orgel und zum Altar, machte "auch 2 Eißerne stangen an die Kroße Engel" und bekam Geld "vor Kol die ich geliefert" (Holzkohle), insgesamt 21 fl und 22 xr. Letztlich sei noch mal der "Nachelschmit" Philipp Marx genannt, der für 8 Gulden, 55 Kreuzer Nägel lieferte, unter anderem an die Altäre, zum Orgelbau und 400 Stück "zur sackristeythür".

Nachdem nun innen alles fertig gestellt war, baute der Maurermeister Hackel ein Gerüst in der Kirche auf, was ihm 5 fl, 40 xr eintrug, und es kam der "Vergulder (Vergolder) Joh(ann) Willhelm Fridinger "von Maynz" zur "Marmorir- und Verguldung der sämtl(ich)en altären, Kanzel, Kohrbänk, Orgel "sowie besonderer Arbeit mit guter öhlfarb" an der "Communion bank, Thüre, Stiege nebst dem gelender nach dem Pfarhoff zu, die fahnen und Himmelstangen nebst den bettstühl, auch die großen stiegen gelenter". Zur "Reinigung (abstauben) der altäre" hatte er vorher "für 3 füchs schwäntze", die er kaufte, "baar außgelegt 1 fl, 3 xr". Zusammen erhielt er für seine Tätigkeit 871 Gulden und 27 Kreuzer; die letzte (Rest-) Zahlung am "6t(en) Julij 1788".

In der schon anfangs beschriebenen Geldnot ist bestimmt auch der Grund dafür zu suchen, dass ein ursprünglich an der Westseite der Kirche geplanter steinerner Turm - von dem in einem Archiv noch eine Bauzeichnung vorhanden ist - nicht errichtet wurde.

Stattdessen baute man den heutigen hölzernen Dachreiter mit der Haube. Die Zimmerarbeiten dafür wurden schon angeführt. "Eine Leiter in Kirchenthurm" (Turm) kostete 30 Kreuzer. Weitere 50 Kreuzer

erhielt der Schmied Wittekind um "den glockenstuhl mit Kloben zu bevestigen", und "dem dreher Mühl dahier zahlte man 1 fl, 32 xr" - außer für "Knöpfer an die Communicanten bank" und "6 neüe Knöpf und eine Roll zur ampel" - auch "für 6 neüe waltzen zum glocken gebälke".

Die Glocken waren sicher aus der alten Kirche übernommen worden, und so brauchte man nur noch mehrere "neüe Ledern Riehmen an die glocken", die von einem Peter Wittenkind (wohl auch aus Fischbach) für 1 fl und 24 xr kamen. Weiter gehen musste man da schon, um an Glockenseile zu kommen, die offenbar auch nicht sehr haltbar waren. Mindestens sechs Stück - wenn nicht noch mehr - "glocken sail" oder "Sträng" bezog man innerhalb von Jahren vom "sailermeister Carl sauer zu franckfurth", für 15 Gulden und 14 Kreuzer. Den "Knopf auf den thurn" (Turm) verfertigte für 48 Gulden der "Kupferschmitt jacob Ja... (sein Name ist unleserlich) von Oberursel. Und ganz oben auf dem Kirchturm schaut der Wetterhahn in die Runde. Bereits 1781 wurde ein Spengler Peter Roos (oder Roß) aus Ruppertshain mit 1 fl, 20 xr entlohnt. Wofür, das wissen wir nicht. War's vielleicht für den Hahn?

In der Kirchenrechnung für 1781 steht, dass "auff fronleichnamstag die Chorsänger" für Zehrung 8 Gulden erhielten. Das lässt die Vermutung zu, dass an diesem Tage die Fertigstellung des Rohbaues gefeiert wurde. Denn gleich darauf folgt mit 8 fl, 35 xr das Zehrgeld für "die Zimmerleuth bei Aufschlagung des Kirchenbaues" - also beim Richtfest - "nebst denen sacktücher" wie es heißt. Dabei handelt es sich um einen alten, heute fast vergessenen Brauch, wobei der Bauherr den am Bau beteiligten Gesellen große, meist rote Taschentücher schenkte - (solche, wie man sie bei Zimmerleuten sieht, die ihre feiertägliche Kluft tragen). Desgleichen bekamen "die steindecker bei Aufstechung des Hahmens auf den Kirchenthurn" 14 Gulden und 44 Kreuzer.

Hiermit wären wir am Ende der Schilderung vom Kirchenneubau angelangt, und viele Namen sind genannt worden. Dass jedoch noch weitaus mehr Leute mitgewirkt haben müssen, das kann der erahnen, der sich einmal das wuchtige, starke Mauerwerk und das gewaltige Gebälk der Kirche betrachtet hat. Natürlich, die Meister lernten wir kennen, aber ihre Gesellen und Hilfskräfte nicht. Deren Namen verschweigen die alten Papiere. Und auch über die vielen anderen freiwilligen Helfer, seien sie aus den Nachbarorten oder Dorfgenossen - Gemeindemitglieder - gewesen, lesen wir nichts. Sie alle trugen aber dazu bei, den Bau zu vollenden und die Kosten in Grenzen zu halten. Rechnet man nun alle Kosten zusammen (die kleineren Beträge sind nicht aufgeführt), so kommt man auf eine Summe von rund 10.000 Gulden, die der Kirchenneubau gekostet hat; also ungefähr die Hälfte mehr, als am Anfang veranschlagt worden war. Und dass er letztlich glücklich und schuldenfrei zu Ende geführt wurde, ergibt sich auch daraus, dass aus den Kirchenrechnungen keine weiteren Belastungen mehr erkennbar sind und die aufsichtsführende Obrigkeit nichts zu beanstanden hatte.

Wann nun aber die neue Kirche dann eingeweiht und der erste Gottesdienst in ihr abgehalten wurde, das geht aus den Unterlagen leider nicht hervor. Und von alledem, was hier vom Kirchenneubau in Fischbach erzählt worden ist, künden - außer dem Bau selbst - heute nach außen hin nur noch die zu Ziffern verformten Arme der eisernen Anker, von denen wir nicht wissen, welcher der beteiligten Metallhandwerker sie entworfen und angefertigt hat. Sie verbinden wahrscheinlich den Dachstuhl mit dem Mauerwerk des Westgiebels, und sie erinnern an das Jahr, in dem die Errichtung der Kirche gefeiert wurde: 1781.

30.1.1981: In der letzten Stadtverordnetensitzung der Legislaturperiode 1977 bis 1981 fassten die Stadtverordneten einstimmig den Beschluss, der Gemeinde-Krankenschwester von Ruppertshain und Eppenhain, Schwester Esdras Bronner, anlässlich ihres 80. Geburtstages wegen ihrer Verdienste um die Krankenpflege, die Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Silber und die Ehrenspange der Stadt Kelkheim zu überreichen. Die Ehrung fand am 3.2.1981 am 80. Geburtstag von Schwester Esdras in Ruppertshain statt.

Der Reit- und Fahrverein Kelkheim hatte am Reitplatz Jahnstraße illegal einen Richterturm und eine Gerätehalle einschließlich Kühlbox errichtet. Teile dieser Fläche waren Bestandteil des Forstes. Die Stadtverordneten beschloss einstimmig ca. 1.000 qm Waldfläche aus dem Stadtwald herauszulösen und umzuwandeln und gleichzeitig eine nachträgliche Baugenehmigung für den Richterturm und den Geräteschuppen erstellen zu lassen.

Zwischen den TuS Hornau und der Stadt Kelkheim wurde ein Ergänzungsvertrag zum Erbbaurechtsvertrag vom 10.6.1966 abgeschlossen. Entgegen der vertraglichen Regelung im § 2 vereinbarten die Vertragspartner, dass der bereits begonnene Umbau des Rasenplatzes nach technischen Vorgaben der Stadt von dem Verein selbst durchgeführt wird. Der Umbau ist in der Art vorzunehmen, dass eine Spielwiese für alle Ballspiele entsteht. Die Spielwiese muss bei entsprechendem Bedarf auch Nichtvereinsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Eine ausschließliche Nutzung durch die TuS Hornau ist bei anderweitigem Bedarf lediglich an drei Tagen in der Woche zulässig.

An den Längsseiten dürfen nur bewegliche Tore aufgestellt werden. Das Rohrgeländer wurde inzwischen entfernt. Die Wurfkreise sind nach Abschluss der Umbauarbeiten neu zu installieren. Die Kosten für den Umbau von etwa 50.000 DM gehen voll zu Lasten des Vereins. Über witterungsbedingte Unbespielbarkeit des Platzes entscheidet ein noch zu bildendes Gremium der TuS Hornau, gegebenenfalls der Vorstand.

Der Verein verpflichtet sich aber, im Falle der Unbespielbarkeit des Rasenplatzes, nach Möglichkeit den Tennisplatz zum Spielen zur Verfügung zu stellen.

Dem Abschluss des Zusatzvertrages wurde mit 29 gegen 14 Stimmen zugestimmt.

Breiten Raum in den Diskussionen des Abends nahm die Verabschiedung des Etats für 1981 ein. Alle im Parlament vertretenden Parteien waren, angesichts der angespannten Haushaltslage, für das Sparen, aber jede meinte damit natürlich etwas anderes, weil die Parteien unterschiedliche Prioritäten setzten, wie Stadtkämmerer Karlheinz Klug mit einem Satz treffend formulierte: "Ich bedanke mich bei allen Parteien, daß sie das Wort Sparen groß in den Mund genommen haben!" Die CDU setzte sich mit ihren Ideen beim Sparen letztendlich durch, wobei man die Linie des Wahlkampfes konsequent fortführte, denn man habe die Zeichen der Zeit erkannt, meinte Fraktionschef Erhard Roser.

Man sei für den Ausbau des Alten Rathauses Münster, des alten Rathauses Ruppertshain und für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für K.-Mitte, aber erst müssen endgültige Pläne vorliegen und die Finanzierung müsse gut vorbereitet und geplant sein. Der Baubeginn für das Feuerwehrgerätehaus sei frühestens in zwei Jahren möglich. Weiterhin lehne die CDU ein Jugendzentrum und die Einstellung eines Jugendpflegers ab, aber man sei für Einrichtung von Jugendtreffs. Außerdem stünden für die Sanierung des alten Ortskerns von Fischbach zur Zeit keine Mittel zur Verfügung. Die SPD solle doch sagen, woher sie die Mittel nehmen will.

Kein Verständnis für das Verhalten der CDU zur Frage des Feuerwehrgerätehauses brachte die SPD auf. Fraktionschef Claus-Jürgen Lehming verlangte von der Verwaltung bessere Planungen, außerdem verkehrsberuhigte Zonen vor allem im Gimbacher Weg, Altkönigstraße und Johann-Strauß-Straße. Weiterhin monierte er, dass für den Bauhofausbau Gelder bereitgestellt werden, dass man schon am neuen Bahnhofsgebäude in K.-Mitte plant und unterstrich noch einmal, dass Versprechungen an die Bürger eingelöst werden müssten.

Die FDP durch Hans Krützfeldt betonte, dass Kelkheim keine Großsportanlage brauche, dass man viel mehr die kleinen Vereinsanlagen verbessern solle, sprach sich bedingt für das Alte Rathaus in Münster aus, meinte aber, das alte Rathaus in Ruppertshain nicht gleich erneuert zu werden brauche. Die Änderungsanträge der SPD Fraktion zum Haushalt 1981 wurden mit 29 Stimmen gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Verwaltungshaushalt für das Rechnungsjahr 1981, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit 35.087.803 DM abschließt, wurde mit 29 Stimmen gegen 14 Stimmen verabschiedet. Der Vermögenshaushalt für das Rechnungsjahr 1981, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit 19.617.100 DM abschließt, wurde mit 29 Stimmen gegen 14 Stimmen verabschiedet. Bei den Positionen für die Umbauten der alten Rathäuser in Münster und Ruppertshain wurde zu den Haushaltsansätzen Sperrvermerke beschlossen. Eine Auftragsvergabe kann erst erfolgen, wenn Kostenschätzungen vorliegen und die Freigabe der Mittel durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Dem Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Sporthalle an der Gesamtschule in Fischbach stimmten die Stadtverordneten nicht zu, da durch einen bestehenden Bebauungsplan und nach Rücksprache mit der Bauaufsichtsbehörde die Aufstellung eines neuen Planes zur Errichtung der Sporthalle nicht notwendig ist. Der Antrag der SPD wurde mit 28 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Anschließend bedankte sich Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Claßen für die gute Zusammenarbeit aller Mandatsträger zum Wohle der Bürger in den letzten vier Jahren.

31.1.1981: Mit 132 Kandidaten will eine neue Gruppierung, die Unabhängige Kelkheimer Wählerinitiative (UKW), bei der Kommunalwahl am 23.3.1981 antreten. Die Liste, dessen Umfang für Kelkheimer Kommunalwahlen wohl einen absoluten Rekord bedeuten dürfte, sei der Zusammenschluss von vielen betroffenen Kelkheimer Bürgern, die ihre Interessen und Initiativen von den etablierten Parteien bisher überhaupt nicht berücksichtigt gesehen hätten. Die UKW-Liste wird von dem 25-jährigen Industriekaufmann Stefan Thalheimer und dem Brotfahrer Albrecht Kündiger (22), der zu den ständigen B 8-Dammbesetzern gehört, angeführt; gefolgt von dem Studenten Klemens Böhm, einem der Hauptinitiatoren der Kelkheimer Friedensbewegung. Auf Platz vier steht die Sozialarbeiterin Monika Krug.

3.2.1981: Zur Zeit steht das politische Barometer in der Stadt auf Sturm: Die Sozialdemokraten konnten nach dem Rücktritt ihrer Vorsitzenden Maria Herbert einen offenen Konflikt gerade noch vermeiden, und in der CDU sorgten der spektakuläre Parteiaustritt des früheren Fischbacher Bürgermeisters Reinhold Wallmeyer und der plötzliche Verzicht von Gerhard Groß auf eine neuerliche Stadtverordneten-Kandidatur für einige Aufregung.

Kelkheimer Bürger, die meinten, dass "gegen die Interessen der Bürger regiert wird", schlossen sich jetzt zu einer Freien Wählergemeinschaft (FWG) zusammen, die mit einer eigenen Kandidatenliste im Kommunalwahlkampf antritt. Politische Grundrichtung der FWG nach deren Spitzenkandidaten Karl Heinz Moormann: "Weder links-, noch rechtslastig, vor allem aber nicht "stephanlastig"!" Bei den kommenden Kommunalwahlen treten also neben den etablierten Parteien zwei neue Bürgerbewegungen, nämlich die UKW und die FWG an.

Keineswegs um persönliche Differenzen sei es gegangen, als die Dammbesetzer dieser Tage von einer Gruppe junger Leute aufgescheucht wurden, sondern um einen Anschlag von Rechtsextremisten. Das jedenfalls erklärte Albrecht Kündiger, nachdem offensichtlich aufgrund eines Polizeiberichtes verschiedene Tageszeitungen das Thema aufgriffen, wie von der Polizei angegeben. Kündiger erklärte dazu, dass die von den Umweltschützern gerufenen Polizeibeamten fünf der Leute festgenommen hätten, die zu der rund 20 bis 25 Mann starken Gruppe gehört hätten. Diese hätten die Scheiben des neuerbauten Atrium-Hauses eingeschlagen und mit Hilfe eines Molotow-Cocktails versucht, Feuer zu legen. Wie Kündiger weiter berichtet, käme die Gruppe aus den Orten Schwalbach, Sulzbach und Bad Soden und hätte schon vor drei Monaten das Gewächshaus der Dammbesetzer zertrümmert, sei aber unbemerkt entkommen. Albrecht Kündiger gibt an, dass einer der Festgenommenen ausgesagt habe, er bezeichne sich als konservativ, der Rest der Gruppe sei rechtsextrem. Man sei für den Bau der B 8 und habe die Dammbesetzer einschüchtern wollen. In seiner Erklärung zu dem Vorfall erwähnt Albrecht Kündiger auch, dass die Polizei in den Autos der Gruppe Totschläger, Würgeisen, Eisenstangen und eine Spitzhacke gefunden habe.

9.2.1981: Ca. 25 Frauen und Mädchen hatten sich im Vereinslokal beim "Schäfer-Jacob" eingefunden, um einen Euterpe-Frauenchor zu gründen. Die Idee, einen Frauenchor zu gründen, war schon länger vorhanden, nicht weil Frauenchöre gerade groß in Mode sind, sondern wir stellen die Arbeit des Vereins nur auf eine breitere Basis, meinte man im Vorstand der Euterpe. Der Kinderchor habe so großen Erfolg, dass es schade sei, wenn die später größer werdenden Mädchen nicht wie die Jungen vom eigenen Chor weiter gefördert werden könnten. Hinzu komme, dass die Frauen hier selbst den Wunsch äußerten, sich in einem Chor zusammenschließen zu können, meinte Vorsitzender Alfons Rempel. Wichtig sei, dass der neue Frauenchor eigenständig sei, sich auch eines Tages finanziell tragen solle, dass die Damen eigene Vorstandsmitglieder wählen sollten, und dass vor allem der Nachwuchs weiter gefördert werde.

12.2.1981: Nach einem Landesgesetz vom Oktober 1980 waren die Landkreise und Kommunen verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Asylanten und Asylbewerber aufzunehmen. Die ersten 18 Asylanten die Kelkheim aufnehmen musste, stammen aus Afghanistan. Sie wurden in einem von der Stadt vor kurzem erworbenen und hergerichteten Zweifamilienhaus untergebracht, das um die Jahrhundertwende hinter dem heutigen Vario-Werksgelände erbaut wurde. Diese Afghanen waren die ersten Asylanten, die in die Stadt Kelkheim kamen.

Wie schon mehrfach berichtet, plant die Stadt Kelkheim im Stadtzentrum zwischen Frankfurter Straße und Breslauer Straße ein Geschäftszentrum mit Wohnungen zu errichten, da die Stadt bisher über kein geschlossenes Geschäftszentrum wie andere Städte verfügt. Den Auftrag für Planung und Bau der neuen Stadtmitte hat die städtebauliche Entwicklungsgesellschaft (STEG) Kelkheim. Aus diesem Grunde ist die STEG beim Regierungspräsidenten (RP) als Sanierungsträger anerkannt worden.

In den letzten Jahren konnte der größte Teil der Grundstücke im Gebiet der neuen Stadtmitte von der Stadt erworben werden. Die Bewohner wurden teilweise schon in andere Wohngebiete umgesiedelt, wobei die STEG mitwirkte. Teilweise sind Grunderwerb und Umsiedelung einiger Bewohner noch nicht abgeschlossen. Der Magistrat und der Planungs- und Bauausschuss haben jetzt in einer gemeinsamen Sitzung das Arbeitspapier beraten, das die STEG in Verbindung mit dem Stadtbauamt zur Gestaltung der neuen Stadtmitte ausgearbeitet hat.

Es wurde festgelegt, einen einstufigen beschränkten Realisierungswettbewerb auszuschreiben, zu dem bis zu acht Planer aufgefordert werden sollen. Der Wettbewerb soll den Titel "Gestaltung Stadtmitte Kelkheim" tragen. Das Gebiet wird begrenzt von der Frankfurter Straße, der Hauptstraße, der Breslauer Straße, dem Mittelweg und der gedachten Verlängerung der Görlitzer Straße. Als verbindliche Vorgaben sind im Wettbewerb ein Teil der vorhandenen Straßen festgelegt. Außerdem wurde zur Auflage gemacht, dass in dem Gebiet der Stadtmitte mindestens 600 Parkplätze angelegt werden müssen, davon mindestens die Hälfte in Tiefgaragen, Parkhäuser oder Parkdecks. Die Bebauung ist auf maximal vier Geschosse einschließlich des Dachgeschosses begrenzt. Es ist mindestens ein zentraler Platz von 2.000 qm Fläche einzuplanen.

Die Architekten haben auch die Aufgabe gestellt bekommen, ein markantes Merkmal zu schaffen, das für die Kelkheimer neue Stadtmitte charakteristisch werden soll. Die Gestaltung der Gebäude soll sich deutlich von den Fassaden der Einkaufszentren auf der grünen Wiese unterscheiden. Erwünscht sind Putz, Ziegel, Naturstein und Holz.

Das Gesamtgebiet wird durch die im Bau befindliche Verbindung zwischen der Straße "Nach dem Busch" und der Parkstraße gegliedert. Zwei Teilbereiche liegen nördlich dieser neuen Straße (Frankenallee) drei kleinere Teilbereiche südlich. Der Wettbewerb legt einige Vorgaben wegen der Zuwegung fest. Fuß- und Radwege müssen eingeplant werden. Im Außenbereich sind teilweise Grünzonen vorzusehen. Aufgrund der Grundsatzbeschlüsse der zuständigen städtischen Gremien hat jetzt die STEG den Wettbewerb endgültig vorzubereiten und durchzuführen. Es ist zu erwarten, dass noch in diesem Jahr die

Wettbewerbsergebnisse vorliegen. Es ist vorgesehen, das Ergebnis des Wettbewerbs "Gestaltung Stadtmitte Kelkheim" zum Gegenstand einer Bürgerversammlung zu machen.

Nach dem Abschluss des Erbbaurechtsvertrages mit dem SV Fischbach im letzten Jahr waren die Voraussetzungen für den Bau eines neuen Umkleidegebäudes geschaffen. Die vorhandenen Umkleiden entsprechen schon lange nicht mehr den Anforderungen. Eine Neubauplanung ist in Übereinstimmung zwischen Stadt und Verein inzwischen ausgearbeitet und der Bauaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt worden. Da es sich bei dem Gelände heute noch formell um Außengebiet handelt, mussten viele Einzelgenehmigungen von den zuständigen Behörden eingeholt werden, wodurch sich das Genehmigungsverfahren über einige Monate hingezogen hat. Vor einigen Tagen ist die Genehmigung erteilt worden.

Im Stadtbauamt waren die Ausschreibungsunterlagen für den Rohbau bereits vor längerer Zeit zusammengestellt und die Arbeiten ausgeschrieben worden. Der Magistrat hat sofort nach Eingang der Baugenehmigung die Rohbauarbeiten vergeben, das sind die Erdarbeiten, die Maurerarbeiten, Dachdecker- und Zimmermannsarbeiten. Die Aufträge über insgesamt mehr als 200.000 Mark sind sämtliche an Kelkheimer Firmen vergeben worden.

Die Ausschreibungsunterlagen für den Fertigausbau werden zurzeit im Stadtbauamt vorbereitet. Die Ausschreibung des Innenausbaues kann auch in Kürze erfolgen. Die Gesamtkosten für das Objekt einschließlich einiger Parkplätze werden mindestens 500.000 Mark betragen. Die Finanzierung ist in Anlehnung an gleichartige Regelungen beim Bau von Umkleidegebäuden für Sportvereine auch in diesem Fall so geregelt, dass die Stadt Kelkheim ein Drittel zu den Baukosten als Zuschuss gibt, während zwei Drittel vom Verein aufzubringen sind.

Der SV Fischbach verfügt über die Mittel zur Finanzierung des Eigenanteils, nachdem er den Erlös aus dem Verkauf des Sportplatzes an die Stadt eingenommen hat. Mit den Bauarbeiten soll so schnell wie möglich begonnen werden, sobald die augenblickliche Frostperiode aufhört. Man hofft, dass die Baumaßnahme noch bis Ende des Jahres abgeschlossen ist.

20.2.1981: Heute verstarb im Alter von 73 Jahren der "Gemeindeälteste" Herr Peter Hiltz VIII. Herr Hiltz war über 20 Jahre in der Gemeindevertretung der früheren Gemeinde Ruppertshain ehrenamtlich tätig. Zuletzt war er Beigeordneter im Gemeindevorstand. Die Gemeindevertretung Ruppertshain hat ihm für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit in den Gemeindegremien die Ehrenbezeichnung "Gemeindeältester" verliehen. Herr Hiltz hat in den vielen Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeiten stets zum Wohl der Allgemeinheit gewirkt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Voraussichtlich im Mai wird die Straße "Nach dem Busch" zwischen dem Central-Café und dem Blumengeschäft Beißler provisorisch an die Frankfurter Straße angeschlossen. Das neue Straßenstück verwirklicht einen weiteren Schritt des Generalverkehrsplanes. Wenn die Querverbindung von der Parkstraße zur B 519 über den Hauptfriedhof hergestellt ist, stehen die ursprünglich vorgesehenen drei neuen Verkehrsverbindungen in westöstlicher Richtung zur Verfügung. Die beiden anderen - der Gagernring und die neue L 3016 im Stadtteil Münster - sind bereits dem Verkehr übergeben.

Wegen des noch fehlenden weiteren Ausbaus der B 8 können jedoch die Endziele des Generalverkehrsplanes trotz dieser drei Querverbindungen noch nicht erreicht werden. Noch immer fließt der Verkehr aus den neuen Stadtteilen, außerdem der überörtliche Verkehr aus Richtung Eppstein, Niedernhausen, Naurod, Schlossborn und Glashütten in den Stadtkern ein. Die jüngsten Messungen haben eine Belastung durch 16.000 bis 18.000 Fahrzeuge täglich ergeben.

Die neue Verkehrsverbindung über die Straße Nach dem Busch bietet erstmals die Möglichkeit, die südlichen Teile der Stadt erheblich von diesem Durchgangsverkehr zu entlasten. An der neu entstehenden Kreuzung der Frankfurter Straße mit dem Straßenzug Parkstraße/Nach dem Busch wird durch Ampeln so geschaltet, dass der aus nördlicher Richtung kommende Verkehr als Linksabbieger in die neue Straße Nach dem Busch geleitet wird und die überörtlichen Straßen B 519 und B 8 erreicht. Allerdings ist auch ein Geradeausverkehr in beiden Fahrrichtungen der Frankfurter Straße noch möglich. Die Ampeln im weiteren Verlauf der neuen Straße Nach dem Busch an der Breslauer Straße und dem Hauptfriedhof sollen als "grüne Welle" geschaltet werden.

Die neue Verkehrsführung eröffnet auch die Möglichkeit, den Schleichverkehr über Altkönigstraße, Münsterer Straße und Johann-Strauß-Straße weitestgehend zu unterbinden. Dies wird auf einfache Weise erreicht, indem der talwärts in der Parkstraße fließende Verkehr an der Münsterer Straße durch ein Stopzeichen unterbrochen wird. Außerdem wird das Rechtsabbiegen von der Parkstraße in die Münsterer Straße verboten. Verkehr aus der Münsterer Straße in die Parkstraße bekommt durch abknickende Vorfahrt Vorrang. Der bisherige Schleichweg westlich der Bahnlinie wird durch diese Sonderregelung uninteressant.

Für den Straßenzug der Münsterer Straße / Johann-Strauß-Straße ist auch aus südlicher Richtung ein Linksabbiegeverbot von der Münsterer Straße in die Parkstraße vorgesehen, was den Schleichweg auch in umgekehrter Richtung uninteressant macht.

Für eine Übergangszeit bleibt die Töpferstraße noch in beiden Richtungen befahrbar, so dass der neue Parkplatz dort über diese Straße bequem erreicht werden kann. Der Parkplatz Hauptstraße, der zweite größere Parkplatz in der Stadtmitte, kann sowohl über die Hauptstraße als auch über das neue Teilstück der Straße nach dem Busch angefahren werden. Auf der Frankfurter Straße gehen durch die neue Verkehrsführung einige Parkplätze verloren. Die verbleibenden Einstellfelder am Straßenrand werden als Kurzzeitparkplätze mit Parkuhren versehen. Parkuhren sollen auch in den bisherigen Parkscheibenzonen aufgestellt werden.

28.2.1981: Am Samstagnachmittag war es wieder so weit, die närrischen Truppen des AKK, der TSG Münster Abt. Karneval und des Fischbacher Carnevalvereins nahmen Aufstellung, um das Kelkheimer Rathaus zu erstürmen. Ab 14.30 Uhr ertönten auf dem Rathausvorplatz die Karnevalsmelodien und die Verpflegungsstände wurden geöffnet, um das närrische Volk mit kalten und heißen Getränken, Erbsensuppe mit Würstchen und Kreppel bei guter Laune zu halten.

Gegen 15.30 erreichten die karnevalistischen Truppen das Rathaus. Nach der Einnahme von stärkenden Getränken begann man mit der Belagerung des Rathauses. Dem Tanz der närrischen Garden und dem Beschuss mit Böllerschüssen konnte der verteidigende Magistrat nicht lange widerstehen und bot schließlich die Kapitulation an, mit gleichzeitiger Übergabe des Rathausschlüssels. Anschließend besetzten die Narren das Verwaltungsgebäude und das närrische Volk feierte begeistert mit.

Empörung bei der Bevölkerung in Hornau, Ärger bei der Verwaltung und etwas Traurigkeit herrscht über so viel Vandalismus und Rowdytum. Bisher unbekannte Täter haben in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März nicht nur das Brückengeländer der Rotlinallee über den Liederbach aus der Verankerung gerissen und umgelegt, sondern auch dort den Brückenheiligen Nepomuk von seinem Sockel gestoßen und in den Liederbach geworfen. Bisher tappt die Polizei bei der Fahndung nach den Tätern noch im Dunkeln. Es ist lediglich bekannt, dass Hornauer Bürger, die dort nachts gegen 2.00 Uhr entlangkamen, nichts bemerkt hatten. Entdeckt wurde die sinnlose Tat erst am Sonntagmorgen gegen 7.30 Uhr, so dass die Täter sich in der Zeit dazwischen ausgetobt haben müssen.

Als sehr eingehend bezeichnet die Bürgervereinigung Alt-Münster ein Gespräch, das der Vorstand der Gruppe mit Bürgermeister Dr. Stephan zum Münsterer Rathaus führte und bei dem der Bürgermeister den Stand der Planungen für die Restaurierung des Alten Rathauses erläuterte. Offensichtlich ergaben sich nach vorhergehenden Gesprächen einige Schwierigkeiten von Seiten der Denkmalspflege. Denkmalsbeirat und Landeskonservator hätten geltend gemacht, dass bei einer Unterkellerung des Gebäudes wegen der Grundwasserverhältnisse in Münster der gesamte Baukörper angehoben werden müsse. Aus diesem Grunde, und auch weil die Ebbe in den städtischen Kassen bekannt ist, stellt man Überlegungen an, das Rathaus ohne Unterkellerung zu erneuern. Dr. Stephan meinte, dass damit eine Kostenersparnis von rund 300.000 bis 400.000 DM möglich wäre.

Den Teilnehmern des Gesprächs, Reinhard Herr, Wieland Koch, Alois Gottfried, Walter Merz, Hans-Jürgen Kilb und Manfred Kilb legte der Bürgermeister die Planungsunterlagen vor, die auch ein gewisses Grundkonzept für die Raumaufteilung enthalten. Diese Pläne führten zu einer regen Diskussion in deren Verlauf Reinhard Herr vorschlug, die Dachgeschoß-Unterteilung mit Glas vorzunehmen. Damit könnte man die historisch wohl einmalige Glockenstube im gesamten Geschoß voll zur Geltung bringen.

Allgemein waren die Vorstandsmitglieder mit den geplanten Erneuerungsumbauten zufrieden und ließen anklingen, dass der Verein außer den versprochenen 25.000 Mark noch einige tausend Mark mehr springen lassen könnte. Im Zusammenhang mit der Rathausrenovierung sprach Hans-Jürgen Kilb die Verkehrsführung sowie Verkehrsberuhigung im alten Ortskern Münster an. Er ist der Meinung, dass eine Neugestaltung der Ortsmitte Münster nur im Zusammenhang mit einer entsprechenden Verkehrsberuhigung gesehen werden muss. Kilb geht davon aus, dass nach der geplanten stilgerechten Bebauung des Parkplatzes gegenüber vom Alten Rathaus die Frankfurter Straße zwischen den Gebäudekomplexen durch Verbundsteine abgehoben und verkehrsberuhigt gestaltet werden soll. Das solle auf keinen Fall heißen, dass hier keine Autos mehr durchfahren sollten. Man wolle nur durch das Aufstellen von Blumenkübeln oder durch die Veränderung des Straßenbelages einen Durchgangsverkehr unmöglich machen.

Hinzu kämen verkehrssinkende Maßnahmen am Spielwarengeschäft Müller sowie eine entsprechende Beschilderung an der Kreuzung Dieselstraße und Frankfurter Straße im Süden. Veränderungen seien gleichermaßen notwendig bei der Einmündung der Königsteiner Straße auf die L 3016 im Osten in der Verbindung mit einer Vollsperrung des Kirchplatzes, wobei nur noch der die Zufahrt zu den Parkplätzen zugelassen sein dürfte. Das würde den Ortsmittelpunkt vom Verkehr entlasten und wohnlich attraktiver machen.

Die Stadt Königstein hatte Ende der 60er Jahre den Bau einer eigenen Kläranlage für den Raum Königstein/Schneidhain vorgesehen. Im Bereich der Stadt Kelkheim gab es damals erhebliche Belästigungen durch die Verschmutzung des Liederbaches, weil die Kläranlage der Stadt Königstein ihre Aufgabe nicht zufrieden stellend erfüllte. Die Stadt Kelkheim setzte sich deshalb dafür ein, alle Abwässer im Einzugsgebiet des Liederbaches einschließlich des Raumes Königstein zu sammeln und in das Großklärwerk Sindlingen zu leiten.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es auch gelungen, die Stadt Königstein für den Anschluss an den Abwasserverband Vordertaunus zu gewinnen. Dies bedeutete, dass durch das gesamte Gebiet der Stadt Kelkheim von der nördlichen bis zur südlichen Gemarkungsgrenze ein neuer Hauptkanal verlegt werden musste. Dieser Kanal musste einen Rohrdurchmesser von 90 cm bis zu 2,20 Metern aufweisen, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Der erste Bauabschnitt wurde in den Jahren 1973/74 in Münster entlang der heutigen Limesstraße von der Stadt Kelkheim verlegt. Dieser Abschnitt kostete rund 910.000 Mark. Der zweite Bauabschnitt folgte in den Jahren 1975/76 auf den entgegengesetzten Seite der Kelkheimer Gemarkung unterhalb der Roten Mühle über die heutige Offerdinger Straße durch das Grundstück der katholischen Kirchengemeinde St. Martin und die obere Feldbergstraße bis oberhalb des Pfarrzentrums St. Franziskus. Die Kosten für diesen Bauabschnitt lagen bei 1.940.000 Mark.

Der dritte Bauabschnitt wurde in den Jahren 1976/77 verwirklicht. Es handelte sich um den Restteil des Hauptkanals von der Feldbergstraße oberhalb des Pfarrzentrums bis zur Ecke Weberstraße. Diese Kosten betragen rund 1.030.000 Mark.

Der vierte Bauabschnitt wurde in den Jahren 1978 bis 1980 verlegt. Er reicht von der Landstraße 3016 beginnend am Knoten Münster (Am Brühl) bis über die Sindlinger Wiesen und die Breslauer Straße, die Hauptstraße, den Haingraben und die Hornauer Straße bis zur Weberstraße. Die Kosten dieses letzten Abschnittes beliefen sich auf über 6.000.000 Mark.

Gleichzeitig wurden vom Abwasserverband Vordertaunus in den Jahren 1979/80 eine Vorkläranlage in der Nähe der B 519 und die restliche Zuleitung von der L 3016 bis zu dieser Vorkläranlage mit einem Aufwand von 3,2 Mio. Mark errichtet. Die Gesamtkosten für den Bau des Hauptkanals in Kelkheim von unterhalb der Roten Mühle bis zur Gemarkungsgrenze nach Niederhofheim in Höhe der B 519 betragen einschließlich der Planungs- und Bauleitungskosten rund 13,1 Mio. DM. Davon entfallen auf die Kanäle und das Vorklärarwerk über 12 Mio. Mark.

Der Bau des Hauptkanals im Stadtgebiet von Kelkheim hat über viele Jahre immer wieder erhebliche Belastungen für die Bevölkerung und für die Verkehrsteilnehmer hervorgerufen. Er hat aber den Vorteil gebracht, dass durch die gesamte Stadt Kelkheim ein einwandfrei funktionierender Großkanal verlegt wurde. Teilweise konnten dadurch Sanierungen alter Kanäle innerhalb gewisser Straßen vermieden werden.

Der Anschluss einiger Wohngebiete zum Beispiel, der Kanal für das Wohngebiet Johann-Strauß-Straße, Am Pfarreck, Jahnstraße konnte über den Kapellenberg zum Hauptkanal vorgenommen werden. Das gleiche gilt für den Kanal zur Adolphshöhe und den Kanal in der Breslauer Straße und das Gebiet Parkstraße. Um die Baumaßnahmen nicht noch weiter zu verzögern, die insgesamt immerhin fast 8 Jahre beansprucht haben, übernahm die Stadt Kelkheim jeweils für Teile der Baukosten die Vorfinanzierung. Diese Kosten lagen im Schnitt der letzten fünf bis sechs Jahre bei 1,5 Mio. Mark. Nur durch die Vorfinanzierungen war es zu vermeiden, dass der Verband die Baumaßnahmen über weitere zwei bis drei Jahre gestreckt hätte, so dass die Belästigungen und Umleitungen weitere Jahre hätten erduldet werden müssen.

Im Augenblick sind im Gebiet der Hornauer Straße und der Weberstraße noch kleinere Nebenarbeiten auszuführen, insbesondere Restarbeiten zum Anschluss des Kanals Ecke Feldbergstraße/ Weberstraße und bei Hausanschlüssen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Arbeiten noch im ersten Halbjahr 1981 abgeschlossen werden können und dass die Verkehrsbelastungen dann endgültig der Vergangenheit angehören werden.

Mit der Verlegung des Hauptkanals sind die Entwässerungsprobleme der alten Stadt Kelkheim im Großen und Ganzen gelöst. Von der Dimension des neuen Hauptkanals her können weitere kleinere Baugebiete jederzeit angeschlossen werden. Das einzige größere Projekt, das jetzt noch ansteht, ist der Bau eines Abwasserrückhaltebeckens im Gebiet Stückes unterhalb des zukünftigen Baugebietes der Lessingstraße (früher Herrnmauer). Hier muss in der Nähe der Bahnlinie ein Zweikammer-Rückhaltebecken gebaut werden und unter der Bahnlinie eine Verbindung zum Kanal im Gagernring durchgezogen werden. Die Planung dazu ist bereits abgeschlossen. Es ist notwendig, dass dieses Rückhaltebecken mindestens mit einer Kammer möglichst im nächsten Jahr errichtet wird, weil dann durch weitere Bebauung diese Einrichtung unbedingt erforderlich wird.

15.3.1981: Nachdem im Herbst letzten Jahres mit den Umbauarbeiten im Fischbacher Feuerwehrgerätehaus begonnen wurde, konnten die Bauarbeiten jetzt fertig gestellt werden. An den Ausbaumaßnahmen waren mehrere Firmen beteiligt, aber auch die Kameraden der Fischbacher Wehr

trugen das ihre durch freiwillige Selbsthilfe mit bei. Durch einen Zuschuss der Stadt Kelkheim konnten ein neuer Schulungsraum, eine Küche und notwendige sanitäre Einrichtungen im ersten Stock des Gerätehauses geschaffen werden. Im Rahmen einer Einweihungsfeier wurden die umgebauten Räumlichkeiten der Fischbacher Wehr übergeben.

18.3.1981: Absolut nicht einverstanden mit der geplanten neuen Verkehrsregelung an der Parkstraße, der Münsterer Straße, der Frankfurter Straße und der Straße Nach dem Busch ist die Bürgergruppe Altkönigstraße/Parkstraße. Sie ließ der Presse durch die Mitglieder Schaper, Segbers und Wachs einen offenen Brief zugehen, den die Gruppe an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung geschickt hat. Die KeZ veröffentlichte diesen Brief in wesentlichen Teilen und wies gleichzeitig auf einen weiteren Brief hin, den ein Anlieger der Frankfurter Straße schrieb (der gleiche Text ging an den Magistrat der Stadt) und die entsprechende Antwort des Bürgermeisters, den sie gleichfalls als Leserbrief abdruckten.

Hier der Brief von der Bürgergruppe Altkönigstraße/ Parkstraße: "Während die eine Partei den Kommunalwahlkampf mit dem Motto führt "Mitreden - Mitentscheiden. Der Bürger muss mehr Stimme haben" und die andere Partei noch im vorletzten Wahlkampf betonte: "Altkönigstraße bleibt eine Straße für den Verkehr aus den angrenzenden Wohngebieten", während dies in Erinnerung ist, werden Fakten gesetzt, die all dem ein Hohn sind. Fast alle Anwohner wandten sich durch eine Unterschriftensammlung gegen das Vorhaben, die Altkönigstraße zu einer Durchgangsstraße zu machen. Ein offener Brief einer Bürgergruppe an die Fraktionen mit den beiden konkreten Fragen:

1. Wie sind Ihre Vorstellungen im Detail zur Verkehrslenkung für den Ortsbereich Kelkheim für die weitere Zukunft, und wie sehen Sie den zeitlichen Ablauf ihrer Verwirklichung?
2. Was werden Sie kurzfristig tun, das Gebiet Altkönigstraße, Parkstraße, Münsterer Straße vom Durchgangsverkehr zu entlasten? blieb unbeantwortet.

In der Tat ein Kelkheimer Lehrstück für Demokratie! Den Parteien sollten wir dankbar sein für die Wahlhilfe. Sie zeigen uns, was sie von unserer Wählerstimme halten. 600 Unterschriften und ein offener Brief sind für sie kein Grund, auf den Bürgerwillen einzugehen. Einige Jahre ist es her, da hielt es die CDU noch für nötig, vor einer Kommunalwahl die Bürger auf die "Falschmeldung" hinzuweisen, die Altkönigstraße könnte für den Durchgangsverkehr geöffnet werden. Damals die CDU: "Diese Straße soll dem Ziel- und Quellenverkehr der an dieser Straße angrenzenden Wohngebiete dienen. Sollte sich zeigen, daß überörtlicher Verkehr hier einen Weg sucht, so wird dies durch entsprechende Verkehrslenkung unterbunden werden!"

Die Parteien - und in diesem Fall gerade die CDU - wissen ganz genau, warum sie nicht auf einen offenen Brief antworten, denn: das, was sie vor einigen Jahren zu verhindern versprochen, ist nun wesentlicher Bestandteil ihres Verkehrskonzepts. Was ist zu der Lösung zu sagen, den Durchstich am Café Bender zu öffnen, dort eine Ampelanlage zu installieren und darüber hinaus an der Einbiegung Münsterer Straße/Parkstraße ein Stoppschild aufzustellen?

1. Es ist ein bewusster Täuschungsversuch, wenn behauptet wird, die neue "Verkehrsregelung" sei eine Lösung zur Beruhigung der Wohnstraßen um den Stadtkern. So wird der überörtliche Verkehr in Richtung Fischbach vor Kelkheim gesammelt und gezielt durch den Engpass Café Bender gelenkt. Da dort nur eine Fahrspur Platz hat, ist es nicht möglich, den Verkehr vorrangig in die Frankfurter Straße zu leiten. Vielmehr wird sich der Verkehr den bequemeren Weg geradeaus in die Parkstraße und Altkönigstraße suchen. Es gibt dort auch keinen Bahnübergang und keine weitere Ampel, wie auf der Frankfurter Straße/Bahnstraße.
2. Insbesondere wird sich der Schwerverkehr diesen Verkehrsweg wählen, da die Kurve am Café Bender in der Frankfurter Straße viel zu eng für große Fahrzeuge ist.
3. Abknickende Vorfahrt und Stoppschild an der Münsterer Straße/Parkstraße: Welcher aus Fischbach kommender Autofahrer lässt sich durch ein Stoppschild davon abhalten, die Altkönigstraße zu benutzen, wenn der Alternativweg einen Bahnübergang und eine Ampel (Frankfurter Straße/ Bahnstraße) aufweist?

Die genannten Regelungen sind dazu angetan, Park- und Altkönigstraße gerade als Durchgangsstraße attraktiv zu machen. Doch das werden wir, die Anwohner dieser Straße, nicht akzeptieren. Daher fordern wir:

1. Keine Öffnung des Durchstichs, bevor nicht eindeutige Verkehrsregelungen vorhanden sind, zu einer durchgreifenden Verkehrsberuhigung zu führen und den Durchgangsverkehr durch die Park-/Altkönigstraße zu unterbinden.
2. Versetzte Parkstreifen auf der Altkönigstraße, die den Verkehr durch die Schlangenlinien zu langsamem Fahren zwingen.
3. Sperrung der Altkönigstraße für den Bus- und Schwerverkehr (ausgenommen Schulbusse).
4. Einbahnstraße ab Central-Café zur Straße Nach dem Busch.
5. Einbahnstraße Töpferstraße in umgekehrter Richtung.

Sollten auf diese Forderungen wiederum keine Antwort der Politiker zu erhalten sein, so seien diese Wahlkandidaten daran erinnert, dass es noch andere Mittel gibt, die geeignet sind, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Diese Mittel werden sich nicht auf offene Briefe beschränken. Zunächst werden wir alle Anwohner mittels Flugblatt auf die Reaktion der Parteien und ihrer Scheinversprechungen noch rechtzeitig vor der Wahl hinweisen!"

18.3.1981: Die Jahreshauptversammlung der Kelkheimer Feuerwehren, auf der Delegierte aus allen sechs Stadtteilen entsprechend den Satzungsbestimmungen stimmberechtigt waren, hat heute im Pfarrzentrum Feldbergstraße stattgefunden. In seinem Jahresbericht hat Stadtbrandinspektor Wilhelm Hoppe besonders hervorgehoben, dass die Einsatzabteilung 308 Mann umfasst. Letztes Jahr waren es 312 Mann in allen Wehren. Die Altersabteilung besteht aus 103 Mann (im Vorjahr 104), die Jugendabteilung hat 107 Mitglieder (im Vorjahr 109).

Die Zahl der Einsätze bei Bränden erreichte im Berichtsjahr 54 (1979 waren es nur 35 gewesen). Die Zahl der insgesamt bei der Brandbekämpfung aufgewendeten Stunden liegt mit 761 1/2 Arbeitsstunden erheblich niedriger als im Vorjahr mit 905 1/2 Stunden, woraus erkennbar wird, dass es sich in der Regel um kleinere Brände gehandelt hat.

Sonstige Hilfeleistungen der Wehr, beispielsweise Einsätze bei Wasserschäden und vieles andere mehr erforderte 71 Einsätze gegenüber 56 im Vorjahr. Dabei leistete die Wehr 712 3/4 Stunden im Vergleich zu 1.114 3/4 Stunden im Jahr davor. Insgesamt wurden von den Feuerwehren für die Einsätze, aber auch für Übungen, Versammlungen und Lehrgänge im vergangenen Jahr 28.389 1/4 Stunden geleistet. Im Jahre 1979 waren es 19.442 Stunden. Die Männer der Freiwilligen Feuerwehren haben also 1980 fast 9.000 Stunden mehr geleistet.

Für die Verbesserung ihrer Ausrüstung haben die Feuerwehren aus eigenen Mitteln über 19.000 Mark ausgegeben, im Vorjahr waren es gut 12.000 Mark gewesen.

Während der Hauptversammlung wurden aufgrund der neuen gesetzlichen Bestimmungen neben dem Stadtbrandinspektor Wilhelm Hoppe und seinem Stellvertreter Hans Port, die seither schon Ehrenbeamte waren, zusätzlich weitere vier Ehrenbeamte ernannt, die die notwendigen Lehrgänge absolviert haben. Es sind dies der stellvertretende Wehrführer von K.-Mitte, Raimund Friebe, der stellvertretende Wehrführer von Fischbach, Reinhold Schupp, sowie der Wehrführer und der stellvertretende Wehrführer von Eppenhain, Erich Kistner und Wolfgang Schoppert. Damit haben also von den zwölf Wehrführern und Stellvertretern im Stadtgebiet bisher sechs alle notwendigen Lehrgänge besucht. Einige weitere sind zur Zeit noch in Lehrgängen, so dass sich die Zahl derjenigen, die alle Voraussetzungen erfüllt haben, noch erhöht.

Nach Abschluss ihrer Lehrgänge hat der Kreisbrandinspektor den Wehrführer von Eppenhain, Erich Kistner zum Oberbrandmeister und den stellvertretenden Wehrführer von Fischbach zum Unterbrandmeister befördert.

22.3.1981: Bei den heutigen Kommunalwahlen bewegte sich die CDU am Rande einer Katastrophe. Ein paar Stimmen weniger und die bisher mit satter absoluter Mehrheit regierenden Christdemokraten wären in die absolute Katastrophe gerutscht. Auch so war der mehr als überraschende Ausgang der Kommunalwahlen in Kelkheim für die CDU noch bitter genug. Von ihren 26 Sitzen büßte die bisherige "Beherrscherin des Stadtparlamentes" sieben Plätze ein und rutschte auf 19 Sitze ab. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 41,88 gegenüber der früheren absoluten Mehrheit von 55,18 Prozent. Mithin ein Minus von 13,3 Prozent.

Dicke Verluste, die bis dicht unter die Fünfzig-Prozent-Grenze kalkuliert waren, hatten manche Kelkheimer für die CDU erwartet. Dieses Ergebnis schlug am Sonntagabend im Rathaus jedoch wie eine Bombe ein, wurde als Sensation empfunden. Ärger, lange Gesichter, Traurigkeit auf der einen Seite - Freude und Jubel auf der anderen, nämlich bei der Freien Wählergemeinschaft (FWG) und der Unabhängigen Kelkheimer Wählergemeinschaft (UKW), die mit je 5 Sitzen im neuen Stadtparlament sogar die etablierte FDP überrundeten und jeweils auf Anhub Stimmenanteile von 11,5 und 10,14 Prozent errangen.

Tiefe Enttäuschung auch bei der Kelkheimer SPD, die sich auch zu den Verlierern dieser Kommunalwahl zählen darf. Sie büßte 8,8 Prozent ein, hat nur noch 12 statt der 16 Sitze im Parlament und kann sich auf einen Stimmenanteil von insgesamt 26,68 Prozent gegenüber 35,48 bei der letzten Wahl stützen. Das Plus von 1,5 Prozent bei der FDP dürfte wohl vor allem "Lokalmatador" Heinz Kunz in Münster eingefahren haben. Die FDP wird vier Stadtverordnete ins neue Stadtparlament schicken. Sie erzielte 8,65 Prozent der Stimmen.

Und die Gründe für den fast totalen Einbruch der CDU bei diesen Kommunalwahlen? Man wird manche finden, richtige und falsche. Eine Fehleinschätzung der Gesamtlage sicherlich, wenn man bedenkt, dass überall in Hessen alternative Listen - sowohl Freie Wählergemeinschaften als auch Grüne - in die Parlamente einzogen. Zweifellos jedoch auch eine Verkennung zahlreicher Kelkheimer Lokalangelegenheiten, die damit begannen, dass die CDU mit ihrer "Galionsfigur" Dr. Winfried Stephan in

die Schlacht zog, obwohl der Bürgermeister für viele Kelkheimer in den letzten Jahren nicht mehr die Leitfigur gewesen ist, sondern immer wieder wegen seiner Amtsführung und seines Auftretens in der Öffentlichkeit angegriffen worden war.

Hinzu gekommen mag sein, dass sich die CDU nicht am BIK-Hearing beteiligte, eine Einstellung, die zwar von der CDU als konsequent, von vielen Kelkheimern aber als anmaßend und arrogant angesehen wurde. Weitere Minuspunkte für den Ausgang dieser Wahl: Auch das Problem der Altkönigstraße, das zu spät als Problem erkannt wurde, wie auch Münsterer Straße und Johann-Strauß-Straße.

Dann natürlich die Fischbacher Gegenströmungen aus der FWG, die in diesem Stadtteil ein Minus von 23 Prozent bescherte. Hier schlug die Frage Schulzehten zu Buch, vielleicht auch das Verhalten der Verwaltung einzelner Bürger gegenüber. Sicherlich hat auch zur Wahlniederlage die Einstellung der CDU gegenüber den Jugendfragen eine Rolle gespielt, in Münster die Frage des Gewerbegebietes Schlemmer und einiges anderes. Inwieweit sich das Alte Rathaus Münster und das Feuerwehrgerätehaus K.-Mitte in den Ergebnissen widerspiegelte, lässt sich zunächst nicht beurteilen. Aus diesen Gründen noch ein paar Stimmen weniger, und es hätte nur 18 Sitze für die CDU im Stadtparlament gegeben.

Jedoch - auch bei der SPD macht sich tiefe Enttäuschung breit. Sieht man nämlich einmal davon ab, dass die CDU sowieso aufgrund ihres jahrelangen Kelkheimer Abnutzungseffektes und nach dem Spitzenergebnis 1977 in Fischbach, das an bayerische Verhältnisse erinnerte, dann ähneln sich die Verluste beider Parteien zwar nicht genau, haben aber doch viel Ähnlichkeit miteinander. Und das, obwohl die SPD immer wieder für die bessere Umwelt trommelte, für das Rathaus in Münster und Ruppertshain warb, bei der BIK erschien, sich für die Stadtkerne in den einzelnen Stadtteilen einsetzte, für die Feuerwehr trommelte und sich vor allem - und das dürfte manchen aus der SPD letztlich wohl am tiefsten getroffen haben - so sehr für die Belange der Jugend stark machte. Nun, sie hatte keine absolute Mehrheit zu verteidigen, hätte aber sicherlich gern ihr Gesicht besser gewahrt, als es geschehen ist. Und dass mancher SPD-Mann, der zu Beginn der Auszählungen noch einigermaßen optimistisch im Rathaus auftrat, sang- und klanglos und wohl auch sauer den "Stephans-Dom" verließ, mag verständlich sein.

Und warum die Siege der anderen? Nun, ein Teil ist schon berichtet: General Trent bewirkte einiges, aber auch manche lokale Kelkheimer Gegebenheiten. Mit welcher offenen Armen FWG und UKW von den Kelkheimer Wählern aufgenommen wurden, mag illustrieren, dass beide Gruppierungen in allen Wahllokalen, bis auf einem in Ruppertshain, die Fünf- Prozent- Klausel mit Leichtigkeit übersprangen. In Fischbach kam die FWG in einem Wahllokal fast auf 23 Prozent. Die UKW überschritt in Hornau, in Münster in der alten Schule und in der Parkstraße deutlich die Zwölf- Prozent- Marke und erzielte in den übrigen Bezirken ein über alle Stadtteile verteiltes gleichmäßiges Ergebnis. Sicherlich trug das frischfröhliche Auftreten der Jugend gegenüber den "verkrusteten Alten" maßgeblich dazu bei, abgesehen einmal davon, dass die CDU sehr an Vertrauen verloren hatte, dass obendrein der Trend zum sicherlich in vielen Fällen überzogenen Umweltschutz ein gutteil dazu beitrug.

Der Erfolg der FWG, wenn auch nicht in dieser Höhe erwartet, liegt auf der Hand. Es ist sicherlich dem Einsatz von Karl-Heinz Moormann mit zu verdanken, erhielt aber seinen stärksten Rückhalt in Fischbach selbst, wo sich viele Bürger nach der Gebietsreform schlicht und einfach von der Kelkheimer Verwaltung überfahren fühlten, sehr aktiv wurden und auch mit schlagkräftigen Argumenten kamen, denen die CDU auch von der Persönlichkeit ihrer Bewerber in Fischbach nach dem Ausscheiden von Gerhard Groß und Reinhold Wallmeyer aus dem Lokalrennen wenig entgegensetzen konnte.

Die FDP hatte sich wohl insgeheim einen etwas größeren Erfolg ausgerechnet, was auch in den Äußerungen von Hans Krützfeldt anklang. Trotzdem, die Liberalen können gegenüber dem Frankfurter Ergebnis hochzufrieden sein, zumal ihnen in Münster ein deutliches Plus beschert wurde.

Gerhard Groß gab sich von dem Kelkheimer Ergebnis "erschüttert". Sein CDU- Stadtverbandsvorsitzender, Dr. Klaus Fischer, hatte die Niederlage schon relativ früh klar erkannt, meinte aber, dass er so niedrige Werte für die CDU nicht erwartet hatte.

Bürgermeister Dr. Winfried Stephan sagte, hier habe der Trend eine gewichtige Rolle gespielt. Wir müssen das Lokalergebnis erst genau analysieren. Erhard Roser, Fraktionschef der CDU meinte, es habe keinen Zweck zu jammern. Wir müssen das Ergebnis hinnehmen wie es ist und hart arbeiten, um nächstes Mal bessere Zahlen zu erzielen.

Wilhelm Ungeheuer von der SPD schüttelte nur immer wieder ungläubig den Kopf, bevor er das Rathaus verließ. Den Nagel auf den Kopf traf wohl Ludwig Angloher aus Fischbach, der meinte, dass das interessante vier Jahre würden. Erstens nämlich werden die Debatten im Stadtparlament sicherlich mit weitaus mehr Zungenfertigkeit als früher geführt werden, und manch einer der Etablierten wird dabei nicht sehr gut aussehen. Zum anderen dürfte wohl jetzt das große Überlegen im Gange sein: wer mit wem. Für die CDU zeichnet sich nach der bisherigen Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung eine Ehe mit der FDP ab, obwohl im Wahlkampf einige Dissonanzen zutage traten, nicht zuletzt auch wegen des Schlemmer in Münster. Kommt es zu einer Dauerverbindung, wird die CDU wohl einige Abstriche in ihrem Programm machen müssen, vor allem wohl auch das Projekt Liederbachstraße über den Klosterberg zu den Akten legen müssen, vom Schlemmer und der Hauptsporanlage ganz zu schweigen. Da sich beide

Parteien über die Frage des Weiterbaus der B 8 einig seien, dürften sich hier keine unterschiedlichen Auffassungen ergeben. Einzelheiten werden aber erst die Gespräche in den folgenden Wochen ergeben. Und da CDU und FDP - um diesen Faden weiter zu spinnen - nur mit einer Stimme Mehrheit gegenüber dem (möglicherweise oppositionellen) Block von SPD, FWG und UKW regieren können, müssen zu den Stadtverordnetenversammlungen in Zukunft auch Kranke aufgeboden werden. Es fiel sogar schon das spöttische Wort von einem Rollstuhl, mit dem ein kranker Abgeordneter in den Saal geschoben werden könnte. Folgende Bewerber der einzelnen Parteien wurden in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelkheim gewählt:

CDU: 1. Dr. Winfried Stephan- Jurist, 2. Gerhard Claßen- Techniker, 3. Erhard Roser Kaufmann, 4. Adolf Dörr- Verw.-Angestellter, 5. Edelgard Günther- Hausfrau, 6. Dr. Klaus Fischer- Dipl.-Chemiker, 7. Anton Stephan- Pensionär, 8. Othmar Nicolaus- Chemie- Laborant, 9. Ludwig Ditsch- Werbetechniker, 10. Franz Althen- Kaufmann, 11. Dr. Reinhard Kunz- Verw.-Oberrat, 12. Rudolf Alscher- Realschullehrer, 13. Alwine Bock- Hausfrau, 14. Heinrich Lenzmann- Ingenieur, 15. Willi Vogt- Techn.-Angestellter, 16. Edelgard Kleemann- Krankenschwester, 17. Alfred Hofmann-Ingenieur (grad.), 18. Hans-Jürgen-Kilb KFZ-Meister und 19. Alfred Spahn- Vers.-Kaufmann.

SPD: 1. Claus-Jürgen- Lehming Vers.-Kaufmann, 2. Bernd Wellershaus- Architekt, 3. Robert Rittendorf- Vers.-Angestellter, 4. Wilhelm Ungehauer- Bürokaufmann/Student, 5. Elisabeth Hofmeister- Berufschul-Lehrerin, 6. Manfred Herbert- Techniker, 7. Hans-Walter Müssig- Staatsanwalt, 8. Horst Ackermann- Oberstudienrat, 9. Nobert Biermann- Maschinist, 10. Gerd Grüneberg- Studienrat, 11. Günter Schölzel- Marktforscher und 12. Hans Valentin Angestellter.

FDP: 1. Hans Krützfeldt- Schulleiter, 2. Willi Poths- Angestellter, 3. Carl Wilhelm Meinel- Dipl.-Ing., und 4. Paul Ernst- Schreiner.

UKW: 1. Stefan Thalheimer- Industr.-Kfm./Student, 2. Albrecht Kündiger Großhdl.-Kaufmann, 3. Klemens Böhm-Student, 4. Monika Krug- Dipl.-Sozialarbeiterin und 5. Hans-Jürgen Lutz-Verleger.

FWG: 1. Karl-Heinz Moormann- Rechtsanw./Notar, 2. Erika Bänfer- Hausfrau, 3. Helmut Krampen Kfm.-Angestellter, 4. Hans-Eberhard Schnabel- Kaufmann und 5. Helmut-Wolf Graf v. Beust- Bankkaufmann. Diese 45 Damen und Herren werden in der neuen Legislaturperiode bis 1985 die Geschicke der Stadt Kelkheim in den nächsten vier Jahren in der Stadtverordnetenversammlung bestimmen. Für diejenigen Stadtverordneten, die von ihren Parteien oder Gruppierungen in den Magistrat delegiert werden, rücken dann die nächsten Damen oder Herren, die an nächster Stelle in den jeweiligen Listen aufgeführt sind, in die Stadtverordnetenversammlung nach.

1.4.1981: Heinz Krug aus Münster wurde anlässlich der Jahreshauptversammlung der Elektroinnung des MTK zum "Ehrenmeister der Elektro-Innung" gewählt. Diese Ehrung wurde vor ihm bisher nur einmal verliehen.

In Hornau an der Ecke Hornauer Straße/Theresenstraße hat Maitre Giovanni Cavestri ein französisches Schlemmerlokal mit Namen "Le Corse" (Der Korse) eröffnet. Dieses Lokal dürfte in kürzester Zeit zum Geheimtipp der Gourmets im Rhein-Main-Dreieck werden. Erste prominente Gäste waren Roberto Blanco, Margarita Cantero und Salvatore Adamo, die in der Nähe gastierten und ihren alten Bekannten, den gebürtigen Korsen und Weltenbummler in Sachen "Gute Küche", Cavestri, aufsuchten und sich vom "Weltmeister der Saucen" an Ort und Stelle verwöhnen ließen.

15.4.1981: Nun ist auch die Geduld der "Interessengemeinschaft Gagernring und angrenzender Gebiete" zu Ende. Sie verlangen - um der Raserei auf dem Gagernring Einhalt zu gebieten, um die Sicherheit ihrer Kinder auf dem Schulweg und auch anderer Bürger auf dem Straßenstück sicherzustellen - neben dem Weiterbau der B 8 über das Liederbachtal hinaus mindestens bis zum Rettershof, die Anlage eines Mittelstreifens auf dem Gagernring.

Schwere Unfälle in der letzten Zeit, die nicht nur zu Sachschaden, sondern auch zu teilweise schweren Verletzungen führten, bestärkten die Anlieger zu ihren Forderungen. Dabei unterstrichen die Vertreter der rund 800 betroffenen Bürger in diesem Gebiet, dass, als sie dort bauten und in ihre Häuser einzogen, sie davon ausgingen, dass aufgrund des Generalverkehrsplanes der Stadt Kelkheim, die B 8 gebaut wird, dass mit einem Ausbau der L 3016 von Fischbach aus über die Liederbachstraße ein weiterführender Straßenzug zum Klosterberg und weiter zur B 519 angelegt wird.

Den Ausbau der L 3016 favorisieren heute wohl nicht mehr sehr viele Kelkheimer, vor allem nicht, wenn die Liederbachstraße veränderten Planungen zum Opfer fallen sollte. Denn der Verkehr der L 3016 von Fischbach aus ohne Liederbachstraße würde ohne B 8 voll über den Gagernring gehen. Und es besteht doch wohl gar kein Zweifel, dass der Gagernring gar nicht als Durchgangsstraße geplant gewesen sein könne, sondern nur zur Aufnahme des Ziel- und Quellverkehrs in unserem Gebiet dienen sollte und durch reines Wohngebiet führt.

Auch dafür, jetzt nach zweijähriger Vorbereitung an die Öffentlichkeit zu gehen, dürfte wohl auch auf die kommunalpolitischen Verschiebungen in Kelkheim zurückzuführen sein, nachdem sich innerhalb des

Wahlkampfes Gruppen bildeten, die andere Interessen vertreten, als im Generalverkehrsplan festgelegt worden sei. Nach unseren vorausgehenden Gesprächen mit der Verwaltung müssen wir jetzt mit anderen Gruppen sprechen, um darzulegen, welche Interessen wir verfolgen, meinten die Sprecher der Gruppe. Schützenhilfe hat den Bürgern bisher auch das Hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik geleistet, von dem ein Brief aus dem November vorliegt. Die Beobachtungen einer Kommission des Ministeriums, so heißt es in dem Brief, decken sich vollauf mit den Beobachtungen der Bürger, vor allem was die Frage der gefahrenen Geschwindigkeiten anbetrifft. Wörtlich: "Der großzügige Ausbau und die sehr gute Übersicht über die Kreuzung Rotebergstraße führen dazu, dass sehr schnell gefahren und auf diesen Streckenabschnitt überholt wird!" Und gerade das treibt den Anliegern die Zornesröte ins Gesicht. "Auf einer Gefällstrecke von 12 Prozent mit solch hohen Geschwindigkeiten zu fahren und zu überholen, muss ja geradezu zu Unfällen führen, wie wir sie hier jede Woche registrieren!" Dabei wird angeführt, dass es schon zu Zusammenstößen gekommen ist, dass Fußgänger auf den Bürgersteigen - die Nordseite benutzt schon niemand mehr von uns - angefahren und schwer verletzt wurden, dass überall in dem Straßenabschnitt an den Betonmauern die Spuren von entlang geschrammten Autos zu finden sind. Und weiter: "Welche Fehlplanung, diese Steigung. Kein Morgen im Winter, dass nicht alles steht, dass nicht alle zehn Minuten der Streudiens kommen muss. Auch im Feierabendverkehr kommt der Streudiens nicht mehr gegen das Chaos an. Und da soll noch mehr Verkehr auf diese Straße gelegt werden?" Schilder und weitere Geschwindigkeitsbeschränkungen führen ohnehin zu keinem Erfolg, attestierte das Ministerium und griff die Frage des Mittelstreifens auf, da auf engen Fahrbahnen sicherlich weniger schnell gefahren würde und man vor allem auch das unsinnige Überholen der Raser verhindern könne. Die Anlieger: "Es hat aber gar keinen Zweck, nur einen Strich zu ziehen, hier müssen in die Fahrbahn mindestens entsprechende Inseln zum Teile eingelassen oder ein richtiger Mittelstreifen durchgehend gebaut werden. Und sehr schnell, ehe es hier Tote gibt!" Dabei spielen die Anlieger auch darauf an, dass wegen der gestiegenen Buskosten für den Schultransport die Kinder aus dem ganzen Gebiet Adolphshöhe per Fahrrad oder zu Fuß zur Gesamtschule nach Fischbach gelangen müssen, wenn die Eltern nicht täglich für diese Fahrt das Zweitauto aus der Garage holen wollen. "Sollen unsere Kinder dort gehen, wo Verkehrsteilnehmer mit ihren Autos auf die Gleise der Kleinbahn donnern! Wo eine Frau auf dem Bürgersteig erfasst wurde und Knochenbrüche erlitt, wo eine Frau nach einem Unfall erblindete? Wir sind nicht gewillt, dass weiter hinzunehmen! Warum sind die Überwege in der Einmündung Fasanenstraße so verwirrend angelegt, dass Fußgänger einen Umweg von rund 100 Metern machen müssen, wenn sie sicher über die Straße gehen wollen? Warum findet man nicht eine bessere Lösung für die Verkehrsampel bei der Kreuzung Rotebergstraße?" Dabei unterschlägt keiner der beteiligten Sprecher, dass man selbstverständlich bereit ist, Verkehr hinzunehmen. Schließlich fahre man ja selbst Auto. Aber man sei nicht gewillt, Fehlplanungen weiter zu tolerieren, und man werde sich mit aller Macht dagegen stemmen. Zumal auch das Innenministerium wenig Hoffnung macht, dass ortsfeste Radarkontrollen, weil zu schnell bekannt und deshalb nur auf kurzem Streckenabschnitt respektiert, nicht zu den entsprechenden Erfolgen führen. Hier sagt man sogar, dass hohe Geschwindigkeit nur Mitursache zu primären Unfallursachen (Alkohol-Fahrbahnglätte) gewesen sei. Der Einsatz mobiler Radargeräte - allerdings widerspricht sich das Innenministerium in dem Brief wohl etwas hinsichtlich der Prozentzahlen der Geschwindigkeitsüberschreitungen - sei Erfolg versprechender. Im Bereich des Gagernrings lägen schutzwürdige Zonen, und die Zahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen mit 17 Prozent sei durchaus beachtlich, während bei den Informationen über ortsfeste Radargeräte die Rede von 3,5 Prozent war, allerdings mit Überschreitungen von mehr als 20 Kilometer in der Stunde. Der letzte Satz lautet ganz klar und klingt wie schöner Harfenklang in den Ohren der Anlieger: "Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass eine durchgreifende und dauerhafte Verkehrsberuhigung nur durch einschlägige bauliche Maßnahmen erreicht werden kann".

13.4.1981: Gemäß den Bestimmungen der HGO hatte Bürgermeister Dr. Stephan zur 1. Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1981-1985 eingeladen, und nach der Eröffnung den Vorsitz für die Wahl eines Stadtverordnetenvorstehers (-steherin) an den ältesten Stadtverordneten, Herrn Anton Stephan übertragen. Stv. Stephan leitete schon vor 4 Jahren die Wahl des damaligen Stadtverordnetenvorstehers, Herrn Gerhard Claßen. Per Akklamation wählte die Stadtverordnetenversammlung zum zweiten Mal in der Geschichte der Stadt Kelkheim eine Frau in das Amt des Stadtverordnetenvorstehers. Die neue Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Alwine Bock, war dem parlamentarischen Brauch gemäß von der stärksten Fraktion des Stadtparlaments, der CDU, vorgeschlagen worden. Vorsteherin Frau Bock, die aus Fischbach stammt, wurde mit 32 Stimmen gegen 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen gewählt, und sie nahm die Wahl an.



**Alwine Bock
(CDU)**

**7. Stadtverordnetenvorsteherin der Stadt Kelkheim (Taunus)
von April 1981 bis März 1989**

Alwine Bock wurde am 9. Januar 1935 in Berlin geboren. Sie ist verheiratet, hat eine Tochter und lebt seit 1970 in Fischbach.

Nach dem Abitur im Jahre 1955 absolvierte sie eine Ausbildung zur Dipl.-Bibliothekarin und war nach dem Studium Leiterin verschiedener Bibliotheken in Göttingen, Frankfurt, Freiburg und Heidelberg.

Von 1972 bis 1976 war sie Standesbeamtin bei der Gemeinde Fischbach.

Von 1973 bis 1977 war Alwine Bock stellvertretende Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes in Fischbach und von 1977 bis 1981 Beisitzerin im CDU-Stadtverband der Stadt Kelkheim (Taunus). Seit 1993 ist sie Vorsitzende der Senioren-Union Kelkheim und stellvertretende Vorsitzende des Main-Taunus Kreises, seit 1995 Beisitzerin im Landesvorstand der Senioren-Union Hessen. Von 1975 bis 1979 war sie Vorsitzende des Schulleiternbeirates der Albert-von-Reinach-Schule in Fischbach. Seit 1994 ist sie sachverständige Bürgerin in der Betriebskommission für die Alteneinrichtungen des Main-Taunus-Kreises.

Im März 1977 wurde Alwine Bock auf der Liste der CDU in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie übernahm den Vorsitz im Ausschuss für Kultur und Fremdenverkehr. Von März 1981 bis März 1989 war Alwine Bock für zwei Wahlperioden Stadtverordnetenvorsteherin der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelkheim (Taunus).

Danach, von März 1989 bis zur Niederlegung ihres Mandates, am 8. März 1990, war sie stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Entsorgung.

Frau Bock war von 1977 bis 1989 Mitglied im Kreistag des Main-Taunus-Kreises. Dort war sie war Mitglied im Schulausschuss, Sozialausschuss, Denkmalbeirat, Naturschutzbeirat und im Prüfungsausschuss für Wehrdienstverweigerer.

Für ihr kommunalpolitisches Engagement wurde Alwine Bock im April 1989 mit dem Ehrenring der Stadt Kelkheim (Taunus) ausgezeichnet.

Die Gemeindeordnung schreibt vor, dass in der konstituierenden Sitzung mindestens ein stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher zu wählen ist. Die SPD, als zweitstärkste Fraktion, schlug für dieses Amt den Stv. Horst Ackermann vor, der schon in der letzten Legislaturperiode ein Stellvertreter war. Die FWG-Fraktion schlug für diesen Posten den Stv. Moormann vor und die UKW-Fraktion den Stv. Thalheimer. Nach einer interfraktionellen Einigung, zuvor war ein Antrag der UKW-Fraktion auf eine sofortige Wahl von vier Stellvertretern mit 24 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt worden, einigte man sich darauf, den Stv. Horst Ackermann als ersten stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher zu wählen. Herr Ackermann wurde mit 40 Stimmen gegen keine bei 1 Enthaltung gewählt.

In der bisherigen Hauptsatzung der Stadt Kelkheim sind vier Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers vorgesehen. Um jeder Fraktion einen Stellvertreter zuzubilligen, soll die Hauptsatzung geändert werden. Zur Überarbeitung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung und der Entschädigungssatzung wurde ein Ausschuss gebildet, der bis zur nächsten Sitzung des Stadtparlaments, die Satzungen überarbeiten soll. Dem Ausschuss gehörten neun Mitglieder an, je nach der Stärke der einzelnen Fraktionen.

Für die CDU waren dies die Stadtverordneten Dr. Klaus Fischer, Gerhard Claßen, Erhard Roser und Vorsteherin Alwine Bock. Für die SPD-Fraktion die Stadtverordneten Horst Ackermann und Claus-Jürgen Lehming. Für die FWG-Fraktion der Stv. Karl-Heinz Moormann, für die UKW-Fraktion die Stv. Monika Krug und für die FDP-Fraktion der Stv. Carl Wilhelm Meinel.

Mit 38 Stimmen gegen keine Stimme bei 3 Enthaltungen wurden folgende Herren aus der Verwaltung zu Schriftführern für die Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 1981-1985 bestellt:

Oberamtsrat Toni Schmitt, Amtsrat Peter Reus, Amtmann Buttkeireit und Verwaltungsangestellter Rolf Schleidt.

Da gegen die Kommunalwahl in der Stadt Kelkheim keine Einsprüche eingegangen waren, wurde mit 41 Stimmen gegen keine Stimme die Gültigkeit der Wahl festgestellt.

Vor Beendigung der Sitzung erhoben die Stv. Kündiger und Moormann gegen die von der Verwaltung festgelegte Sitzordnung im Plenarsaal Einspruch. Die Vorsteherin Frau Bock erwiderte, dass der neue Ausschuss sich auch mit der Sitzordnung für die nächste Stadtverordnetenversammlung befassen wird. Danach beendete Frau Bock die erste Stadtverordnetensitzung der neuen Legislaturperiode.

Heinz Krug trat im März als Vorsitzender des Vereinsrings Münster aus Altersgründen zurück. Jetzt wurde er durch seinen Nachfolger, Karl-Heinz Barber, in einer kleinen Feierstunde geehrt.

An der Ecke Altkönigstraße/Parkstraße hat die Stadt jetzt eine kleine Grünanlage mit einem Kinderspielplatz eingerichtet. Hauptattraktion des neuen Spielplatzes ist ein Holzturm mit umlaufendem Balkon und Überdachung, von dem eine Rutsche in den Sandkasten führt. Der Platz ist seit seiner Freigabe Ende März für viele Kinder zum Anziehungspunkt geworden. Das hat bei vielen Anwohnern, insbesondere bei den Familien mit kleinen Kindern Zustimmung gefunden. Leider gibt es auch hier wieder Kritiker, denen die mit dem Spielplatz verbundene Unruhe missfällt.

18. bis 20.4.1981: Auf Einladung der SG Kelkheim weilte eine Fußball- und Judomannschaft aus der englischen Stadt High Wycombe über Ostern in unserer Stadt. In gewisser Weise erwiderten die Engländer damit den Besuch einer Kelkheimer Fußballmannschaft vor Jahren in High Wycombe. Die Gäste wurden durch die SG Kelkheim so gut betreut, dass die Engländer den Besuch gerne noch ausgedehnt hätten. Weiterhin ausgezeichnet klappt auch der Austausch von Schülerinnen aus der Fischbacher Gesamtschule mit Mädchen aus High Wycombe. Hier hatten die Eltern und die Staufenschule gleichfalls ein reichhaltiges Programm ausgearbeitet, so dass sich die mitreisende Lehrerin Mrs. Gill, ausgesprochen lobend über die Gastfreundschaft der Kelkheimer Familien aussprach. Grillen am Braubachweiher, ein Empfang im Rathaus und eine Fahrt zum Hessenpark und Saalburg standen auf dem Programm.

Auf der Jahreshauptversammlung des FDP-Stadtverbandes wurde der Dipl.- Ing. Willi Poths wieder als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Seine Stellvertreter wurden oder blieben Heinz Kunz und Dr. Dieter Kurandt. Als Schatzmeister weiter im Amt blieb Karl Klarmann. Die weiteren Mitglieder des Vorstandes (Beisitzer) sind: Gerlinde Wischer, Jan D. Duis, Gerhard Goebel, Bernd Koller, Dr. Rolf Lipfert, Peter Stevens, Helmut Walters. Dem erweiterten Vorstand gehören an: Hans Krützfeldt, als Fraktionsvorsitzender, Joachim Rodeck, Magistratsmitglied und Walter Dichmann als Ehrenvorsitzender.

Mit Robert Rittendorf aus Ruppertshain erhielt der SPD-Ortsverein einen neuen Vorsitzenden, nachdem Maria Herbert sich für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung stellte. Jürgen Berndt und Ivo Vidakovic wurden gleichberechtigte Stellvertreter. In den Ämtern bestätigt wurden Erika Schölzel als Kassiererin, Werner Baumgartl als Schriftführer und Wilhelm Ungeheuer als Pressesprecher. Als stellvertretende Kassiererin wurde Friederike Baumgartl, als stellvertretende Schriftführerin Käthe Fleckenstein gewählt. Marlene Herrmann, Herbert Seydler, Jürgen Ertl, Hanni Bong, Joachim Hauff, Gerd Klewinghaus und Andreas Thonke gehören dem Vorstand als Beisitzer an.

22.4.1981: In der Nacht zum Mittwoch sind auf dem B 8-Damm im Liederbachtal drei Hütten der Dammbesetzer abgebrannt. Auch nach dem Brand wollen die Umweltschützer die Besetzung des B 8-Dammes aufrechterhalten. Diese Entscheidung fiel am späten Mittwohabend bei einer Versammlung auf dem Damm, zu der über 300 Sympathisanten aus Kelkheim, Königstein und dem umliegenden Orten gekommen waren. Zum Entschluss, die Besetzung des B 8-Dammes aufrechtzuerhalten, trug nach Auskunft der Besetzer die tatkräftige Unterstützung bei, die man schon kurz nach dem Brand von der Bevölkerung der Umgebung erfahren habe. Die ersten Geld- und Sachspenden gingen ein, darunter 300 Mark von der Stadtparlamentsfraktion der "Aktion Liebenswertes Königstein".

Werkzeuge, Baumaterial und Decken "als Schutz gegen die Kälte" werden nach Auskunft Albrecht Kündigers, des Sprechers der Dammbesetzer, am dringendsten benötigt. Sobald die erforderlichen Werkzeuge und Materialien zusammen sind, will die Gruppe am kommenden Wochenende darangehen, den Brandschutt zu beseitigen. Gleichzeitig soll mit Flugblättern in Kelkheim und Königstein zu Spenden aufgerufen werden. Erste Konsequenzen aus dem Brand vom Mittwoch haben die Umweltschützer bereits gezogen: "Wir werden die noch stehenden Häuser mit Feuerlöschern sichern." Um die Brandgefahr weiter zu verringern, sollen die Kerzen in den Blockhütten langfristig durch elektrisches Licht ersetzt werden, das ein vom Windrat auf dem Damm betriebener Dynamo erzeugen soll.

Sowohl die zuständige Polizeidienststelle in Niederhöchststadt als auch die Kriminalpolizei in Frankfurt schließen Brandstiftung als Ursache des Feuers inzwischen aus. Die Flammen, die Mittwochnacht auf dem Damm hochschlugen, haben allerdings nicht nur die Hütten eingeäschert, sie beschädigten auch ein Stromkabel der MKW, das an Masten über das Hüttendorf hinweggeführt wird. Nach ersten Untersuchungen ist durch das Feuer das Hauptsteuerkabel für das Umspannwerk der Kraftwerkaußenstelle Kelkheim in Mitleidenschaft gezogen worden. Zu diesem Zeitpunkt drohte das Feuer, das bereits die Isolation weggeschmolzen hatte, auch die Kabel selbst anzugreifen. Nur das rasche Eingreifen der Feuerwehr verhinderte größere Stromausfälle in Kelkheim. Unklar ist auch noch, ob die MKW die Dammbesetzer für den angerichteten Schaden haftbar machen werden. In der Zentrale der MKW in Höchst ist darüber noch keine Entscheidung gefallen.

24. bis 28.4.1981: Mit der Ausstellung "Kelkheim - Stadt der Möbel / Stadt im Grünen"- Planung und Stadtentwicklung von 1945 bis 1980 hat Stadtbaumeister Franz Ball sein Lebenswerk den Kelkheimern im Rathaus vorgestellt. Am 25. April wird Franz Ball 65 Jahre alt und geht nach 28-jähriger Tätigkeit als Stadtbaumeister der Stadt Kelkheim in den wohlverdienten Ruhestand. Wie kaum ein anderer hat der Baufachmann die bauliche Entwicklung der Stadt Kelkheim in den letzten Jahrzehnten entscheidend beeinflusst.

In seiner Amtszeit wurde die Wasserversorgung ausgebaut und stabilisiert, erhielt die Stadt eine leistungsfähige Kanalisation, entstand das weit über die Grenzen der Stadt bekannte Kelkheimer Hallen-Freibad, wurde das Rathaus und der städtische Bauhof errichtet und nahm die allgemeine Stadtentwicklung Gestalt an.

Die Entwicklung der Stadt Kelkheim und ihr allgemeiner Ausbau lag dem Stadtbaumeister am nächsten. Das schlug sich wohl auch darin nieder, dass Kelkheim zu den ganz wenigen Städten gehörte, die für Flächennutzungspläne und Bebauungspläne ihre eigenen Fachleute einsetzen konnten und nicht teure Experten von auswärts heranziehen mussten. Die Planung und der Ausbau der neuen Wohngebiete war sein Werk genauso, wie die Erstellung des Generalverkehrsplanes.

26.4.1981: Mit dem Bau der ersten neuen Häuser nach dem Brand auf dem besetzten Damm der B 8 ist an diesem Wochenende begonnen worden. Als erste Bauten sollen wieder ein Wohnhaus und ein Stall für die Tiere auf dem Damm entstehen. Zurzeit leben die Hüttendorfbewohner in zwei Zelten, die ihnen die Ortsgruppe Kelkheim des DRK zur Verfügung gestellt haben.

Schneller und komfortabler sollen die Fahrgäste künftig auf der Kleinbahnstrecke von Höchst über Kelkheim nach Königstein und zurück reisen. Zusammen mit der Modernisierung der Strecke plant die Königsteiner Kleinbahn, neue Wagen anzuschaffen und die Innenausstattung der Abteile zu verbessern. Auch die Geschwindigkeit der Züge soll erhöht werden.

28.4.1981: Stadtbaumeister Franz Ball ist heute im Rahmen einer Feierstunde in der Cafeteria des Rathauses in den Ruhestand verabschiedet worden. Der Magistrat und die Stadtverordneten, die besonders eng mit dem Stadtbaumeister zusammengearbeitet haben, insbesondere Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses, Vertreter der Behörden u.a. des Umlandverbandes Frankfurt, des MTK, der Bauaufsicht sowie des Amtes für Landwirtschaft und Landesentwicklung waren dazu erschienen. Bürgermeister Dr. Winfried Stephan und Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock würdigten die Verdienste des scheidenden Stadtbaumeisters und seine berufliche Entwicklung, die in den letzten drei Jahrzehnten auch die städtebauliche Entwicklung Kelkheims geprägt hat. 28 Jahre lang stand Franz Ball in

den Diensten der Stadt. Er war der zweite Stadtbaumeister der 1938 gebildeten Stadt Kelkheim, nachdem sein Amtsvorgänger nur sehr kurze Zeit hier tätig war.

Franz Ball wurde am 25. April 1916 in Limburg geboren. Mittlere Reife, Gesellenprüfung im Maurerhandwerk und das anschließende Studium auf der Höheren Technischen Lehranstalt für Hoch- und Tiefbau in Idstein sind die Stationen seines Ausbildungsweges. Nur zwei Monate konnte er als Bauführer in Wetzlar noch tätig sein, bevor die Einberufung zum Arbeitsdienst und kurz darauf zur Wehrmacht, die berufliche Laufbahn unterbrachen.

Von 1945 bis 1953 im Dienst des Limburger Stadtbauamtes, trat Franz Ball am 15. März 1953 als Stadtbaumeister in den Dienst der Stadt Kelkheim ein. Die Stadt hat die Verdienste ihres Stadtbaumeisters am 14. April 1978 durch die Verleihung der Heinrich- Freiherr- von Gagern- Plakette in Silber gewürdigt. Alle Neubaugebiete, Straßenausbauten, Grünanlagen und Kinderspielflächen der ursprünglichen Stadt Kelkheim, sind von den 50er Jahren bis heute unter der Verantwortung von Franz Ball entstanden. Auch für die neuen Stadtteile hat er nach der Fusion Entwürfe geliefert, so für die Kanalisation von Ruppertshain, Fischbach und Eppenhain, und ebenso für die Wasserversorgungsnetze dieser drei neuen Stadtteile. Zurzeit laufen die von ihm mitbegonnenen Arbeiten am Grünflächenplan, am Plan der Fahrradwege und am Flächennutzungsplan des UVF.

An Hochbauten sind während der Amtszeit des scheidenden Stadtbaumeisters u.a. die Pestalozzischule, die Eichendorffschule an der Lorsbacher Straße, die Gagernschule in Hornau, die Schule in den Sindlinger Wiesen, das Rathaus, der neue Bauhof sowie zuletzt die neuen Feuerwehrgerätehäuser entstanden. Franz Ball gestaltete für die Stadt Kelkheim seit 1953 die Flächennutzungs- und Bebauungspläne, den Generalverkehrsplan, die Kanalpläne und die Wasserversorgungsentwürfe. Während der Amtszeit von Stadtbaumeister Franz Ball hat sich Kelkheim von einem Städtchen mit 8.000 Einwohnern zur heutigen Stadt mit 20.000 Einwohnern in der alten Stadt Kelkheim entwickelt.

Anlässlich seines Ausscheidens aus dem Dienst der Stadt Kelkheim stellte er eine Ausstellung im Rathaus zusammen, die anschaulich die Entwicklung der Stadt Kelkheim von 1945 bis heute darstellte. Zum Abschied wurde dem Stadtbaumeister bei der Feierstunde in der Cafeteria des Rathauses eine Bildkassette überreicht, in der die Entwicklung der Stadt seit der Stadtrechtsverleihung 1938 bis heute festgehalten ist, insbesondere aber die umfangreiche, aber stets geordnete Bautätigkeit während seiner Amtszeit.

2. bis 10.5.1981: Den Auftakt der diesjährigen Kulturwoche bildete das ansprechende Chorkonzert der "Industrielle Harmonie" aus der Partnerstadt Saint-Fons zusammen mit dem "Liederkranz" Kelkheim und der Sängervereinigung Alemania Concordia Ruppertshain. Besondere Begeisterung erzeugten die Gäste aus Saint-Fons mit ihrer Jazz-Band. Es wäre zu wünschen, dass diese Band noch einmal für ein Gastspiel in Kelkheim gewonnen werden könnte. Leider war bei der Vorbereitung der Kulturwoche nicht bekannt, dass die Industrielle Harmonie ein solches Ensemble entsenden würde.

Ein Konzert ganz anderer Art wurde am Sonntagvormittag auf dem Rathausplatz in Fischbach geboten. Eine 60 Mann starke Blaskapelle aus dem Schwarzwald spielte auf. Die Zuschauerkulisse war außergewöhnlich stark, was sich aus dem Konzert vor begeistertem Publikum am Vorabend im überfüllten Bürgersaal erklärte.

Der Mittwoch stand im Zeichen der Vereine. Die Stadt hatte von den 147 Ortsvereinen und deren Abteilungen je zwei Vertreter eingeladen. Die anwesenden Kommunalpolitiker hatten Gelegenheit, sich mit den Vereinsvertretern zu unterhalten und deren Wünsche und Anregungen zu hören. Das Rahmenprogramm gestaltete das Kelkheimer Kammerorchester. Bei dieser Gelegenheit gab es eine erste Aufführung des Tonfilms von der 1.200-Jahr-Feier. Weitere Aufführungen werden folgen, so dass jedermann Gelegenheit bekommt, den Film zu sehen, den die Kelkheimer Filmamateure 1980 gedreht haben.

Der Europatag am vergangenen Dienstag stand im Zeichen der Kundgebung, die wegen des schlechten Wetters vom Rathausplatz in die Stadthalle verlegt werden musste. Die Veranstaltung wurde wieder, wie schon vor zwei Jahren von der Stadt Kelkheim in Verbindung mit dem Kreis ausgerichtet. Die hessische Polizeikapelle sorgte für die musikalische Umrahmung. Die Ansprachen des Europa- Abgeordneten Bernhard Sälzer, der Stadtverordnetenvorsteherin, des Landrats, des Vorsitzenden der Europa-Union und eines Vertreters aus der Partnerstadt Saint-Fons wurden aufgelockert durch den Gesang des Euterpe-Chores und eine jugoslawische Folkloregruppe.

Gleichfalls am Dienstag fand im Plenarsaal des Rathauses eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Über die Darstellung der Bundeswehr diskutierten ein Vertreter des Instituts für Friedens- und Konfliktforschung, ein Offizier aus dem Ressort Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, ein Wehrpflichtiger und je ein Vertreter der Kelkheimer Parlamentsfraktionen. Auch die anwesenden Bürger waren mit in die Diskussion einbezogen.

Der Mittwoch wandte sich mit seinen Veranstaltungen an die jüngsten Kelkheimer Bürger. Zwei Aufführungen des Puppentheaters "Klappermaul" aus Frankfurt fanden ein begeistertes Publikum. Am

Abend wurde ein Jugendspielfilm aufgeführt. Im Bürgerhaus Fischbach gastierte gleichzeitig das Frankfurter Ensemble.

Am Donnerstag gab es den bereits bewährten Seniorentanz mit speziell entwickelten tänzerischen Bewegungen für ältere Leute. Die Initiatorin Irma Flohr, selbst Kelkheimerin, hat sich bereits ein Stammpublikum geschaffen. Am gleichen Abend fand das Schülerkonzert im Plenarsaal begeisterte Zuschauer.

Die Veranstaltungen des letzten Wochenendes wurden eingeleitet durch eine Geschichtswanderung rund um den Staufeu unter der Leitung von Kreisheimatpflieger Dietrich Kleipa. Die ca. dreistündige Wanderung begann am Sportplatz Taunusblick und führte über historische Stätten wie das Naturdenkmal Walterstein, den Kaisertempel, Hof Gimbach mit Eremitage und Kapelle, das Schinderhannes-Kreuz und die Burgstelle auf dem Staufeu.

Mit einem Discoabend für die Jugend im Bürgersaal Fischbach und einem Frühlingskonzert im Mühlgrundpark hat die Kulturwoche 1981 an diesem Wochenende ihren Abschluss gefunden. Außerdem wurde noch am Sonntag im Plenarsaal der Spielfilm "My fair Lady" gezeigt. Die Veranstaltungen der Kulturwoche fanden überwiegend großen Anklang bei der Bevölkerung. Es hat sich jedoch gezeigt, dass einige Veranstaltungen sehr wenig Besucher anlockten, darunter der Jugendspielfilm "Le Mans" der Film "My fair Lady" und erstaunlicherweise auch der Jugend-Disco-Abend. In der Zeit vom 2. bis 10. Mai gab es insgesamt 17 Veranstaltungen. Zusammengenommen fanden alle Veranstaltungen der Kulturwoche ca. 3.500 Besucher.

8.5.1981: In der Stadtverordnetensitzung begrüßte die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Bock zunächst den nach dem Wahlvorschlag der CDU für Frau Tomalla nachgerückten Stv. Peter Herr und sprach die Hoffnung auf gute Zusammenarbeit aus.

Die dann anschließende Beratung einer neuen Hauptsatzung der Stadt Kelkheim nahm teilweise chaotische Formen an, in der es an Verfahrensfehlern nur so hagelte. Vorsteherin Alwine Bock geriet ins Schleudern und wurde von ihren Fraktionskollegen auf der CDU-Bank im Stich gelassen. Sie lehnten nämlich die von SPD und UKW beantragten Sitzungsunterbrechungen ab, in denen sich die Vorsteherin als Neuling im Amt, hätte wieder fangen können.

Für Verwirrung schon zu Beginn der Sitzung sorgte der Fraktionssprecher der FWG, Karl-Heinz Moormann, mit "Wortklaubereien", ob denn nun ein "Ausschuss" den vorliegenden Entwurf der neuen Hauptsatzung erarbeitet habe. Der Ausdruck "Ausschuss" sei im Sinne der HGO nicht rechtmäßig. Da die Hauptsatzung eine Art Grundgesetz sei und daher nicht so viele Änderungen vorgenommen werden sollten, betonte der Fraktionssprecher der SPD, Horst Ackermann.

Gleich vier Passagen wollten die Sozialdemokraten ummodellieren. Zum ersten sollte die Verwaltung mindestens einmal in der Kalenderwoche auch nach den üblichen Sprechstunden, jeweils donnerstags, das Rathaus offen halten, damit auch Berufstätige in der Lage seien, ausliegende Pläne anzusehen. Gleiches sollte auch in den anderen Stadtteilen Kelkheims geschehen. Die UKW wollte diese Änderung jedoch auf zwei Wochentage jeweils bis 19.00 Uhr, erweitert wissen. CDU und FWG stimmten dem Antrag der SPD zu.

Bgm. Dr. Stephan erklärte dazu, dass die Verwaltung bei Juristen nachgefragt habe, ob in der neuen Formulierung eine urzeitliche Begrenzung enthalten sein sollte. Nach der Empfehlung des Hess. Städtetages sollte dies nicht der Fall sein. Der Personalrat der Verwaltung habe sich für eine Ausweitung der allgemeinen Dienststunden ausgesprochen und dafür den Freitagnachmittag im Rathaus verkürzen wollen. Dies sei aber durch den Erlass des Innenministers, der die gleichmäßige Verteilung der Dienststunden vorsieht, gescheitert.

Die Erhöhung der Magistratsmitglieder auf 11, wie CDU und FDP es wünschten, die FWG zog um des "lieben Friedens willen" mit, lehnten die SPD und UKW ab. 10 Mitglieder in diesem Gremium reichen aus. "Das Argument einer Pattsituation kann nicht akzeptiert werden", meinte Albrecht Kündiger. Die Fraktion werde dabei das Gefühl nicht los, dass die CDU hier noch einige Posten verteilen will, die der Wähler gar nicht gefordert habe. Bei der Zahl 10 seien alle Fraktionen im Magistrat vertreten, wobei ein elftes Mitglied "nur noch von der CDU gestellt wird".

Gleiche Diskussionen gab es bei der Besetzung der Ausschüsse. Stv. Ackermann vertrat die Ansicht, dass dieses Gremium auf 7 oder 8 Parlamentarier beschränkt bleiben solle, um effektive Arbeit zu leisten. Ein neuntes Mitglied käme wieder von der CDU-Seite und dies sei keine besonders glückliche Lösung. Ein SPD-Mitglied bliebe dann wieder ausgeschlossen. FDP-Fraktionsvorsitzender Hans Krützfeldt hätte auch lieber eine ungerade Zahl gesehen, ebenso der Kollegen von der UKW, damit auch der letzte Abgeordnete an der Arbeit beteiligt werde. Den Ausschuss mit 9 Personen zu besetzen, dafür plädierte der Sprecher der CDU, Stv. Erhard Roser. Dies sei die richtige Zahl für effektive Arbeit und 5 stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher seien in der Lage, jede Ausschusssitzung zu besuchen und abzustimmen. Demnach säßen 15 Mitglieder in dem Arbeitskreis, also ein Drittel des Stadtparlamentes, das Meinungsbildung betreibe.

Ob nun die Ausschüsse geheim gewählt oder benannt werden, wie es die HGO zulässt, war ein weiterer Punkt für den Meinungsaustausch der Stadtverordneten. Stv. Roser (CDU) war der Ansicht, dass die Benennung von Mitgliedern nicht zum "imperativen Mandat" führe, wie es Stv. Moormann (FWG) befürchtete. Ohne Listenwahl tauche die Frage auf, ob das benannte Fraktionsmitglied an sein Gewissen oder an die Meinung seiner Partei gebunden werden sollte. Mit dem Satz: "Wehret den Anfängen, denn wir sind hart an der Grenze des imperativen Mandats", sprach sich Stv. Moormann für die Listenwahl aus. Zum Thema Umweltfragen beantragten SPD und UKW dieses Problem in der Hauptsatzung der Kompetenz des Bau- und Planungsausschusses unterzuordnen. Themen der Umwelt hätten im Gewerbe- und Verkehrsausschuss nichts zu suchen. Fraktionssprecher der UKW, Stv. Kündiger schlug vor, einen Umweltbeirat mit politisch engagierten Abgeordneten zu gründen, der den Ausschuss unterstützen solle, in dem "die Umweltverbrechen" beschlossen würden. Gegen diese Beleidigung wehrte sich der bisherige Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, der Stv. Lenzmann (CDU). Er bedauerte, dass die UKW diesen Ausdruck nicht zurüknähme. Fast alle Beschlüsse vom Bau- und Planungsausschuss wurden von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig akzeptiert, rechtfertigte sich Stv. Lenzmann. "Das ständige Hin und Her und Rechtfertigen des Herrn Lenzmann beweist nur, dass an der Sache doch was dran ist. Denn wie heißt das Sprichwort: Nur getroffene Hunde bellen", konterte Kündiger. Weiter beantragte Stv. Kündiger, dem Sozialausschuss den Sport- und Kulturausschuss anzugliedern, und einen Jugend- und Kinderausschuss zu bilden. Gerade bei der letzten Gruppe gäbe es in Kelkheim die größten Probleme.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde über Geld gestritten. Bei außer- und überplanmäßigen Ausgaben sollte nicht im Einzelfall, sondern immer der Haupt- und Finanzausschuss gehört werden. Bis zu 20.000 Mark aber sollte der Magistrat auch ohne Billigung des Haupt- und Finanzausschusses ausgeben können, meinte der Fraktionssprecher der CDU, Erhard Roser. Der Magistrat müsse so viel freie Hand haben, damit er Aufträge erteilen und Abrechnungen abschließen könne.

Diesem Argument konnte der SPD-Fraktionssprecher Horst Ackermann nicht so ganz folgen. Wenn es möglich sei, den Magistrat einzuberufen, dann müsse dies auch für den Haupt- und Finanzausschuss gelten. Besserer Kontrolle wegen sprach sich auch FWG-Sprecher Karl-Heinz Moormann dafür aus, die Summe von 50.000 auf 20.000 Mark neu festzusetzen. Außerdem sollten außer- und überplanmäßige Ausgaben nicht, wie in dem Entwurf vorgesehen, miteinander vermengt werden.

Einen Antrag des Stv. Gerhard Claßen (CDU) folgend, die Hauptsatzung ohne Änderungen "en bloc" zu verabschieden, gelang es der CDU zusammen mit der FDP den Entwurf mit 23 gegen 0 Stimmen als rechtmäßige Satzung durchzusetzen. SPD und UKW beteiligten sich nicht an der Abstimmung, die SPD hielt eine Sitzungsunterbrechung ab und die UKW verließ geschlossen den Plenarsaal. Unter Ausschluss der UKW und bei 3 Enthaltungen wurde der Entwurf der Geschäftsordnung für die städtischen Gremien angenommen.

Eingefügt wurde auf Antrag des Stv. Ackermann, dass mindestens einmal im Jahr eine Bürgerversammlung unter der Leitung der Stadtverordnetenvorsteherin und unter Anwesenheit jeweils eines Vertreters der Fraktionen veranstaltet wird. Ferner sollen zukünftig Tonbandaufzeichnungen nur im Dienstraum unter Anwesenheit eines Schriftführers gehört werden können. Frühestens nach einem Jahr sollten die Aufzeichnungen gelöscht werden. Dies geschah auf Anträge der Stadtverordneten Krützfeldt (FDP) und Moormann (FWG).

Wenigstens einmal Einstimmigkeit, die UKW blieb immer noch ausgeschlossen, Einigkeit erzielte das Stadtparlament bei dem Beschluss der Satzung, die die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit regelt. Da waren sich alle einig. Mit 29 Stimmen gegen keine Stimme wurde der Entwurf der Satzung beschlossen.

Zu dieser Stadtverordnetensitzung bringt der Verfasser einen Kommentar von Peter Hillebrecht aus der KeZ vom 13.5.1981, weil er meint, dass dieser Kommentar sehr sachlich und eine eindringliche Mahnung an alle Parlamentarier war.

Aus Fehlern lernen! Lasst uns diese Seite im Kapitel Kelkheimer Kommunalgeschichte ganz schnell vergessen! Eigentlich war es für alle Fraktionen nur positiv, dass im Gegensatz zur ersten Sitzung nach den Wahlen nicht mehr so viel Zuschauer kamen, als Besucherstühle standen. Denn, was diese Besucher erlebten, war ein Trauerspiel. Auszug von Fraktionen, Formulierungen, die für manche beleidigend waren, eine im Wirrwarr der Anträge und Gegenanträge total überforderte Stadtverordnetenvorsteherin und schließlich eine CDU-Fraktion, die offensichtlich immer noch zu wenig aus der Wahlniederlage vom 22. März gelernt hat.

Selbst CDU-Mitglieder unter den Zuhörern zeigten sich über die Art und Weise, mit der die CDU ihren Willen durchboxte, verärgert. CDU-Abgeordnete reagierten betreten. Es ging um die Hauptsatzung der Stadt Kelkheim, bisher aufgrund der absoluten Mehrheit der CDU entsprechend auf diese Fraktion zugeschnitten. Jetzt jedoch, nach der Umschichtung im Parlament, wurden Änderungen notwendig, um einmal der FDP Sitze in den Ausschüssen zu garantieren, zum anderen, um der CDU ihre bisherige

Mehrheit zu erhalten - sofern die anderen Fraktionen mitspielten. Darum ging es, roh auf den Nenner gebracht.

Völlig legitim kamen jedoch die anderen Fraktionen mit Zusatz- und Änderungsanträgen. Mit so vielen schließlich, dass kaum noch jemand in diesem Dickicht den Durchblick behielt. Und hier schlug die CDU zu. Anstatt nun dem Antrag der SPD nachzugeben, einer Sitzungsunterbrechung zuzustimmen, anstatt eine Einzelabstimmung strittiger Punkte zuzulassen, verlangte die Fraktion eine geschlossene Abstimmung. Und das, obwohl so gut wie alle Fraktionen, auch der Bürgermeister, gern eine Pause eingelegt hätten.

Widersinnig natürlich auch der Antrag von Horst Ackermann, der Magistrat möge alle Anträge des Abends - mündliche oder schriftliche - zusammenfassen, abschreiben und kopieren lassen. Selbst Außenstehende hätten wissen müssen, dass so etwas Stunden dauert und als Antrag nur die Verwaltung reizen muss. Besonders peinlich dabei, dass am Tisch der Vorsitzenden eine UKW-Meldung zur Geschäftsordnung zur Seite gelegt wurde, weil man sich schon in der Abstimmung befunden habe. Was andere im Sitzungssaal nicht so sahen, wir übrigens auch nicht. Selbst wenn es formal so gewesen wäre, hätten die alten Parlamentshasen dem jungen Nachwuchs Nachhilfeunterricht geben können, hätten sagen können: Seht her, eigentlich seid ihr ja im Unrecht, aber ihr befindet euch ja schließlich im Lernprozess. Und im Hinblick auf eine gedeihliche Zusammenarbeit für Kelkheim helfen wir gern.

Nichts von dem. Die UKW fühlte sich naturgemäß absolut undemokratisch und auch ungerecht behandelt. Und wir meinen - zitieren damit aber nicht unbedingt Horst Ackermann: So geht es nicht! Druck erzeugt Gegendruck. Deshalb auch sollte man den Vorschlag aufgreifen, mehr Beobachter am Vorstandstisch zu haben, um in Zukunft keine Meldung zu übersehen.

Es geht natürlich auch nicht, dass die FDP als Steigbügelhalter der CDU angegriffen wird und deshalb (natürlich) wütend zurückschlägt. Es geht auch nicht an, dass Hans Valentin (SPD) Formulierungen benutzt, die dem Bürgermeister die Zornesröte ins Gesicht treiben, und Albrecht Kündiger (UKW) sollte seine Ausdrücke auch besser wählen. Denn die deutsche Sprache lässt nun einmal über gewisse Worte nur gewisse Deutungen zu.

Heinrich Lenzmann (CDU) war mit Recht verärgert, dass ihm und seiner Fraktion "Verbrechen" unterstellt wurden, wenn auch damit gewisse Umweltfragen angesprochen wurden, deren Bedeutung aber erst jetzt richtig erkannt wird. Und wenn Gerhard Claßen (CDU) meinte, er habe in den Jahren seiner parlamentarischen Arbeit einen solchen Heckmeck noch nicht erlebt, dann übersieht er vielleicht - auch wenn jetzt Juristen im Parlament manche Debatte zerreden könnten - dass er auf dem Stuhl des Stadtverordnetenvorstehers mit einer ungeheuren Erfahrung ausgestattet war, die Alwine Bock (CDU), der niemand den guten Willen abspricht, heute noch fehlt.

Unsicherheit, so wurde uns am folgenden Tag im Gespräch gesagt, Unsicherheit könne sich vielleicht nach den Jahren des Herrschens in der CDU breitgemacht haben. Das ist sicherlich möglich, und nicht jeder reagiert unter Stress souverän sicher. Vielleicht jedoch hier die Bitte: Unsicherheit kann man auch mit Großzügigkeit ausgleichen. Eine Geste, die übrigens allen gut anstehen würde. Alwine Bock hätte gut daran getan, zu unterbrechen, damit man sich besprechen konnte. Und wenn das noch nicht genügte, hätte sich das Parlament, sofern satzungsgemäß möglich, nach 14 Tagen noch einmal treffen können, nachdem alle strittigen Punkte abgeklärt waren.

Die UKW hätte dann nicht den Saal verlassen brauchen, um von hinten mit Zwischenrufen zu provozieren, die FWG hätte nicht um 22.40 Uhr die Köfferchen gepackt, und man hätte alles in allem einen guten Beginn gehabt. Diese Chance ist zunächst vertan. Geht es so weiter, bekommen wir leider doch noch Recht mit unserer Mahnung, dass in den nächsten vier Jahren in der Kommunalpolitik viel mehr zerredet als objektiv gearbeitet wird. Es war an diesem Abend viel vom "gesunden Menschenverstand" die Rede, und manch einer tat sich groß damit - rhetorisch. Dass eben dieser Menschenverstand genutzt wurde, davon war wenig zu bemerken.

In diesen Tagen feiert der Kindergarten St. Hildegard der kath. St. Martinsgemeinde in Hornau sein 25-jähriges Jubiläum. Der Kindergarten hat sich in den 25 Jahren seines Bestehens einen sehr guten Ruf erworben, und zwar nicht nur durch seine ruhige Lage im Grünen, sondern auch durch seine erzieherische Arbeit, die in diesen Jahren geleistet wurde. So dankt die Gemeinde allen, die Dienst in dem Kindergarten taten, ihn unterstützt und gefördert haben. Besonders dankbar ist man Schwester Fredeganda vom St. Victorheim, die vor kurzem verstarb, und die als erste Leiterin des Kindergartens von 1956 bis 1963 tätig war.

12.5.1981: In den frühen Morgenstunden wurde durch einen Großeinsatz der Polizei das Hüttendorf auf dem B 8-Damm im Liederbachtal dem Erdboden gleichgemacht. An dieser Aktion, die von der Einsatzleitung mit der nicht abwendbaren Gefahr für die Bewohner des Hüttendorfes, ein Beispiel ist der Brand vor einigen Tagen, begründet wurde, nahm ein Großaufgebot der Polizei teil. Um 6.00 Uhr früh wurden den Dammbesetzern die schon seit längerer Zeit verfügte Räumungsgenehmigung überreicht. Das

geplante Dammfest zur zweijährigen Besetzung des Dammes wird unter diesen Umständen nicht stattfinden können. Die Behörden hatten dazu ihre Zustimmung ohnehin verweigert.

Die KeZ vom 20.5.1981 schreibt dazu, dass wie immer bei solchen Einsätzen, wenn die Polizei mit größerer Anzahl auftaucht, die Berichte über den Hergang der Räumung auseinander gehen. Die Exekutive berichtet, dass es bei der eigentlichen Räumung nur zu kleineren Zwischenfällen gekommen sei, die betroffenen Dammbesetzer sind anderer Ansicht und taten dies nicht nur mit einer folgenden Demonstration in Kelkheim kund, sondern auch mit Flugblättern, in denen berichtet wird, dass Dammbewohner von den Beamten verprügelt worden und krankhausreif geschlagen worden seien. Dazu Polizeiobererrat Zintel von der Polizei- Inspektion- West: "Nach unseren bisherigen Untersuchungen hat keiner der Beamten bei der Räumung des Naturdorfes Chemical Mace eingesetzt. Es hat allerdings drei Verletzte gegeben". Wie der Obererrat weiter erklärte, habe man einen Leichtverletzten bei der Räumung der B 519 registriert, der eine Platzwunde an der Augenbraue und am Nasenflügel erlitten habe. Leicht verletzt worden - Prellungen und Hautabschürfungen - sei auch einer der Dammbewohner, der aus dem Keller nach oben geholt worden sei. Dieser Mann - und hier wird auch die Frage einer Alkoholvergiftung geprüft - habe beim Eindringen der Beamten einen großen Schluck aus der Bierflasche genommen und diese Flasche dann gleich als Waffe gegen die Beamten eingesetzt. Im Krankenhaus habe man seinen Zustand als Schock bezeichnet, die Polizei habe, weil er so nach Alkohol gestunken habe, davon gesprochen, er habe unter Alkohol gestanden.

Ungeklärt seien weiterhin die Verletzungen - Gehirnerschütterung und Schädelprellung - eines anderen Dammbesetzers. Polizeiobererrat Zintel: "Wir haben den Mann zweimal im Krankenhaus aufsuchen lassen, um ihn nach seinen Verletzungen zu befragen. Er weigerte sich bisher, Angaben dazu zu machen. Wir können deshalb auch nicht sagen, woher diese Verletzungen stammen, ob vom Polizeieinsatz oder aus einem anderen Zwischenfall".

Zu der Räumung hat auch die Kelkheimer SPD-Fraktion Stellung genommen, die von einem unverantwortlichen politischen Schritt sprach. Der Bund der katholischen Jugend, Bezirk Main-Taunus, bedauerte, dass diese bisher gewaltfreie Aktion der Dammbesetzung nicht ernst genommen und durch den Räumungsbeschluss des Landrats gewaltsam beendet worden sei. Die UKW kritisiert auch, dass Stadtverordnete der Unabhängigen Kelkheimer Wählergemeinschaft unter Androhung von Festnahmen vom Damm befördert worden seien. Die UKW meint, dass blanker Zynismus zutage trete, wenn gesagt werde, dass die Dammbesetzer vor sich selbst zu schützen seien. Sie spielen damit auf den Einsatz von Chemical Mac (chemische Keule) an, der dazu geführt habe, dass einer der Dammbesetzer davon vergiftet worden sei, dass man aber im Landratsamt von einer Alkoholvergiftung gesprochen habe.

Gegen die Räumung des B 8-Dammes protestierte auch der Unterbezirksverband der SPD. Manfred Herbert, der Vorsitzende meinte, die Räumungsverfügung des Landrats sei willkürlich, unvernünftig und zu diesem Zeitpunkt völlig unangebracht gewesen. Auch Herbert spricht von der "Chemischen Keule" und meint wörtlich, nachdem er auch an die Gummiknüppel der Polizei erinnert: "Auf diese Weise würde von der Polizei die Gewalt nur noch provoziert werden". Die Kreistagsfraktion der SPD meinte, einen konkreten Anlass zur Räumung habe es nicht gegeben. Erstaunt zeigte sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gerd Mehler darüber, dass Landrat und Erster Kreisbeigeordneter (Knoll FDP) gesagt hätten, dass sie den Ausbau der B 8 für notwendig hielten. Die Entscheidung über den Weiterbau der B 8 treffe jedoch weder der Landrat noch der Erste Kreisbeigeordnete, sondern die Landesbehörden.

Natürlich gehen auch die Angaben über die Demonstrationsteilnehmer in Kelkheim weit auseinander. Einige sprechen von 3.000 Teilnehmern, andere wollen kaum die Hälfte gesehen haben. Auf jeden Fall verlief dieser Marsch vom Rathaus in Richtung Hornau ohne Zwischenfälle. An einer Pressekonferenz im Landratsamt nahmen später außer Landrat Dr. Bernhard Löwenberg (CDU), dem Ersten Kreisbeigeordneten Wolfgang Knoll, der neue Chef der Polizeiinspektion West, Polizeiobererrat Zintel, und der leitende Baudirektor in der Hessischen Bauverwaltung, Götz, teil.

In dieser Pressekonferenz gaben die Verantwortlichen der Aktion noch einmal einen Abriss der "Dammgeschichte" und begründeten die Polizeiaktion zur Räumung des Dammes mit Hilfe von Planiermaschinen und Baufahrzeugen mit folgenden Gesichtspunkten, die hier auszugsweise wiedergegeben werden: "Die Bauaufsichtsbehörde beobachtete schon seit geraumer Zeit mit großer Besorgnis die sich ständig ausweitende illegale Bautätigkeit, weil dabei in gravierender Weise der Gefahrenabwehr dienende bauordnungsrechtliche Vorschriften außer Acht gelassen worden sind, wie z.B. die nicht abgesicherten Feuerstätten, die kaum 10 Meter voneinander stehenden Gebäude, Nichtfreihaltung der Leitungsstraße und der viel zu geringe Waldabstand, von den unzureichenden hygienischen Zuständen einmal ganz abgesehen.

Einem Brand am 22.4.1981 fielen nicht nur drei Hütten zum Opfer, sondern darüber hinaus entstand erheblicher Sachschaden u.a. an der über den Damm führenden Starkstromtrasse der MKW. Nur dem Zufall war es zu verdanken, dass keine Dammbesetzer verletzt wurden, das Feuer sich nicht weiter ausbreitete und auf den Wald übergriff.

Eine weitere Duldung konnte die Bauaufsichtsbehörde nicht mehr verantworten. Der Brand habe in einer kaum zu überbietenden Deutlichkeit der Bauaufsichtsbehörde vor Augen geführt, in welcher permanenten Gefahr die Dammbesetzer leben. Nach dem Brand vom 22.4.1981 kann niemand ernsthaft die akute Gefährdung von Menschen und Sachwerten im Falle eines erneuten Brandes ausschließen. Die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung hat sich insofern erheblich vergrößert, als die uneinsichtigen Dammbesetzer zu Hilfsaktionen aufgerufen haben und tatsächlich den Wiederaufbau und den weiteren Ausbau des Hüttendorfes verstärkt vorangetrieben haben.

Den Dammbesetzern geht es anscheinend nicht mehr wie ursprünglich nach ihren eigenen Aussagen um demonstrative Ziele, sondern um eine Verfestigung illegaler baulicher Anlagen auf diesem Terrain über einen längeren Zeitraum. Mit dem bereits angekündigten, kurz bevorstehenden Dammfest zum zweijährigen Bestehen des Hüttendorfes und dem dabei zu erwartenden Besucherstrom aus der ganzen Bundesrepublik war eine Eskalation der Gefahrenherde zu befürchten, über die keine Kontrolle mehr möglich war.

Die Dammbesetzer könnten immerhin für sich in Anspruch nehmen, mit ihrem beharrlichen Widerstand gegen den geplanten vierspürigen Ausbau der B 8 erreicht zu haben, dass eine erneute Diskussion über den Sinn dieser Straßenplanung ausgelöst worden ist und Veränderungen in der Planung erfolgten." In der Pressekonferenz erklärte Götz, dass der Damm - eine seit langem bekannte Vorgabe - ohnehin falle, damit das Tal wieder ungehindert für die Luftzirkulation aus dem Taunus frei werde. Die rund 10.000 Kubikmeter Boden würden an anderer Stelle benötigt.

Landrat Dr. Löwenberg zur Verkehrsfrage der Bewohner in den Städten wie Kelkheim und Königstein: "Wir haben die Leute dort bauen lassen. Nun müssen wir auch für den Verkehr dort Sorge tragen".

Vorläufiger Schlusspunkt dann im Landratsamt eine Diskussion zwischen fünf Dammbesetzern und ihrem Anwalt auf der einen Seite sowie dem Landrat und Ersten Kreisbeigeordneten auf der anderen Seite. Wie zu vermuten, kam es wegen der unterschiedlichen Auffassungen zu keiner Einigung. Erster Kreisbeigeordneter Knoll: "Es ging mehr als turbulent zu. Und man muss schon ein Übermaß an Geduld aufbringen, um so ein Gespräch nicht platzen zu lassen". Einer der Diskussionsteilnehmer verabschiedete sich, indem er gegen die Eingangstür des Landratsamtes, durch die täglich hunderte von Menschen gehen, pinkelte. Für die eingeebneten Hütten verlangten die Dammbesetzer jetzt vom Kreis Ersatzunterkünfte.

Der Damm im Liederbachtal, auf dem einstens die B 8 gebaut werden sollte, ist von der Polizei geräumt worden. Die Besetzer wurden des Dammes verwiesen, die Hütten des so genannten Naturdorfes wurden eingeebnet, das Gelände selbst mit Stacheldraht umzogen. Lapidar diese Meldung. Und doch hat wohl allerlei Mut dazugehört, jetzt, nach zwei Jahren einen Schlusstrich unter dieses Kapitel lautstarker Demokratie zu ziehen. Denn die Verantwortlichen im Landratsamt mussten sich darüber klar sein, dass nicht nur die Medien, sondern auch mancherlei Gruppierungen und politische Verbindungen sich lautstark und marktschreierisch zu Wort melden würden, um den Niedergang der Demokratie und den Aufstieg zum Polizeistaat zu beklagen.

Das ist genauso gekommen. Und es ist nur bedauerlich, dass sich bisher niemand zu Wort meldete, der vorher für den Bau der B 8 eingetreten ist, um jetzt den Landrat und seinen Ersten Beigeordneten nach dieser Aktion zu unterstützen. Vielleicht sind diese Kräfte und politischen Gruppierungen inzwischen vom Lärm um die B 8 so sehr eingeschüchtert und verunsichert, dass sie sich nun nicht mehr in die Nesseln setzen wollen. Könnte doch sein, dass sich dann gleich wieder jemand meldet, der von mangelndem Demokratieverständnis spricht. Womit schon einiges erreicht wäre. Die Räumung des Dammes musste kommen. Und auch die Dammbesetzer selbst müssten sich darüber voll und ganz klar gewesen sein, weil sie vorher sagten, sie würden einer Räumung gewaltlos weichen. Auch wenn sie nach dem Feuer auf dem Damm von Bürgern der Stadt bestärkt wurden - auch mit materieller Hilfe - ihre Hütten wieder aufzubauen. Nicht alle Bürger Kelkheims sind dieser Meinung gewesen. Und es ist wohl nicht übertrieben, wenn man sagt, dass die meisten Kelkheimer für den Hüttenbau auf dem Damm nicht viel Verständnis aufbrachten. Denn, was hat es für einen Zweck, dass Straßenzüge in Lärm und Gestank ersticken, wenn dafür - zugegebenermaßen - ein Stück Natur geopfert werden muss, allerdings Baumbestand, der bis zum Rettershof wohl nicht zum wertvollsten des Taunus zählt. Und ob das Braubachtal so leiden wird, wie immer beschworen, mag dahingestellt bleiben. Hinzu kommt, und das dürfte auch keiner der Kritiker der neuen Bundesstraße 8 vom Tisch wischen, dass diese Straße überhaupt noch nicht genehmigt worden ist. Das ist zweifellos dem Einsatz der jungen Leute zu verdanken, die zwei Jahre lang bei Wind und Wetter, bei Sonne und Regen, bei Kälte und Hitze dort oben aushielten - eine Leistung, die jedem Anerkennung abnötigt, der sich den Einsatz der Umweltschützer aus dieser Perspektive anschaut. Wir (die Kelkheimer Zeitung) haben aus dieser Anerkennung nie ein Hehl gemacht, wir haben aber auch unsere Meinung gesagt, wenn es darum ging, dass nicht alle Dammbesetzer ihre Ideale der übrigen Bevölkerung vorlebten. Wir sind aber auch der Meinung, dass jetzt die Zeit gekommen ist, Bilanz zu ziehen und noch einmal zu überdenken, ob nicht ein reduzierter Bau einer Bundesstraße 8 allen Seiten entgegenkommen könnte. Natürlich auch unter dem Gesichtspunkt, dass allenthalben auch die Straßenbaubehörden aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und solche Trassen und Kahlschläge sofort wieder aufforsten. Sicher, dieser

Neubewuchs ist nicht in drei Jahren wieder so hoch gewachsen wie jetzt, aber die Böschungen liegen doch nicht mehr so kahl da, wie früher.

Das wäre auch eine Diskussion zwischen Lehrern und Schülern wert - innerhalb des Unterrichts, sofern das fachbezogen gemacht werden könnte, ohne das Eltern sich fragen, wird denn in der Schule nur noch diskutiert oder auch gelernt - wie uns Eltern aus der Eichendorffschule sagten. Um das alles noch einmal auf einen Nenner zu bringen: Umweltschutz ja.

Aber keinen übertriebenen Umweltschutz, der letztlich niemandem nutzt, höchstens denen, die sich über Unruhe jedweder Art freuen - wer immer das auch ist.

Nachdem in den verschiedensten Zeitungen Berichte über die Räumung des Naturdorfes auf dem Damm erschienen waren, nachdem Fernsehen und Rundfunk darüber berichteten, hat die Schutzpolizeiinspektion West in einer Presseerklärung zu den Vorgängen Stellung genommen. Zwar befindet sich der Damm nicht auf Kelkheimer Gebiet, doch ging von Kelkheim aus der Protestmarsch der jungen Leute in Richtung Hornau. Andererseits wurde die Räumung des Dammes, direkt an der Kelkheimer Gemarkung gelegen, in der Stadt erheblich diskutiert. "Die Schutzpolizeiinspektion West in Kelkheim, die für alle polizeilichen Maßnahmen während und nach der Räumung des B 8-Dammes verantwortlich war, möchte auf drei Punkte hinweisen, die in der Berichterstattung in den vergangenen Tagen - insbesondere durch falsche Darstellungen einiger Dammbesetzer, so auch des Kelkheimer Stadtverordneten Kündiger - in den Publikationsorganen teilweise falsch oder zumindest ungenau dargestellt wurden.

- 1.) Es ist absolut unzutreffend, dass, wie aus der Schilderung des Herrn Kündiger zu entnehmen ist, ein überfallartiges Besetzen des Dammes durch die Polizei erfolgte. In Wirklichkeit wurde wenige Minuten nach 6.00 Uhr durch zwei Bedienstete des Landratsamtes die Abbruchverfügung ausgehändigt. In dieser Verfügung war den Betroffenen eine Frist von einer Stunde eingeräumt, in der sie freiwillig die Hütten räumen und das Gelände verlassen konnten. Zu diesem Zeitpunkt waren außer zwei zur Begleitung abgestellten Beamten keinerlei Polizeikräfte im weiteren Umkreis des B 8-Dammes anwesend. Nachdem etwa 6.45 Uhr seitens einiger Besetzer versucht wurde Dächer zu ersteigen und damit einer Räumung der Hütten von vornherein unmöglich zu machen, wurden schwache Polizeikräfte (ca. 10 Beamte) auf den Damm entsandt, um insbesondere ein Besteigen des Windrades und der Aussichtsplattform zu verhindern. Erst nachdem die eingeräumte Frist zum freiwilligen Verlassen verstrichen war, wurden gegen 7.10 Uhr stärkere Polizeikräfte herangeführt, um die Bewohner des Dorfes, die offensichtlich nicht bereit waren, den Platz zu räumen, gegebenenfalls unter Anwendung polizeilicher Zwangsmittel zu entfernen. Aus dieser Darstellung dürfte ersichtlich sein, dass Begriffe wie "überfallartig" u.ä. absolut unzutreffend sind und in den Bereich der Polemik verwiesen werden müssen.
- 2.) In einzelnen Veröffentlichungen wurde die Schilderung, die der zuständige Einsatzleiter in der Pressekonferenz im Landratsamt hinsichtlich der Rechtslage und der hieraus resultierenden Funktion der Polizei abgab, überhaupt nicht oder nur sehr ungenau dargestellt. Zur nochmaligen Klarstellung wird deshalb auf folgendes hingewiesen: Die Polizei wurde zu keiner Zeit aktiv tätig, um die Hütten von den persönlichen Habseligkeiten zu räumen, um die Tiere abzutransportieren oder gar um die Hütten abzubrechen. Alle diese Aufgaben wurden durch Vollzugskräfte des Kreises, der örtlich zuständigen Gemeinden oder durch vertraglich an den Kreis gebundene Privatfirmen getätigt. Die Tätigkeit der Polizei beschränkte sich allein auf die durch § 44 des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG) gesetzlich übertragene Verpflichtung zur "Amtshilfe", hier in der besonderen Form der so genannten "Schutzhilfe" für die Vollzugsorgane einer anderen Behörde. Hierdurch ergab sich für die Vollzugspolizei konkret die Verpflichtung, das Gelände, auf dem die anderen Vollzugsorgane tätig werden mussten, frei von jeglichem Personenverkehr zu halten, damit die Arbeiten weder durch Demonstranten gestört, noch für die Personen selbst eine Gefahr durch die Arbeit ausgelöst würde. Vom tatsächlichen Ablauf her ist insofern auch interessant, daß die ersten polizeilichen Maßnahmen gegen Demonstranten eingeleitet werden mussten, die sofort mit Heranrücken der Baumaschinen versuchten, diese zu besetzen und an der Arbeit zu hindern. Da sie trotz mehrmaliger Aufforderung nicht bereit waren, dies zu unterlassen, wurden sie von Polizeibeamten abtransportiert."

15.5.1981: In der Frankfurter Straße hat der aus Norddeutschland stammende "Johnny" ein neues Bierlokal mit dem Namen "Die Hütte" eröffnet. Die Hütte ist kein Restaurant, sondern ein reines Bierlokal, auch wenn es gegen den kleinen Hunger den einen oder anderen Happen geben wird.

Zum "Bundesthing" (Bundesversammlung) trafen sich im Plenarsaal des Rathauses 54 Delegierte der Deutschen Waldjugend. Erster Stadtrat Klug hieß die Gäste willkommen und wies in einer kurzen Ansprache auch auf die Probleme hin, mit denen Kelkheim zur Zeit bezüglich des Weiterbaues der B 8 im Liederbachtal tangiert wird. Kelkheim als Tagungsort vermittelte die hier ansässige und rührige Waldjugendgruppe "Staufenmuffel", deren Forstpate Forstoberinspektor Jörg D. Schultz gerade als Kassenprüfer in den Bundesvorstand gewählt wurde.

Von dem immer noch drohenden Abriss des Wanderheimes auf dem Staufen erfuhr der Bundesvorstand der Deutschen Waldjugend während des Bundesthings. Da die Waldjugend sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene dieses Wanderheim für die Schulungen ihrer Gruppenleiter und für Forsteinsätze in den umliegenden Wäldern schon mehrfach genutzt hat und eine Intensivierung der Arbeit hier noch möglich wäre, verabschiedete die Versammlung folgende Resolution: "Die Deutsche Waldjugend, Bundesverband, erklärt, dass die unwiderrufliche Vernichtung des Staufenhauses durch Abriss aus folgenden Gründen unbedingt verhindert werden muss:

- Das historische Bauwerk aus dem Jahre 1899, errichtet durch Baron von Reinach aus Frankfurt, stellt ein Kulturgut dar.
- Der Erbauer widmete seinen Besitz den erholungssuchenden Wanderern aus und um Frankfurt. Das Haus ging somit als Schenkung in das Eigentum der Stadt Frankfurt über.
- Damit hat die Stadt Frankfurt eine Verpflichtung sowohl gegenüber dem Stifter als auch gegenüber der Allgemeinheit übernommen, den ursprünglichen Zweckgedanken dieses Hauses fortzuführen.
- Der Bundesverband der Deutschen Waldjugend sieht sich in der Lage, hier dauerhafte und attraktive Jugendarbeit im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vollbringen, Gruppenleiterlehrgänge, Forsteinsätze, Naturschutzseminare, Treffen auf Landes- und Bundesebene sowie andere Veranstaltungen durchzuführen.
- Wiederholt sind in der Vergangenheit Initiativen im Bereich des aktiven Natur- und Umweltschutzes des Verbandes daran gescheitert, weil keine geeigneten baulichen Anlagen für die unbedingt notwendige Ausbildung und den Erfahrungsaustausch auf den genannten Gebieten vorhanden sind."

Mit dem Staufenhaus, so die Versammlung, hätte die im Natur- und Umweltschutz engagierte Jugend endlich die Voraussetzungen gefunden, ihre Zielvorstellungen, auch im Interesse aller Bürger, zu verwirklichen.

22.5.1981: Zu Beginn der Stadtverordnetensitzung gedachte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Bock des ermordeten Hessischen Staatsministers Heinz Herbert Karry und bat die Anwesenden, sich zu dessen Ehren von den Sitzen zu erheben.

Weiterhin gab sie bekannt, dass sie beabsichtige, zukünftig immer im Wechsel einen ihrer Stellvertreter mit an den Vorstandstisch zu bitten, damit ein ordnungsgemäßer Ablauf der Sitzungen, insbesondere rechtzeitige und vollständige Notierung aller Wortmeldungen gewährleistet sei und es hierüber keine Auseinandersetzungen, wie in der letzten Sitzung geschehen, in diesem Hause geben müsse. Hierauf nahm der Stellvertreter Stv. Ackermann am Tisch der Vorsteherin Platz.

Einem Antrag des Stv. Krützfeldt (FDP), die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung künftig auf 23.00 Uhr zu begrenzen, wurde einstimmig zugestimmt.

Einem Antrag des Stv. Kündiger (UKW) auf Aufnahme eines Resolutionsentwurfs gegen die Dammräumung in die Tagesordnung der heutigen Sitzung wurde zwar mit 23 Stimmen gegen 22 Stimmen zugestimmt, da jedoch dieser Beschluss gemäß der HGO eine 2/3 Mehrheit benötigt hätte, konnte dieser Antrag keine Aufnahme in die Tagesordnung finden.

Gemäß einem gemeinsamen Vorschlag aller Fraktionen wurden folgende Stadtverordnete einstimmig zu stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehern gewählt: Gerhard Claßen (CDU), Hans Krützfeldt (FDP), Stefan Thalheimer (UKW) und Karl-Heinz Moormann (FWG).

Bei der Wahl des ehrenamtlichen Magistrats reichten alle Fraktionen eine Liste ihrer Vorschläge ein. Nach Auszählung der Stimmen entfielen auf die Liste der CDU = 19 Stimmen, Liste der SPD = 11 Stimmen, bei 12 Sitzen, Liste der FDP = 4 Stimmen, Liste der UKW = 4 Stimmen, bei 5 Sitzen und Liste der FWG = 7 Stimmen bei 5 Sitzen, zusammen = 45 Stimmen.

Dadurch daß die SPD und die UKW je eine Stimme der FWG gaben, verhinderten sie, daß die CDU mit den beiden hauptamtlichen Magistratsmitgliedern (Bürgermeister und Erster Stadtrat) die absolute Mehrheit im Magistrat der Stadt Kelkheim erreichte. Nach dem in der HGO vorgeschriebenen Berechnungsmodus (nach Hare/Niemeyer) ergab sich folgende Sitzverteilung für den ehrenamtlichen Magistrat der Stadt Kelkheim: Liste 1 (CDU) = 4 Sitze, Liste 2 (SPD) = 3 Sitze, Liste 3 (FDP) = 1 Sitz, Liste 4 (UKW) = 1 Sitz, Liste 5 (FWG) = 2 Sitze, zusammen = 11 Sitze. Damit waren folgende Damen und Herren als ehrenamtliche Magistratsmitglieder gewählt:

Für die CDU die Stadträte Rudolf Alscher, Ludwig Ditsch, Adolf Dörr und Othmar Nicolaus. Für die SPD die Stadträte Manfred Herbert, Norbert Biermann und Robert Rittendorf. Für die FDP der Stadtrat Joachim Rodeck. Für die UKW die Stadträtin Frau Franziska Lutz-Clar. Für die FWG die Stadträte Ortwin Kloß und Ludwig Ramscheid.

Für die in den Magistrat gewählten Stadtverordneten rückten aus der CDU-Liste folgende Herren als Stadtverordnete in die Stadtverordnetenversammlung nach: Ludwig Angloher, Gerhard Noeske, Thomas Weck und Gerhard Blank, aus der Liste der SPD die Herren Richard Gladis, Horst Remmeke und Erhard Karger.

Nach der neuen Hauptsatzung der Stadt Kelkheim wurden die Ausschussmitglieder im Benennungsverfahren durch ihre Fraktion bestimmt.

- 1. Haupt- und Finanzausschuss:** die Stadtverordneten Anton Stephan, Erhard Roser, Franz Althen und Alfred Spahn (CDU), Claus-Jürgen Lehming und Hans-Walter Müssig (SPD), Hans Krützfeldt (FDP), Albrecht Kündiger (UKW), Karl-Heinz Moormann (FWG)
- 2. Planungs- und Bauausschuss:** die Stadtverordneten Dr. Reinhard Kunz, Gerhard Claßen, Alfred Hofmann und Edelgard Kleemann alle CDU, Bernd Wellershaus, Horst Remmeke (SPD), Paul Ernst (FDP), Hans-Jürgen Lutz (UKW), Hans-Eberhard Schnabel (FWG).
- 3. Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltausschuss:** die Stadtverordneten Hans-Jürgen Kilb, Heinrich Lenzmann, Gerhard Blank und Gerhard Noeske alle CDU, Elisabeth Hofmeister, Günter Schölzel (SDP), Willi Poths (FDP), Klemens Böhm (UKW), Helmut- Wolf Graf von Beust FWG.
- 4. Sozialausschuss:** die Stadtverordneten Edelgard Günther, Edelgard Kleemann, Ludwig Angloher, Thomas Weck, alle CDU, Hans Valentin, Erhard Karger (SPD), Hans Krützfeldt (FDP), Monika Krug (UKW), Helmut Krampen (FWG).
- 5. Jugend-, Sport- und Kulturausschuss:** die Stadtverordneten Dr. Klaus Fischer, Willi Vogt, Thomas Weck, Peter Herr alle CDU, Wilhelm Ungeheuer. Richard Gladis (SPD), Carl- Wilhelm Meinel (FDP), Stefan Thalheimer (UKW), Erika Bänfer (FWG).

In die Kammer des Umlandverbandes konnte die Stadt Kelkheim einen Vertreter entsenden. Für die Wahl dieses Vertreters gingen drei Wahlvorschläge ein. Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfielen auf 1. Stv. Paul Ernst (FDP) = 23 Stimmen, 2. Stv. Lehming (SPD) = 16 Stimmen, 3. Stv. Kündiger (FWG) = 5 Stimmen, eine Stimme war ungültig. Somit war der Stv. Ernst als Mitglied in die Kammer des UVF gewählt. Bgm. Dr. Stephan wurde per Akklamation als Stellvertreter in die Kammer des UVF gewählt. Mit 44 Stimmen bei 1 Enthaltung wurden die Stadtverordneten Hofmann (CDU), Gladis (SPD) und Lutz (UKW) als Mitglieder in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Vordertaunus gewählt. Einstimmig wurde der Stv. Nicolaus (CDU) und als sein Stellvertreter der Stv. Gladis in die Verbandsversammlung des Schwarzbachverbandes gewählt.

Nach den umfangreichen Wahlen in der Stadtverordnetenversammlung sollte noch der Verkehrsplan der Stadt Kelkheim diskutiert werden. Man einigte sich darauf, die zahlreichen Fragen und Antworten noch einmal in den Fachausschüssen zu beraten und erst in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments darüber zu debattieren. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

24.5.1981: Bei einem Polizeieinsatz wurde von einem Informationsstand der UKW-Fraktion mehrere Bilder von der Dammräumung beschlagnahmt. Wie die Polizei dazu mitteilte, sei der Hinweis aus der Bevölkerung gekommen, daß neben der Stadthalle "Bildmaterial, auf dem deutlich Polizeibeamte im Einsatz zu erkennen sind", öffentlich ausgestellt würden. Insgesamt 7 Beamte - zwei aus Kelkheim und fünf aus Frankfurt - waren bei dieser Aktion beteiligt. Erklärt wurde das Eingreifen mit dem Hinweis, es seien Polizeibeamte erkennbar abgebildet und dies verstoße gegen einschlägige Bestimmungen. Wie der UKW-Stv. Kündiger betonte, werde man Strafanzeige wegen Diebstahls stellen. Allerdings muss sich nun auch die UKW auf eine Anzeige "gefasst" machen. Von der Polizei wurde erklärt, daß eine Anzeige wegen "öffentlicher Bilddarstellung von Polizisten" auf die UKW zukomme. Das Ehepaar Else und Heinrich Brandt aus der Höhenstraße feiert heute das Fest der Goldenen Hochzeit. Auch das Ehepaar Katharina und Fried Gottschalk aus der Kelkheimer Straße 50 in Fischbach feiert dieser Tage das Fest der Goldenen Hochzeit.

Stadtrat Manfred Herbert wurde auf dem Parteitag des SPD-Unterbezirkes Main-Taunus wieder zum Vorsitzen dieses Gremiums gewählt.

Eines der herausragenden sportlichen Ereignisse der letzten Wochen war sicherlich der "Guinness Cup", eine Veranstaltung von internationalem Rang, durchgeführt vom Squash-Club Kelkheim. Teilnehmen konnten natürlich nur Stars von internationalem Rang, die hier in Kelkheim in der Tennis- und Squash-Halle am Kloster alle Register ihres sportlichen Könnens zogen. Gewinner dieses Cups wurde der westaustralische Meister und Trainer des Deutschen Mannschaftsmeisters der Herren in Krefeld, Rod George, gegen Chris Caird aus Neuseeland, der in seinem Heimatland die Nummer zwei ist, u.a. auch der Gewinner des bekannten Squash-Pokals "Slazenger Squash Circuit" und Trainer einer Würzburger Mannschaft. Dritter wurde Chris Reville, Dritter der englischen Rangliste, Tennisprofi und Trainer in Wiesbaden. Der Squash-Club Kelkheim ist mit der Ausrichtung dieses Turniers auch auf der internationalen Ebene ins Rampenlicht getreten. Die Verantwortlichen haben mit viel Arbeitsaufwand und organisatorischem Geschick bewiesen, daß sie durchaus solchen Veranstaltungen gewachsen sind, sowohl was den Arbeitseinsatz der Mitglieder, als auch die vorhandenen Squash- Einrichtungen betrifft.

Mit allem Nachdruck wendet sich die Interessengemeinschaft Gagernring und der angrenzenden Gebiete dagegen, daß die Interessen der Bürger dieses Stadtgebietes - auf den Verkehr bezogen - bei vielen Politikern unbeachtet bleiben. Besonders enttäuscht zeigte sie sich darüber, daß die SPD-Fraktion, die in einem ausführlichen Gespräch dem Weiterbau der B 8 zur Entlastung des innerörtlichen Verkehrs im Stadtgebiet zugestimmt habe, bei der letzten Stadtverordnetensitzung in der Diskussion um den Generalverkehrsplan den Gagernring überhaupt nicht erwähnt habe. In einem offenen Brief an verschiedene SPD-Stadtverordnete heißt es: "Sie selbst haben sich vor Ort davon überzeugen können und sicherten zu, sich bei der ersten möglichen Gelegenheit als Fraktion für die Verwirklichung dieser Maßnahmen einzusetzen.

Wir mussten nun mit Verwunderung feststellen, daß in der Stadtverordnetensitzung über verkehrsberuhigende Maßnahmen in anderen Gebieten Kelkheims, wie Altkönigstraße und Gimbacher Weg, von ihrer Fraktion ausführlich gesprochen, die Situation am Gagernring aber totgeschwiegen wurde. In diesem Zusammenhang ist auch unverständlich, daß die SPD-Fraktion die Fortführung der L 3016 über den Klosterberg - verlängerte Liederbachstraße - mit dem Argument abgelehnt, diese führe an zwei Schulen vorbei (Richter- Gymnasium/Pestalozzischule). Sie lässt trotz der geführten Diskussion bewusst außer acht, daß auch der Gagernring an einer Grundschule und dem Bahnhof Hornau vorbeiführt. Von diesem Bahnhof fahren viele Kinder aus dem Stadtteil Hornau zu den weiterführenden Schulen in Höchst und Königstein. Daß darüber hinaus Grundschulkinder infolge ihres Alters durch den Verkehr besonders gefährdet sind, ist bekannt.

Das Gleichheitsprinzip wird hier völlig außer Acht gelassen, denn was als Argument für die Nichtfortführung der verlängerten Liederbachstraße gilt, hat aus den oben genannten Gründen insbesondere Gültigkeit für den Gagernring. Wie auch die Verkehrssicherheitskommission des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr festgestellt hat, ist der Gagernring für eine weitere Verkehrsbelastung nicht geeignet. Im Gegenteil verlangt hier die Verkehrssicherheit entsprechend dem Schreiben des Ministeriums sofortige bauliche Maßnahmen, d.h. die Anordnung eines mittleren Grünstreifens. Wenn die SPD-Fraktion gegen die vom Land geplante Fortführung der L 3016 über den Klosterberg ist, so muss sie eine gleichwertige Ersatzlösung anbieten. Nach dem Floriansprinzip kann hier nicht gehandelt werden."

Zu den Argumenten der Interessengemeinschaft Gagernring und angeschlossener Gebiete zählen: "Auslöser zum Teil schwerer Unfälle ist zweifelsfrei hohe Geschwindigkeit der Fahrzeuge infolge breiten Ausbaues und starken Gefälles (12 Prozent) des Gagernrings. Grünstreifen als bauliche Maßnahme werden von dem Ministerium als die einzig wirksame Maßnahme angesehen, auch dauerhaft verkehrssicheres Verhalten auf dem Gagernring zu errichten. Radarkontrollen, Hinweisschilder und Fahrbahnmarkierungen hätten allenfalls vorübergehenden Erfolg.

Entgegen diesem schwerwiegenden Befund versuchen verschiedene Gruppen, dem Gagernring die eigentliche Belastung erst noch aufzuladen, indem sie den Weiterbau der B 8 verhindern – Anschluss des Gagernrings in großzügigem Ausbau an die Fischbacher Straße herstellen wollen, so daß die Fischbacher Straße über den Gagernring mit dem vorhandenen vierspurigen Teilstück der B 8 kurzgeschlossen würde. Der Gagernring würde zum B 8-Ersatz als eine Ortsstraße, die anerkanntermaßen für eine Aufnahme starken Verkehrs nicht geeignet ist. Sie soll die Verkehrsströme zwischen Taunus und Rhein-Main-Gebiet aufnehmen, soweit sie über den Raum Kelkheim rollen. Die Frage deshalb an Politiker und Gruppen: Können sie verantworten, bei allem Verständnis für die Natur vor der Stadt, dieser die Umwelt in der Stadt zu opfern?"

3.6.1981: In Eppenhain wurde die Bildungsstätte des Bundes für Sozialarbeit in Anwesenheit hochkarätiger Mitglieder aus Politik, Industrie und Handel eingeweiht. In Betrieb genommen wurde dort in Anwesenheit und mit Reden von Bundesministerin Antje Huber, Bundestagsvizepräsident Georg Leber und Dr. Franz Schade, Vorsitzender des Internationalen Bundes für Sozialarbeit, sowie Josef Stingel, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, die Bildungsstätte Eppenhain/Taunus.

Es ist dies die neueste Einrichtung dieses Internationalen Bundes für Sozialarbeit, die kurz gefasst zwei Aufgaben hat: einerseits ist sie Jugendbildungsstätte, in der Seminare durchgeführt werden für Schulabgänger, Berufsanfänger, Auszubildende, junge Arbeitnehmer, junge Arbeitslose und Zivildienstleistende. Andererseits ist sie eingerichtet worden, um Informationswochen und Fortbildungsarbeit anzubieten für pädagogische Fachkräfte und andere Personen, die in den Feldern von Sozialarbeit und Berufsausbildung tätig sind.

Finanziert wird der Bund aus der Bundesanstalt für Arbeit, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie von den Sozialministern der Länder. Hinzu kommen Zuschüsse und Spenden. Die Bildungsstätte Eppenhain - bisher als Hotel "Bergfried" genutzt - verfügt über 60 Bettplätze sowie Seminarräume, in denen jeweils zwei Gruppen unabhängig voneinander arbeiten können. Freizeiträume und ein kleines Hallenschwimmbad sind ebenfalls vorhanden.

Kurt Born, lange Jahre Stadtverordneter und ehrenamtlicher Stadtrat, der mit dem Ablauf der letzten Legislaturperiode seine politischen Ämter aufgab, um sich ganz seinem Geschäft widmen zu können, kann

doch der Arbeit für die Allgemeinheit nicht entfliehen. Er wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Einzelhandelsverbandes Frankfurt, Hoch- und Main-Taunus gewählt.

In der kommenden Stadtverordnetenversammlung will die CDU-Fraktion beantragen, den ehrenamtlichen Magistrat um einen Sitz auf 12 zu erhöhen. Die CDU begründet den Antrag damit, daß nach dem Ergebnis der Magistratswahlen in der letzten Stadtverordnetenversammlung die CDU nicht angemessen im Magistrat vertreten ist. Die CDU empfindet diese Wahl - weil UKW, FWG und SPD damit im Magistrat im Gegensatz zur Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben - als Manipulation des Wählerwillens.

In der Begründung der CDU heißt es weiter: "Durch das komplizierte Vergabeverfahren nach Hare-Niemeyer, das die kleineren Parteien gegenüber den größeren bevorzugt, ergab sich, daß die FWG statt einem zwei Mitglieder für den Magistrat benennen durfte. Die FWG, die 11,5 % der Stimmen und 5 Stadtverordnetenmandate erhielt, verfügt so im Magistrat groteskerweise über halb so viele Mitglieder wie die CDU, der 41,9 % der Bürger das Vertrauen aussprachen, die 19 Stadtverordnete stellt, die aber nur 4 Stadträte entsenden darf."

Noch vor der ersten Parlamentssitzung habe die CDU vorgeschlagen, den ehrenamtlichen Magistrat auf 11 Sitze zu erweitern, um allen Fraktionen - und gerade den beiden neuen - eine faire Chance zur Mitarbeit zu geben. Entsprechend ihrer Stärke hätte die CDU 5, die SPD 3, die FDP, UKW und FWG je einen Stadtrat entsenden sollen. Dieser Vorschlag habe die Zustimmung aller Fraktionen gefunden.

Politiker aller Fraktionen diskutierten mit den Anwohnern der Altkönigstraße die schon erwähnten Verkehrsprobleme und die vom Magistrat gemachten Vorschläge zur Verkehrsregelung in dem betroffenen Gebiet. Eckhard Schlager, der Sprecher der Interessengemeinschaft, fasste noch einmal die Argumente der Anwohner zusammen: Gefahr für die Kinder, alte Leute, Abgase Lärm. Abhilfe könnten nur versetzte Parkstreifen, die Sperrung der Straße für den Schwerverkehr und eine Einbahnstraßen-Regelung am so genannten Durchstich der Straße Nach dem Busch und Töpferstraße bringen.

Stv. Heinrich Lenzmann (CDU) verteidigte den Magistratsentwurf und wies darauf hin, daß eigentlich nur der Bau der B 8 eine Entlastung für diese Straßenzüge bringen könnte, ein Argument, das die Anlieger des Gagernringes in Hornau gleichermaßen benutzen. Lenzmann griff auch die Bemerkung eines Bauoberrates aus Kelkheim auf, der die geplante Verkehrsführung mit einem Rechtsabbieger-Verbot in die Münsterer Straße und der entsprechenden Bevorrechtigung und des dort aufzustellenden Stoppschildes als rechtswidrig erklärt hatte.

Wir hatten seinerzeit auch darauf hingewiesen, daß hier gewisse Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind, damit es an dieser Stelle nicht zu schweren Unfällen kommt. Heinrich Lenzmann: "Hier sollte es die Stadt ruhig einmal auf einen Prozess ankommen lassen, wenn es so weit ist". Scharper hatte eingangs weiter erwähnt, daß die Stadtverwaltung für den Anfang der 70er Jahre erschlossenes Gebiet, dessen hohe Verkehrsdichte frühzeitig erkannt worden sei, nichts getan habe. Schließlich habe man seit Jahren gedrängt, den Verkehr aus diesem Gebiet abzuleiten.

Auch die anderen Parteien meldeten sich zu Wort: Stv. Horst Ackermann (SPD): "Ich kenne die Sorgen der Menschen hier, ich wohne selbst in der Straße". Er stimmte dem eingeschränkten Weiterbau der B 8 bei Schonung des Braubachtales zu.

Stv. Paul Ernst (FDP): "Man muss sich bei verkehrslenkenden Maßnahmen überlegen, was wirklich sinnvoll ist. Was ist schlimmer, rollender Verkehr, stehender Verkehr mit seinen stinkenden Abgasen? Wir können den Verkehr nicht zwingen, wir können nur versuchen, daß es besser läuft". Stv. Karl Heinz Moormann (FWG): "Bis zur Fertigstellung der B 8 muss der Kelkheimer Bahnübergang geöffnet bleiben". Der Verkehr müsse dem Straßencharakter entsprechend verteilt werden.

Stv. Monika Krug (UKW): "Sie wünschte sich einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel (Busverkehr zwischen Fischbach und Höchst zum Beispiel), eine entsprechende Eindämmung des Individualverkehrs, auch zugunsten der Natur". Vor allem wandte sie sich gegen den Weiterbau der Bundesstraße 8.

Gerade auf die Offenhaltung des Bahnübergangs K.-Mitte wies Schaper hin, um zu unterstreichen, daß auch bei einem Bau der L 3016 der Verkehr dann nicht nur über die Altkönigstraße geführt werden dürfe. An einer Schließung des Bahnüberganges ließe sich erst denken, wenn eine wirklich annehmbare Lösung für die allgemeinen Verkehrsprobleme gefunden worden sei.

Als Vorbereitung für die kommende Stadtverordnetenversammlung und als Echo auf das Gespräch mit den Anwohnern der Altkönig- und Parkstraße, befasste sich der Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltausschuß mit der Verkehrsführung in der Stadtmitte. Der RP als Aufsichtsbehörde hatte in zwei Punkten andere Vorstellungen als der Magistrat, die nun aufgrund dieser Besprechungen verwirklicht werden sollen. Der stadteinwärts rollende LKW-Verkehr soll aufgrund des Engpasses im Bereich des Central-Cafe's nicht über die Straße Nach dem Busch, sondern über die Töpferstraße erfolgen. Eine Beschilderung der abknickenden Vorfahrt der Frankfurter Straße nach der Straße Nach dem Busch ist nicht vorgesehen. Durch die Schaltung der Grünphase der Ampelanlage Parkstraße/Frankfurter Straße soll der Verkehrsfluss in dieser Richtung zwar wie vorgesehen, Vorrang erhalten. Bei Ausfall der Ampelanlage soll es jedoch bei

der Vorfahrtsbeschilderung der Frankfurter Straße in beiden Fahrtrichtungen gegenüber den Straßen Parkstraße und neue Straße Nach dem Busch werden Stoppstraßen.

Durch den Stv. Lenzmann (CDU) wurde angeregt, die vorgesehene Haltelinie an der Straße Nach dem Busch in Höhe des Central-Cafe's zurückzulegen, damit eine gute Einfahrt von der Frankfurter Straße in die Straße Nach dem Busch (heute Frankenallee) gewährleistet ist. Auf Parkplätze im Bereich der Volksbank Münster soll verzichtet werden, damit die Bushaltestelle verlegt werden kann. Damit will man einen größeren Stauraum in der Frankfurter Straße erhalten. Dafür stimmten sieben Mitglieder des Ausschusses (CDU, SPD und FDP), dagegen eine Stimme (UKW) und eine Enthaltung (FWG). Abgelehnt mit fünf Neinstimmen, bei einer Ja Stimme und drei Enthaltungen wurde ein Vorschlag der UKW-Fraktion, auf den Einbau einer Ampelanlage an der Kreuzung Parkstraße/Frankfurter Straße zu verzichten und statt dessen eine Einbahnregelung für

- die Töpferstraße von der Hauptstraße zur Frankfurter Straße,
- der Frankfurter Straße ab Töpferstraße bis zur Kreuzung Straße Nach dem Busch/Parkstraße,
- der Straße Nach dem Busch von der Frankfurter Straße/Hauptstraße,
- der Münsterer Straße von der Parkstraße bis zur Straße Im Herrnwald einzurichten.

Der Vorschlag der FWG-Fraktion, es bei der seitherigen Verkehrsführung bis zum endgültigen Ausbau der Straße Nach dem Busch zu belassen, wurde mit einer Ja Stimme bei sieben Neinstimmen und einer Stimmenthaltung ebenfalls abgelehnt.

Da die neue Verkehrsführung wegen des provisorischen Ausbaues der Straße Nach dem Busch nur für eine Übergangszeit bestehen kann, soll bei dem Einbau der Ampelanlage eine später notwendig werdende Änderung berücksichtigt werden. Der Ausschuss hat darüber hinaus empfohlen, bis spätestens März 1982 eine Verkehrszählung im Bereich der Stadtmitte durchzuführen, um vielleicht notwendig werdende Verbesserungen vornehmen zu können.

Es sieht also so aus, daß es bis auf einige Kleinigkeiten bei der Verkehrsführung bleiben wird, die der Magistrat vor den Wahlen ausgearbeitet hatte:

- Kein Rechtsabbiegen von der Parkstraße in die Münsterer Straße,
- die Führung der Parkstraße/Münsterer Straße hat - von der Frankfurter Straße her kommend - Vorfahrt,
- die Parkstraße erhält hier ein Stoppschild,
- die Ampelanlage der Kreuzung Parkstraße/Straße Nach dem Busch wird so geschaltet, daß der zur Straße Nach dem Busch auswärts fließende Verkehr die Vorfahrt behält.

Grundidee des Konzepts ist, der durch die Altkönigstraße und Parkstraße fließende Verkehr soll gebrochen werden, um die Kraftfahrer auf die Frankfurter Straße und von dort stadtauswärts auf die Straße Nach dem Busch abzudrängen.

Endgültige Wachablösung in der Eichendorffschule an der Lorsbacher Straße. Für Gerhard Kutschker hat als Nachfolger Joachim Peter Kuzay die Leitung dieser Gesamtschule übernommen.

Im Jahre 1981 stehen für Straßenbaumaßnahmen rund 2,5 Mio. Mark zur Verfügung. Für das Fahrbahndeckenerneuerungsprogramm sind 280.000 DM vorgesehen. Die weiteren Mittel sollen wie folgt verwendet werden:

- Für den weiteren Gehweg- und Fahrbahnausbau des Durchstichs zwischen der Frankfurter Straße und der Straße Nach dem Busch 1.137.000 DM,
- für die Fertigstellung des Baugebietes "Schieferberg" 600.000 DM,
- für die Restfinanzierung des Baugebietes "Toter Mann" (Zeilsheimer./Krifteler Straße) 24.000 Mark,
- für eine neue Decke im "Kühtrieb" 35.000 Mark,
- für den Gehwegausbau der Lessingstraße von Uhlandstraße bis zum Taunusklubweg (früher der obere Teil der Herrnmauer bis zur Bahnlinie) 180.000 Mark. Ferner sind angesetzt Restmittel:
- für die Abfangung einer Hangrutschung am Schulzehnten in Fischbach in Höhe von 40.000 DM,
- für die Vorplanung einer neuen Straßenführung am Bahnhof K.-Mitte mit 20.000 Mark,
- für Straßenbegleitgrün im Stadtgebiet 15.000 Mark,
- für den Straßenfertigausbau Brunhildenweg 35.000 Mark,
- für die Restfinanzierung pro Ausbau des Baugebietes "Hain" 70.000 Mark,
- für den teilweise Bürgersteigausbau Falkensteiner Straße/Förstergrund 35.000 Mark. Für die Neubaugebiete sind für die Straßenbeleuchtung rund 70.000 DM bereitgestellt.

Für Kanalbaumaßnahmen stehen insgesamt 1.309.300 Mark zur Verfügung, nachdem 1980 über 2 Mio. Mark und 1979 sogar noch mehr als 3,4 Mio. Mark zur Verfügung standen.

- Der größte Betrag mit 1,25 Mio. Mark ist für den Abschluss der Bauarbeiten am Hauptsammler vorgesehen,
- 30.000 Mark für kleinere Kanalbaumaßnahmen im Stadtgebiet,
- 25.000 Mark für Kanalplanung im Gebiet Rettershof,

- 4.300 Mark für Kanalplanung im Seitenweg "Wolfes" in Richtung Eppenhainer Straße.

Für Wasserversorgungsmaßnahmen stehen in diesem Jahr nur 45.000 Mark zur Verfügung, 1980 waren es über 540.000 Mark und 1979 knapp 200.000 Mark. 20.000 Mark sind für den Wasserleitungsbau an Ortsstraßen nach Bedarf einzusetzen, für die Restfinanzierung der Leitung von der Straße Nach dem Busch zur Parkstraße 15.000 Mark und für Verbesserungen am Hochbehälter "Perch" sind 10.000 Mark vorgesehen.

Gut 200 Zuhörer ließen sich zum SPD- Volksfestival in den Mühlgrund locken, daß wieder von Horst Ackermann - übrigens zum dritten Mal - organisiert worden war. Und wieder zeigte sich, daß der Organisator des Jazz-Picnics auch hier eine ausgezeichnete Hand hatte, so daß alle Zuschauer voll auf ihre Kosten kamen. Die Stimmung war sogar so gut, daß einige der Anwesenden zu den griechischen Rhythmen ihre tänzerische Begabungen auf dem "Stein-Parkett" bewiesen und fröhlich mittanzten.

12.6.1981: Erstmals wurde vor der Stadtverordnetenversammlung in Kelkheim eine Bürgerfragestunde eingeführt, in der Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung sich den Fragen der Bürger stellen mußten. Wichtigstes Problem in der Fragestunde war für viele anwesende Eltern die Schülerbeförderung von Hornau nach Fischbach, nachdem das Land Hessen den Landkreisen die Schülerbeförderung aufbürdete und die Mindeststrecke für solche Beförderungen von zwei auf drei Kilometer erhöhte. Zur Zeit sieht das so aus: Die Hornauer Kinder müssen über den Gagernring, müssen über 600 Meter freies Feld über die Sodener Straße nach Fischbach zur Schule gehen oder mit dem Fahrrad fahren, wenn die Eltern es nicht vorziehen, die Kinder per Auto zu bringen oder zu holen. Betroffen sind nach Auskunft der Vorsitzenden des Elternbeirates der Staufenschule in Fischbach, Doris Krampen, etwa 250 Kinder. In der anschließenden Diskussion wurde die CDU in eine Position gedrängt, in der sie gar nicht gut aussah. Alwine Bock, die Stadtverordnetenvorsteherin war der Meinung, daß dafür nicht die Stadt, sondern der Kreis zuständig sei. Und Kreispolitiker, wie Bgm. Dr. Stephan, äußerten – widersprochen von der SPD und auch einen Tag später mit einer entsprechenden Presseerklärung untermauert - daß nicht genügend Gelder vom Lande gestellt seien. Die Schülerbeförderung sei vielleicht im Winter wieder möglich. Die Elternbeiräte möchten sich doch bitte an den Kreis wenden.

Doris Krampen griff hier in die Diskussion ein und fragte, ob man den Fahrplan des Stadtbusses nicht anpassen könne, wenn die Schule wieder am 6. August beginnt. Sie meinte, daß Eltern bereit wären, die Kosten selbst zu tragen. Auch hier wieder die Reaktion der CDU: Sache des Kreises, höchstens im Winterfahrplan nach Verhandlungen mit der Kleinbahn möglich.

Aufgrund dieser Diskussionen beantragte die UKW-Fraktion zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung einen vorbereiteten Dringlichkeitsantrag zur Frage der Schülerbeförderung in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Stadt solle, so die UKW, die Kosten für die Schülerbeförderung sofort nach den Ferien übernehmen, bis der Kreis entscheide.

Nach von der CDU beantragter Sitzungsunterbrechung konnte der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen werden, nur um dann allerdings in den HFA - Ausschuss zu wandern. Kurzum, über das Wie konnte man sich nicht einig werden. Stv. Ackermann (SPD) argumentierte, dies sei Sache des Kreises und Stv. Noeske (CDU), Sache des Landes! Dann die bittere Bemerkung einer anderen Fraktion, daß, wenn sich die Kelkheimer Kreispolitiker für die Kinder aus Kelkheim einsetzen würden, diese Diskussion überflüssig wäre. Auch Stv. Roser (CDU) bedauerte, daß hier eine politische Argumentation ausgelöst wurde, die nicht ins Haus gehöre, sondern in den Kreistag. Der Kreis sei der Schulträger, nicht die Stadt. Wir sind uns einig, daß wir den Kindern helfen wollen.

Ein Anwohner des Stückes beschwerte sich über die Lärmbelästigung während des Stadtfestes. Man könne Menschen, die hart arbeiten müssten, eine solche nächtliche Lärmbelästigung nicht zumuten. Bgm. Dr. Stephan beantwortete den Vorwurf und sagte, daß dieses Problem so alt sei, wie das Stadtfest selbst. Es habe dauernd Diskussionen um gleichwertige Plätze gegeben, die man aber beim besten Willen nicht finden könne. Selbst in der Nachbarschaft des Stückes sei man unterschiedlicher Meinung. Der eine ja - der andere nein! Trotz gedrosselter Musik könne man nicht dahin kommen, daß nichts mehr zu hören sei. Dann müsse man das Fest abbrechen. Schließlich findet das Stadtfest nur einmal im Jahr statt und Verwaltungsgerichtsurteile, vor allem aus Bayern, hätten bestätigt, daß gewisse Beeinträchtigungen von der umgebenden Bevölkerung hinzunehmen seien.

Und da der gleiche Fragesteller auch den Verkehrslärm in seinem Gebiet angeschnitten hatte, antwortete Stv. Roser, gerade wegen der Lärmbelästigung durch den Durchgangsverkehr im Stadtgebiet verlange die CDU, daß die B 8 so schnell wie möglich weitergebaut werde. Lärm, den die Bürger im Stadtgebiet selber erzeugen, müsse man ertragen, dafür habe man kein Rezept, denn jeder wolle bis vor die Haustür fahren und müsse deshalb auch Nebenstraßen benutzen.

Stv. Poths von der FDP meinte, daß die B 8 schnellstens kommen müsse. Alle Bürger müssen die Verkehrslasten gemeinsam tragen.

Stv. Kündiger (UKW) meinte, daß der Generalverkehrsplan unzureichend sei. Die UKW habe größte Bedenken gegen die B 8. Für Hornau würde die Lärmbelästigung ungeheuer sein und alles bis dahin

gewesene werde überschritten. Bestes Beispiel sei das Dammfest gewesen, das man bis K.-Mitte gehört habe, Beschwerden habe es jedenfalls auch von dort gegeben.

In der Sitzung teilte die Vorsteherin u.a. mit, daß sich zwischenzeitlich die Ausschüsse konstituiert und ihre Ausschussvorsitzenden benannt haben. Für den Haupt- und Finanzausschuss wurde der Stv. Anton Stephan (CDU) als Vorsitzender und der Stv. Hans Krützfeldt (FDP) als Stellvertreter gewählt.

Für den Planungs- und Bauausschuss wurde der Stv. Horst Remmeke (SPD) als Vorsitzender und die Stv. Frau Edelgard Kleemann (CDU) als Stellvertreterin gewählt.

Für den Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltausschuss wurde der Stv. Willi Poths (FDP) als Vorsitzender und der Stv. Hans-Jürgen Kilb (CDU) als Stellvertreter gewählt.

Als Vorsitzende des Sozialausschusses wurde die Stv. Frau Edelgard Günther (CDU) und als Stellvertreterin die Stv. Frau Monika Krug (UKW) gewählt.

Für den Ausschuss Jugend-, Sport- und Kultur wurde der Stv. Carl Wilhelm Meinel (FDP) als Vorsitzender und der Stv. Stefan Thalheimer (UKW) zum Stellvertreter gewählt.

Der Stv. Hans Krützfeldt (FDP) brachte den Antrag zur Geschäftsordnung ein, daß die Sitzungen der Stadtverordneten nach dreistündiger Debatte um 23.00 Uhr zu Ende gehen müssten, bei vorhergehenden Bürgerfragestunden aber noch früher. Wer den ganzen Tag vorher gearbeitet habe, habe dann nach drei Stunden im Plenarsaal sein gerütteltes Maß geleistet.

Der Stv. Erhard Roser (CDU) unterstützte diesen Antrag und führte an, daß von den 25 Anträgen der fraglichen Sitzung neulich rund 20 ohne Eile seien. Offensichtlich war auch die SPD ähnlicher Meinung, denn der Antrag ging gegen die Stimmen von FWG und UKW mit 33 Ja Stimmen gegen 9 Neinstimmen bei einer Enthaltung durch. Der Stv. Karl Heinz Moormann (FWG) meinte, man müsse sich fragen, ob dies die richtige Arbeit sei. Man müsse sich den Problemen stellen und die Tagesordnung durchbringen. Der Stv. Albrecht Kündiger (UKW) sagte, die UKW sei der gleichen Meinung, da die nächste Sitzung zu weit entfernt sei.

Für den Magistrat teilte der Bürgermeister u.a. mit, daß bei dem in der letzten Woche eingetretenen Hochwasser sind in vielen Bereichen der Stadt zum Teil erhebliche Schäden entstanden. Neben den Schäden, die die Stadt Kelkheim unmittelbar betreffen, z.B. Wege, Straßen, Anlagen usw., wurden auch Privatpersonen und Firmen erheblich geschädigt. In der Kelkheimer Zeitung und im Amtsblatt wurden Richtlinien für die Gewährung staatlicher finanzieller Hilfen bei

Elementarschäden veröffentlicht. Entsprechende Anträge für die Einreichung von Schäden, sofern diese nach den Richtlinien Aussicht auf Bezuschussung haben, können im Rathaus abgeholt werden.

Das Hochwasser hat gezeigt, daß der Liederbach bei den neu ausgebauten Profilen das Wasser aufnehmen konnte und auch der Durchfluss bei den neuen Brückenbauten gesichert blieb. In den Bereichen, in denen das alte Bachbett und die alten Brücken vorhanden sind, kam es zu erheblichen Überflutungen durch Aufstau in den Brückenbereichen. Dies betrifft besonders das gesamte Altstück der Offerdingen- und Mühlstraße. Die Schadensbeseitigung an der Uferböschung und im Straßenraum in der Mühlstraße wird nach dem Hochwasser um 50 % teurer werden. Statt ursprünglich geschätzten 30.000 Mark ist mit einem Aufwand von 45.000 Mark zu rechnen.

Anfang des vergangenen Monats sind von dem beauftragten Verkehrsingenieurbüro die in Verbindung mit der Kleinbahn und der Bundesbahn gemachten Voruntersuchungen über die Abwicklung des ruhenden und fließenden Verkehrs im Bahnhofsbereich K.-Mitte vorgelegt worden. Dazu gehören Planvarianten für Fuß- und Radwegunterführungen sowie auch eine PKW- Unterführung. Nach weiteren Vorarbeiten in der Verwaltung werden die Pläne nach der Sommerpause im Magistrat und in den Ausschüssen vorgelegt werden.

Beim Punkt 3 der TOP stand mit einem Male der Verkauf des Alten Rathauses in Münster zur Diskussion. Zumindest soll dieser Aspekt über die Zukunft des historischen Gebäudes mit in die Beratungen aufgenommen werden. Kontakte gibt es offensichtlich mit einer Firma im Industriegebiet, die viele Kontakte nach auswärts pflegt und deshalb an einem solchen Gebäude in der Stadt interessiert ist, das sich vielleicht als Gästehaus oder ähnliches eignen könnte.

Der Bürgermeister berichtete über die vergangenen Arbeiten zur Erhaltung des Rathauses, nicht zuletzt auch über die Kosten, die selbst bei geringstem Aufwand anfallen werden, wenn die Stadt dieses Gebäude wieder herrichtet. Zur Sprache kamen die Gaststätte, die Weinstube, die Unterkunftsmöglichkeiten für Vereine und die übrigen Dinge. Gut 1 Mio. Mark etwa seien ohne Unterkellerung notwendig, um das Gebäude zu restaurieren und umzubauen. Der Bürgermeister fragte nun das Parlament, wie es weitergehen solle. Ob man verkauft, oder ob man das Alte Rathaus weiter in eigener Regie behält, mit allen Nachteilen des Unterhalts und der laufenden Kosten. Das würde heißen: Reprivatisierung mit erheblichen Auflagen durch die Stadt Kelkheim oder aber Nutzung durch die Stadt.

Zu einer einheitlichen Meinung kam man nicht. Es wurde die Frage nach den Vereinen laut, denen man für ihre Aktivitäten eine Garantie einräumen sollte (UKW), die Privatfirma sei nicht zu zwingen, die Auflagen auch tatsächlich durchzuführen und zum Beispiel dort das vereinbarte Lokal auszubauen. SPD und FWG meinten, daß die Nutzung des Hauses genau durchdacht werden müsse. FDP und CDU waren der Meinung, daß die beträchtlichen Nachfolgekosten durch die gastronomischen Betriebe in Grenzen blieben.

Die SPD wollte deshalb auch den Sperrvermerk aufgehoben sehen, mit denen die ersten 500.000 Mark für die Renovierung des Rathauses blockiert sind. Die anderen Fraktionen jedoch waren der Ansicht, erst noch in den Ausschüssen darüber zu diskutieren, um sicherzustellen, daß man zu einem vernünftigen Ergebnis kommt. Dies wurde mit 32 Stimmen gegen 11 Stimmen beschlossen.

Für das Gebiet "In den Seifen" in Ruppertshain haben die Stadtverordneten die Erhebung von Erschließungskostenbeiträgen beschlossen. Außerdem wurde einstimmig beschlossen, die Straßen Birnheck, Eichkopfstraße und ein Teilstück der Straße Am Wolfes, dem öffentlichen Verkehr zu widmen. Außerdem genehmigten die Stadtverordneten die über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1981.

Der Dringlichkeitsantrag der UKW-Fraktion, den Schulbus von Kelkheim-Hornau nach Fischbach ab 6.8.1981 auf Kosten der Stadt Kelkheim fahren zu lassen, bis der Kreisausschuss eine neue Regelung beschließt, wurde von den Stadtverordneten zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den HFA - Ausschuss verwiesen.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, den Magistrat und alle Kelkheimer Mandatsträger auf Kreisebene aufzufordern, sich dafür einzusetzen, daß von Seiten des Kreises für die Schülerbeförderung auch zwischen Kelkheim- Hornau- Fischbach entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, da der Schulweg als besonders gefährlich anzusehen ist, wurde von den Stadtverordneten mit 22 gegen 20 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag der FDP-,SPD-, FWG- und UKW- Fraktion betreffend die Bereitstellung von Räumen für Jugendtreffs in den einzelnen Stadtteilen, die Förderung von Eigeninitiative der Jugendlichen, die Einstellung eines Jugendpflegers und die Erstellung von Grundsätzen für die Jugendarbeit in Kelkheim wurde von den Stadtverordneten einstimmig zur weiteren Beratung an den HFA - Ausschuss und den Ausschuss für Jugend-, Sport- und Kultur (federführend) überwiesen.

Mit Änderungen in Kelkheims Jugendpolitik ist in den nächsten Monaten zu rechnen, dies zeigte die Diskussion zu diesem Antrag im Stadtparlament. Der Stv. Meinel (FDP) wolle aus Sparsamkeitsgründen kein zentrales Jugendzentrum für Kelkheim, es gehe in der Hauptsache darum, die Eigeninitiative der Jugend zu fördern. Der Stv. Wilhelm Ungeheuer verlangte für die SPD einen Stadtjugendplan. Die Stv. Erika Bänfer (FWG) sprach sich für die Bereitstellung von Räume und Mittel für die Jugendlichen aus unter Einbeziehung der Eigenleistung aus, dem auch der Stv. Stefan Thalheimer (UKW) zustimmte. Der Stv. Gerhard Noeske (CDU) beklagte für viele Jugendliche das elterliche Liebesdefizit, das solche jungen Menschen in derlei Institutionen triebe, weil sie nichts mit sich anfangen könnten. Anschließend beschlossen die Stadtverordneten noch einige Grundstücksangelegenheiten.

Von den verschiedenen Fraktionen des Stadtparlaments wurden in der letzten Zeit zahlreiche Anfragen an den Magistrat gerichtet, die zum Teil schriftlich beantwortet wurden. Hier ein paar dieser Antworten des Magistrats: Anfrage der FWG-Fraktion zum Wanderheim auf dem Staufen: Antwort: "Bereits seit Januar 1979 bemüht sich der Magistrat um die Erhaltung des Wanderheimes "Staufen". Seit dieser Zeit fanden eine Fülle von Besprechungen und Verhandlungen mit dem Forstamt der Stadt Frankfurt, dem Taunusklub Frankfurt und vielen anderen Stellen statt. Der Magistrat allein hat sich in sechs Sitzungen mit der Angelegenheit befasst. Das Heim ist im Besitz der Stadt Frankfurt, die es an den Taunusklub Frankfurt verpachtet hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist kein Träger vorhanden, der die notwendigen Mittel für die grundlegende Renovierung des Hauses zur Verfügung stellt."

Anfrage der SPD-Fraktion zum Bahnhofsbereich in K.-Mitte: Antwort: "Auf die bahntechnische Planung, wie z.B. Gleisführung hat die Stadt Kelkheim keinen Einfluss. Hinsichtlich der Bahnhof- und Freiflächengestaltung sind Vorentwürfe in Auftrag gegeben, die nach der Sommerpause dem Magistrat und den Ausschüssen vorgelegt werden. Zu diesem Zeitpunkt werden die Planungsvorstellungen auch der Öffentlichkeit bekannt geben. Inwieweit die Planungsvorstellungen auf die Bauleitplanung Auswirkungen haben, kann erst danach beurteilt werden.

Zur Frage des Neubaus eines Bahnhofes in Kelkheim-Mitte gibt es keine Beschlüsse der Gremien, dadurch werden jedoch kommunalpolitische Absichtserklärungen nicht ausgeschlossen."

Ricardo Pol und Mose de Zanet eröffneten an der Ecke Fischbacher Straße/Altkönigstraße das "Eis-Cafe ' San Marco". Die beiden Italiener - sie stammen aus der Region um Venedig und leben schon lange in der Bundesrepublik - servieren den Kelkheimer mehr als nur die Erinnerung an den Italienurlaub, an Sonne und blauen Himmel, sie bieten ein Lokal an, wo man in aller Gemütlichkeit sitzen und auch draußen in lauer Sommernacht sein Eis schlecken kann. Täglich werden 22 Sorten Eis, Kaffee, Torten, Kuchen, alkoholfreie aber auch geistige Getränke angeboten.

21.6.1981: Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb heute Bürgermeister a.D. der Stadt Kelkheim (Taunus), Herr Wilhelm Stephan, im Alter von 77 Jahren. Wir trauern um WILHELM STEPHAN, Ehrenbürgermeister der Stadt Kelkheim, Träger der Heinrich- Freiherr- von- Gagern- Plakette in Gold, Träger des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Von 1945 bis 1966 hat Wilhelm Stephan als toleranter und allseits beliebter Bürgermeister die Geschicke der Stadt Kelkheim geleitet. Mit unermüdlichem Einsatz hat er nach Kriegsende die schlimmste Wohnungsnot, die in Kelkheim durch die vielen Evakuierten, Flüchtlinge und Heimkehrer herrschte, beseitigt. Viele Bürger verdanken ihm die Abwendung der damaligen ärgsten Not. Sein besonderes Augenmerk galt der steten Entwicklung unserer Stadt und den damit verbundenen vielfältigen Aufgaben, wie Sicherstellung der Wasserversorgung, Bau von Schulen, Erschließung neuer Baugebiete, Gewerbeansiedlung, Sicherung von Arbeitsplätzen, Straßenbau und die Sanierung von Altbaugebieten. Die Voraussetzungen für den Bau des Schwimmbades und nicht zuletzt auch des Rathauses wurden in seiner Amtszeit geschaffen.

In den Jahren 1954 bis 1958 wurden bereits die Grundlagen für eine großzügige Stadtplanung geschaffen, an der Bürgermeister Stephan maßgeblich beteiligt war. Auch der naturnahe Liederbach- Ausbau in Teilbereichen mit begleitenden Fußwegen war eines seiner besonderen Anliegen, wie überhaupt die Anlegung und Unterhaltung der vielen Wanderwege im Naherholungsbereich unserer Stadt. Die Stadt Kelkheim verliert mit Bürgermeister Wilhelm Stephan einen aufrechten Demokraten, der auch über die Grenzen seiner geliebten Heimatstadt hinaus große Hochachtung genossen hat. Die Bürger der Stadt Kelkheim werden den Namen Wilhelm Stephan, der in der Geschichte unserer Stadt unvergesslich ist, immer in Ehren halten.

24.6.1981: Ehrenbürgermeister Wilhelm Stephan wurde heute auf dem Hauptfriedhof unter Anteilnahme vieler Bürger der Stadt Kelkheim zu Grabe getragen. Die Verdienste Wilhelm Stephans um seine Heimatstadt spiegelten sich dann auch in den vielen Reden am Grabe wieder. Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock schilderte Wilhelm Stephan als einen Mann mit viel Toleranz, der in den 21 Jahren, da er Bürgermeister dieser Stadt war, stets Gespür für das Machbare gehabt habe.

Erster Stadtrat Karlheinz Krug sprach davon, wie sich Wilhelm Stephan in den Jahren nach dem Krieg für die Notleidenden eingesetzt habe und wie er manches Leid durch seinen persönlichen Einsatz habe lindern können. Dazu gehörten nicht nur die Beseitigung der krassen Wohnungsnot in der Stadt, sondern auch die Rückkehr zum normalen Leben, wie man es damals sah. Wilhelm Stephan zeichnet verantwortlich für den Aufbau der Kelkheimer Schulen, für die Sicherung der Be- und Entwässerung, für die Erschließung vieler Baugebiete, die Ansiedlung der Varta in Kelkheim, hat sich verdient gemacht um den Straßenbau im Stadtgebiet und die Sanierung von Altstadtgebieten. Ihm ist auch die Vorbereitung für den Schwimmbadbau zu verdanken, die Schaffung der Grundlage für eine großzügige Stadtplanung in den Jahren 1954 bis 1958, der Wettbewerb für das Rathaus und ein naturnaher Ausbau des Liederbaches in Teilbereichen mit den begleitenden Fußwegen. So summierte denn der Erste Stadtrat auch, daß dies alles, seine Kompromissbereitschaft, sein Leben als Christ und Familienvater ihn zu einem ganz großen Bürger dieser Stadt gemacht habe.

Dank sagten auch Stadtbrandinspektor Wilhelm Hoppe im Namen der Freiwilligen Feuerwehren, Pfarrgemeindeglied Henning von der katholischen St. Martinsgemeinde Hornau, dann Dr. Klaus Fischer als Vorsitzender der Kelkheimer CDU, der daran erinnerte, daß Wilhelm Stephan Gründer der CDU Hornau war, und schließlich Robert Rittendorf, daß es für Wilhelm Stephan in der Arbeit keine Parteigrenzen gegeben habe, und die SPD sich deshalb vor dem politisch Andersdenkenden, vor Wilhelm Stephan, verneige.

Nachruf der CDU Kelkheim zum Tode von Ehrenbürgermeister Wilhelm Stephan: Vor wenigen Tagen verstarb Wilhelm Stephan. Sein kommunales Wirken über 20 Jahre als Kelkheimer Bürgermeister läßt sich in den Worten zusammenfassen: So viel Stadt wie nötig, so viel freien Spielraum wie möglich für den Bürger, für die Vereine, freien Träger und Organisationen. Wir Jüngeren sind ihm besonders dankbar, daß er an entscheidender Stelle diese Freiräume mit geschaffen hat. Sie im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu nutzen, bleibt sein Vermächtnis.

1945 gründete er mit Gleichgesinnten die CDU in Hornau. Später, in den 50er Jahren, führte er mit seinen politischen Freunden die drei CDU- Ortsverbände Hornau, Kelkheim und Münster zusammen. Grundlage war die gemeinsame kommunalpolitische Arbeit für die Stadt Kelkheim. Aus der politischen Tradition des Zentrums kommend, hatte er die Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Herrschaft gezogen, die in den 30er und 40er Jahren jegliche andere politische Überzeugung ausschaltete. Keiner wollte nach dem Krieg etwas von Politik wissen, aber Wilhelm Stephan setzte sich mit anderen an einen Tisch, um den ortsansässigen Bürgern und den vielen Flüchtlingen zu helfen.

In seiner bescheidenen Art hat er uns vorbildlich ein politisches Engagement für alle Bürger dieser Stadt vorgelebt, das auf drei Säulen ruhte: christliche Überzeugung und Vertrauen, demokratisches Verhalten und Verständnis, darauf zu drängen, die Freiheit zu bewahren. Wir wollen im Sinne des Verstorbenen fortsetzen, was die Bewährungsprobe bestanden hat. Für den CDU- Stadtverband: Dr. Klaus Fischer, für die CDU-Fraktion: Erhard Roser.

Gegen eine Erhöhung des ehrenamtlichen Magistrats um einen Sitz auf 12 wendet sich die SPD-Fraktion. Die Argumentation der CDU, daß UKW, FWG und SPD nun eine Mehrheit im Magistrat haben und somit

der Wählerwille manipuliert wurde, gehe an den Tatsachen vorbei. Zu den ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern müssten noch die zwei hauptamtlichen (Bürgermeister und Erster Stadtrat) mitgezählt werden, so daß die CDU sechs von 13 Magistratsmitgliedern stelle. Dies entspreche auch dem Ergebnis der Kommunalwahl vom 22.3.1981, bei der sich die Kelkheimer Bürger sehr deutlich gegen eine absolute Mehrheit der CDU ausgesprochen hätten.

Die Empörung der CDU über einen schlechten politischen Stil bei der Magistratswahl wird von der SPD zurückgewiesen. Eine sachliche und harmonische Zusammenarbeit im Magistrat sei durch vorbereitende, gemeinsame Treffen von CDU und FDP sowie die Nichtberücksichtigung von SPD-Magistratsmitgliedern bei der Dezernatsverteilung in den letzten vier Jahren nicht gegeben gewesen. Die CDU habe durch dieses Verhalten die parteipolitische Auseinandersetzung in den Magistrat getragen.

Zwischenzeitlich hat der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, daß der Schülertransport von Hornau nach Fischbach mit Bussen der Kleinbahn wie bisher weitergeführt wird, bis der Kreis eine neue Regelung getroffen hat. Die Eltern der betroffenen Schüler zahlen die im Stadtlinienvorkehr geltenden Tarife für Schülerwochen- oder Monatskarten und die Stadt tritt für den an die Kleinbahn zu zahlenden Subventionierungsbetrag in Vorlage.

1.7.1981: Die evangelische Kirchengemeinde Fischbach nennt sich ab heute "Evangelische Kirchengemeinde Johannes Fischbach". Auch der Name der Kirche wird geändert werden, sowie die Erneuerungsarbeiten am Gotteshaus abgeschlossen sind. Die seitherige "Gustav-Adolf-Kirche" wird dann den Namen "Evangelische Kirche Johannes" erhalten. Die Namensänderungen gehen auf einen Beschluss des Kirchenvorstandes zurück und sind von der Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau genehmigt worden.

Pfarrer Udo Weishaupt hat die Gründe für die Namensänderung in Stichworten zusammengefasst:

1. Durch die kommunale Neugliederung von 1977 wurde Fischbach ein Stadtteil von Kelkheim und die evangelische Kirchengemeinde Fischbach, bisher die einzige evangelische Gemeinde in der selbständigen Gemeinde Fischbach mit den Außenorten Eppenhain und Ruppertshain, wurde nun die dritte evangelische Kirchengemeinde in der Stadt Kelkheim.
2. Der neue Name soll zu den anderen Namen der beiden evangelischen Kirchengemeinden Kelkheims, Paulus und Stephanus, passen.
3. Mit dem Namen Johannes übernehmen wir eine lokale Tradition: ehemalige Johanneskapelle in Gimbach.
4. Mit dem neuen Namen bekennen wir uns auch zu der "Gemeinschaft der Heiligen", wie es im dritten Artikel des apostolischen Glaubensbekenntnisses formuliert ist.
5. Nahe liegend ist, daß Kirchengemeinde und Kirche den gleichen Namen führen; hinzu kommt die Überlegung, daß der Name "Gustav-Adolf-Kirche" im Zeitalter der Begegnung der Konfessionen und der Ökumene nicht mehr ganz einleuchtend ist.

So soll die Namensänderung unserer Kirche auch ein Zeichen unserer ökumenischen Öffnung und Besinnung auf die gemeinsamen Wurzeln der christlichen Tradition sein.

Die Renovierungsarbeiten an der Kirche werden auch durch Spenden mitfinanziert. Die Spendenaktion, die noch andauert, dient dem Ausbau eines zweiten Jugendraumes im Keller der Kirche, dem Ausbau der Südseite der Kirche als farbig gestaltete Betonglaswand und dem Einbau einer von dem Kelkheimer Bildhauer Johannes N. Klarmann gestalteten Kreuzweges mit 15 Stationstafeln. Hinzu kommen weitere Ausgaben für die Gestaltung des neuen Kirchenportales und einer Gebetskapelle (Meditationsraum) im Emporenbereich der Kirche.

Schwimmeister Alfred Vogel, Betriebsleiter des Kelkheimer Hallen-Freibades, feierte sein 25-jähriges Dienstjubiläum im öffentlichen Dienst.

3.7.1981: Heute ist Herr Karl Ohlenschläger aus Fischbach im 82. Lebensjahr verstorben. Der Verstorbene war von 1960 bis 1964 Gemeindevertreter der Gemeinde Fischbach. Sein Interesse als Kommunalpolitiker galt berufsbedingt vor allem landwirtschaftlichen Fragen. Von 1962 bis zu seinem Tode war Karl Ohlenschläger Ortsgerichtsschöffe des früheren Ortsgerichts Fischbach und des heutigen Ortsgerichts Kelkheim II. Während der vielen Jahre seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich Herr Ohlenschläger stets für die Belange seiner Mitmenschen eingesetzt. Die Stadt wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

4.7.1981: In der Fischbacher Langstraße wurde "Kerstins's Blumen-Boutique" eröffnet, ein Geschäft für Blumen, Geschenke und Friedhofsbedarf.

Der Kreis Ausschuss für Bau und Verkehr tagte im Plenarsaal des Kelkheimer Rathauses. In Anwesenheit zahlreicher Politiker und Experten des Hess. Straßenbauamtes, des UVF und verschiedener

Umweltverbände wurde über den Weiterbau der B 8 diskutiert. Wie es aussieht, neigen die Experten nach wie vor zu einem vierspurigen Ausbau der Schnellstraße. Aus den meisten Stellungnahmen und Expertenberichten ging hervor, daß man an einem Weiterbau der B 8 nicht vorbeikomme. Die Frage ist nur, in welcher Form, als vierspurige Schnellstraße oder als zweispurige Bundesstraße 8.

Erster Stadtrat Karlheinz Klug erläuterte, daß die Verkehrsbelastung in der Fischbacher Straße im Jahre 1979 täglich 14.500 PKW- Einheiten betrug. Die Stadt sei der Meinung, daß davon bis zu 10.000 Einheiten auf die B 8 verlagert werden könnten, wenn diese Straße gebaut wird. Aus diesen Zahlen resultiere, daß die Pendler Kelkheimer Wohngebiete täglich mit 8.000 bis 10.000 Autos belasten. Der Stadtrat streifte bei seinen Betrachtungen den Zuwachs von 1975 bis 1979, der von 10.750 auf 14.500 Fahrzeuge hochgeschneit sei. Ursache seien dafür die Neubaugebiete in Fischbach, in Bremthal sowie der Zuwachs an Zweitwagen gewesen.

Dr. Hesler vom UVF sagte, daß nach dem Wegfall des Dammes nur ein vierspuriger Ausbau infrage komme, der mit Seitenstreifen 26 Meter ausmache, oder eine abgespeckte Version ohne Seitenstreifen, der aber nur 22 Meter messen würde.

Ein Naturschützer des BUND meinte, wenn überhaupt, dann käme nur ein zweispuriger Ausbau in Frage. Dem wurde aber unter anderem von Dr. Neumann (Straßenbauamt) entgegengehalten, der kein Hehl daraus machte, daß er für einen vierspurigen Ausbau stimmt, daß zwei Fahrbahnen nur eine Flächensparnis von 25 % ausmachen. Neumann zeigte auch die Gefahren einer zwei- oder dreispurigen Straße auf. Auf solchen Straßen seien nicht nur erfahrungsgemäß schwere Unfälle vorzusehen, sondern der sonntägliche Ausflugsverkehr werde dann statt auf der heutigen B 8 in Schlangen durch Königstein auf einer neuen B 8 in Schlangen durch den Wald kriechen. Keinen Zweifel jedoch ließ Neumann, daß nicht der Ausflugsverkehr für die Planung ausschlaggebend sei, sondern als Grund gelte nach wie vor, der Berufsverkehr durch die Ortsdurchfahrten Königstein und Kelkheim.

Als Zahlen wurden genannt: Statt des Dammes soll über das Liederbachtal eine 170 Meter lange Brücke gebaut werden. Der Querschnitt der Straße wird von 26 auf 22 Meter vermindert, statt vier Wegedurchlässe sind acht geplant, Wildschutzzäune an beiden Seiten der Straße, ein Lärmschutzwall an der Schneidhainer Siedlung "Erdbeerstein". Aufforsten werden die Straßenbaubehörden den in ihrem Besitz befindlichen Teil der Trasse. Zunächst müssten 42,2 ha Wald eingeschlagen werden, von denen 21 ha später rekultiviert würden, so daß endgültig - immer gesetzt den Fall, daß die Bundesstraße in der vorgelegten Form gebaut wird (4 Spuren, 22 Meter), 21,2 ha Wald verloren gehen werden.

Die "FAZ", die gleichfalls groß über diese Sitzung berichtete, begann ihren Dreispalter mit folgendem Zitat: "Ja, wenn Autofahrer die Straßen nicht einfach gebaut bekämen, sondern bezahlen müssten...", malte sich ein Fraktionsmitglied der Grünen aus dem Kreistag aus, dann sei der Übergang zum öffentlichen Nahverkehr geschafft und kein Baum müsste mehr für die umstrittene B 8 von Kelkheim bis Glashütten fallen. Dem Sprecher des Landesamtes für Straßenbau kam das Argument gerade recht. Von 26 Milliarden Mark, die der Staat von den Autofahrern jährlich kassiere, würden nur sechs für den Straßenbau verwendet, der ganze Rest versickere in sachfremden Töpfen, konterte er.

Die in Kelkheim wohnende Dr. Sibylle Engel, die seit 1970 für die FDP im Hessischen Landtag tätig ist, wird als Nachfolgerin für den neuen Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Klaus-Jürgen Hoffie (Vorgänger Karry wurde vor kurzen ermordet), in den Bundestag einziehen. Dr. Sibylle Engel wird neben Wolfgang Mischnick, Andreas von Schöler, Richard Wurbs und Dr. Hermann Otto Solms die einzige weibliche FDP-Abgeordnete aus Hessen in der 54-köpfigen FDP-Bundestagsfraktion sein.

Mit einem Gottesdienst geehrt wurden vier Schwestern des Ordens "Dienerin des heiligen Herzen Jesu", die im St. Victor-Heim ihr Schwesternjubiläum feierten. Seit 65 Jahren gehören Schwester Reinharda und Schwester Heliadora dem Orden an und feierten somit ihr Eisernes Jubiläum als Ordensschwester. Schwester Littrudis feierte 60-jähriges Jubiläum im Orden, und Schwester Magdalena, die vor 50 Jahren dem Orden beitrug, feierte ihr Goldenes Jubiläum. Alle Schwestern können auf ein gesegnetes Leben voller Arbeit und Hilfe für den Nächsten zurückblicken.

Einen Tag nach dem der seitherige Schulleiter, Martin Schulz, von der Eichendorffschule verabschiedet wurde, wurde der neue Direktor, Gerhard Kutscher, in sein Amt eingeführt.

12.7.1981: Der Schmiehbach soll den Tieren und Pflanzen als Lebensraum erhalten bleiben. Diese Gedanken über den Lebensraum für die gefährdeten Tiere im Bereich Kelkheims machen sich neuerdings mehr und mehr der Deutsche Bund für Vogelschutz, Ortsgruppe Kelkheim und die BIK im BUND. Vor allem die Vogelschützer haben sich in den letzten Jahren erheblich für die aussterbende Tierwelt engagiert und machen sich jetzt vor allem Sorge um einen Bereich, der zu Kelkheims Naherholungsbereich zählt, in früheren Jahren aber ein Paradies für Wild und Vögel war: das Gebiet im Schmiehbachtal zwischen der B 8 und der B 519.

Dieses Tal, so die Umweltschützer aufgrund von Informationen aus der agrarstrukturellen Vorplanung, soll wieder zu einem Wiesental umgestaltet werden, wie es sich früher einmal von Hornau bis zum Liederbach hinzog. Manfred Guder von der BIK im BUND: "Dieses heute zum Teil landwirtschaftlich genutzte Gelände, zum Teil auch aufgefüllt, könnte Lebensraum für gefährdete Pflanzen und Tierarten bieten. Die großen Bereiche, die landwirtschaftlich nicht nutzbar sind, könnten Feuchtbiotope mit kleinen Tümpeln, Schutzgehölzen und dem natürlichen Leben von Flora und Fauna werden".

Das hört sich sehr einfach an - gab auch Manfred Guder zu, der ja in puncto Umweltschutz in Kelkheim seit langem kein Unbekannter ist. Er weiß jedoch auch, daß sich gerade hier erhebliche Schwierigkeiten für die Freunde der Natur auftürmen. Das Land in diesem Gebiet ist in viele kleine Stücke aufgeteilt, die zum großen Teil - sofern landwirtschaftlich genutzt - an einen Bauer in Liederbach verpachtet sind.

Die Stadt Kelkheim, die schon vor Jahren versuchte, auch gerade des Naturschutzes willen Hand auf dieses Tal zu legen, scheiterte, weil der Landkreis eingriff, da landwirtschaftliche Nutzung Vorrang hatte. Dabei ist nicht allen Naturfreunden klar, welche Nutzen die Landwirtschaft aus einem Gebiet zieht, das versumpft ist und in dem sich nur unter Mühen arbeiten lässt, selbst mit modernsten Maschinen.

Aber auch gerade hier sieht die BIK und sehen die Vogelschützer erhebliche Gefahren für die Natur, wie sie aus den Erfahrungen der Vergangenheit belegen können. Hier dürfte es keinen falschen Ordnungssinn geben, denn ein morscher Apfelbaum sei genauso wichtig wie saure Wiesen, Disteln, Brennesseln oder die alles überwuchernden Brombeeren. Auf den gehegten und gepflegten Kulturböden könne sich nur wenig und dann auch nur artenarmes Leben entfalten, weil die Natur damit den mehr und mehr monotonen Wiesen und Feldern weichen müsse, nachdem alte Obstbaumbestände, Hecken und Raine beseitigt, Bäche verlegt, begradigt und ausgebaut, Feldwege betoniert worden seien. Kurz: der Mensch habe zu massiv in das komplizierte Gefüge der Natur eingegriffen, ohne dabei zu erkennen, daß gerade die unberührte Natur die Grundbedingung für ein menschliches Überleben sei.

Nun ist es nicht so, daß BIK und Vogelschützer gleich alles in diesem Gebiet umkrepeln wollen. Sie sind sich der Besitzverhältnisse und der Schwierigkeiten, die daraus resultieren, durchaus bewusst. Sie fordern aber die Politiker, die Behörden und die Eigentümer auf, an einem Strang zu ziehen und vor allem innerhalb der Flurbereinigung Voraussetzungen für einen Erhalt der Natur zu schaffen. Im übrigen, so Guder weiter, seien in der Kelkheimer Gemarkung innerhalb der agrarstrukturellen Vorplanung Nr.: 3 zwei Bereiche ausgewiesen, die als naturbelassene Landschaftsteile (Biotop) erhalten bleiben oder geschaffen werden sollen, um einheimischen Pflanzen und Tieren das Überleben zu ermöglichen.

Das erste Biotop befindet sich im Stadtteil Fischbach, im Fuhlbachtal am Fuße des Rossert am Fischbacher Kopf. Das zweite Biotop liegt etwa 200 Meter westlich der Bahnlinie zwischen Kelkheim und Fischbach. Bedauerlich sei jedoch, daß es durch die geplante Erweiterung von Wohnbauflächen und die Verlegung der L 3016 mit Anschluss an den Gagernring sehr gefährdet sei. Diese beiden Biotope seien nur ein erster Schritt, ohne daß damit auch nur annähernd ein Flächenanteil für eine natürliche Entwicklung der standortgemäßen Pflanzen- und Tierwelt geschaffen werde. Von besonderer Wichtigkeit seien Wiesen- und Bachtäler, so daß sich das Augenmerk der Naturschützer naturgemäß auf das Schmiehbachtal richtet.

Nachdem der langjährige Leiter des Stadtbauamtes, Stadtbaumeister Franz Ball, am 30. April dieses Jahres in den Ruhestand getreten ist, musste die Stelle neu besetzt werden. Auf die Ausschreibung hatten sich acht Bewerber gemeldet. Der Magistrat hat sich für den 44 Jahre alten bisherigen Leiter der Abteilung Stadtplanung in Rüsselsheim, Hero Heiland, entschieden. Herr Heiland hat in den Jahren 1957 bis 1965 an der TH Darmstadt Architektur studiert. Bereits seit 1962 war er daneben als freiberuflicher Architekt tätig. Zunächst Mitarbeiter eines Frankfurter Architekturbüros, wechselte er 1970 in den öffentlichen Dienst und wurde stellvertretender Abteilungsleiter bei der Stadtplanung in Rüsselsheim. Hier war er mit allen Planungsaufgaben von der Bauleitplanung bis zur Bauberatung und Erschließungsplanung befasst. Im Juli vorigen Jahres hat Herr Heiland die Leitung der Abteilung Stadtplanung übernommen.

Neben seinen Aufgaben im Rüsselsheimer Bauamt hat er seit 1977 die Interessen der Städte und Gemeinden in der Arbeitsgruppe Verkehrsplanung des Landesausschusses für kommunale Entwicklungsplanung vertreten. Der große Erfahrungsschatz im kommunalen Planungs- und Bauwesen hat neben den nachgewiesenen Kenntnissen bei der Auswahl des neuen Leiters für das Kelkheimer Stadtbauamt den Ausschlag gegeben. Der neue Stadtbaumeister, Herr Hero Heiland, wird seinen Dienst bei der Stadt Kelkheim zum 1. September 1981 antreten.

Die Freiwillige Feuerwehr Ruppertshain wird ein neues Feuerwehrfahrzeug erhalten. Es gab zunächst unterschiedliche Meinungen, welcher Fahrzeugtyp angeschafft werden sollte. Da zwischen der Ruppertshainer Wehr und dem Stadtbrandinspektor kein Einvernehmen erzielt werden konnte verzichtete der Stadtbrandinspektor auf sein Vorschlagsrecht zugunsten des Wehrführerausschusses. Dieser Ausschuss, den je zwei Vertreter aller sechs Wehren der Stadt Kelkheim angehören, hat sich mit Mehrheit für die Anschaffung eines Mercedes- Fahrzeugs mit Ziegler- Aufbau entschieden. Das Fahrzeug kostet rund 250.000 Mark. Das Land beteiligt sich an der Anschaffung mit 75.000 Mark. Die Wehr Ruppertshain bringt aus Eigenmitteln 20.000 Mark auf. Weitere Zuschüsse sind noch vom Kreis zu erwarten, so daß die

Stadt ungefähr die Hälfte des Anschaffungspreises aufbringen muss. Der Magistrat hat den Auftrag für die Anschaffung des Fahrzeugs vergeben.

15.7.1981: Großeinsatz für die Hornauer Wehr, die darauf spezialisiert und eigens dafür ausgebildet ist, bei chemischen Unfällen einzugreifen. In diesen Tagen galt es, Öl aus dem Liederbach abzuschöpfen, nachdem in Königstein ein Tanklastwagen verunglückte, umkippte und die ölige Brühe über einen Kanal in den Liederbach floss. Insgesamt mussten bis nach Höchst im Liederbach von den Freiwilligen Wehren etwa 15 Ölsperren eingerichtet werden, um mit Hilfe von Chemikalien das Öl zu binden und herauszuholen.

Rund 15 Kg Bindemittel sind notwendig, um etwas über 33 Liter leichtes Heizöl zu binden. Rund 8.000 Liter Öl flossen in den Liederbach, so daß die Männer der Wehren alle Hände und Siebschaufeln voll zu tun hatten, um das Öl abzuschöpfen. An einer Sperre in Hornau verbrauchten die Männer der Wehr etwa 10 Sack Bindemittel mit je 10 kg. Gewicht. Die Hornauer Wehr stellte damit einmal mehr unter Beweis, wie sehr sich ausdauernden Übungen und Schulungen auszahlen, wenn die Männer beim Einsatz echt gefordert werden.

31.7.1981: Am heutigen Freitag gingen die Ferienspiele 1981 der Stadt Kelkheim zu Ende. Die Stadt hatte für jeweils zwei Wochen je 300 Ferienspielplätze zur Verfügung gestellt. Grundlage der Ferienspiele war auch in diesem Jahr das bewährte Konzept, privat, d.h., Vereins- und öffentliche Initiative zu verbinden. Das Hauptziel der Kelkheimer Ferienspiele ist, Kindern von sieben bis zwölf Jahren aus allen Bevölkerungsschichten und Stadtteilen ein zehntägiges Ferienerlebnis zu ermöglichen. Bei der Bildung der verschiedenen Gruppen werden die nach Alter verschiedenen Interessen berücksichtigt. Gruppenerfahrung und sinnvolle Freizeitgestaltung verbinden sich mit dem Kennen lernen der vielfältigen Möglichkeiten des Kelkheimer Vereinslebens.

Die Ferienspiele bieten gemeinsame Ausflüge, sportliche Übungen, Ballspiele, Unterhaltungsspiele, Werken und Basteln. Das Mittagessen wird gemeinsam eingenommen. Die Kinder lernen während der Spiele ihre nähere Umgebung besser kennen. Sie erfahren einiges über ihre Stadt und deren Einrichtungen sowie über Kelkheimer Betriebe. Nach bewährter Organisation stellte die Stadt auch in diesem Sommer zehn "feste Betreuer" für die Zeit der Ferienspiele vom 20. bis 31.7. ein. Die Betreuer sollen nach den Richtlinien des Magistrats in Kelkheim wohnen, mindestens 16 Jahre alt sein und als Jugendleiter oder in ähnlicher Funktion bei Kelkheimer Vereinen oder Organisationen tätig sein. Außerdem sind ständig 15 bis 20 Mitglieder des jeweils ausrichtenden Vereins tätig. Die Stadt stellt auch jeweils zwei bis drei Bedienstete für die Ferienspiele ab.

In der ersten Ferienspielwoche sind knapp 30 Plätze frei geblieben. Vermutlich lag es daran, daß verhältnismäßig viele Familien wegen des frühen Ferienbeginns noch im Urlaub waren. Dafür hätten in der zweiten Ferienspielwoche mehr als die verfügbaren 300 Plätze belegt werden können. Die Eltern der abgewiesenen Kinder zeigten Verständnis dafür, daß aus organisatorischen Gründen nicht mehr als 300 Kinder gleichzeitig betreut werden konnten.

Welche Tage der Ferienspiele den Kindern am besten gefallen haben, konnten die Kinder mit einem Fragebogen bewerten. Diese Fragebogen wurde ausgewertet und sollen Anregungen für künftige Ferienspiele vermitteln. Das Kelkheimer Meinungsforschungsinstitut Schölzel hat diese Fragebogenaktion durchgeführt, in der die Kinder die Angebote und das Essen während der Ferienspiele bewerten konnten. Dabei hat sich ergeben, daß der letzte Ferienspieltag mit Zoo, Clown und Umzug offensichtlich der beste war. Dabei muss aber berücksichtigt werden, daß die Kinder die Fragebögen kurz nach dem Zoobesuch ausfüllten und die jüngsten Erlebnisse noch vor Augen hatten. An zweiter Stelle der Beliebtheitskala lag der Besuch im Freizeitpark Lochmühle. Der Besuch im Schwimmbad wurde von den Kindern an die dritte Stelle gesetzt und die Rheinfahrt mit dem Schiff kam lediglich auf den sechsten Platz.

Beim Essen setzten die Kinder Haschee mit Nudeln auf den ersten Platz, gefolgt von Grillwürstchen mit Brötchen und Würstchen mit Pommes Frites. Erbsensuppe landete auf den letzten Platz der Beliebtheitskala. Fast 300 Kinder waren noch einmal zur Schlussveranstaltung am Freitag gekommen. Nach dem Auftritt des Clowns "Korki" marschierten die Kinder unter der Führung einer Blaskapelle von der Eichendorffschule zum Rathausplatz. Hier wurden die während der Ferienspiele errungenen Sportabzeichen und Urkunden vergeben. So schafften von 210 Teilnehmern bei den Wettkämpfen immerhin 157 Kinder das Sportabzeichen. 230 Kinder hatten sich an einem Fahrradgeschicklichkeits-Turnier beteiligt, für die besten jeder Gruppe gab es als Siegerpreis eine Kamera.

Eine neue Anzeigenwelle rollt, nach Angaben des Stv. Albrecht Kündiger, auf die ehemaligen Dammbesetzer zu. Diese Anzeigen rühren nicht nur von der Dammräumung durch die Polizei her (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz - Aufruf zur verbotenen Demonstration), sondern beziehen sich auch auf mehrere Fotowände, die von den Umweltschützern im Stadtgebiet aufgestellt worden waren, um über die Dammräumung zu informieren. Weiterhin gibt es laut Kündiger eine Anzeige wegen "übler Nachrede und Verleumdung", mit der die Polizei auf die Berichte eines Vierundzwanzigjährigen reagiert habe, der bei der

Dammräumung von Polizeibeamten bewusstlos geschlagen worden sei. Wenn auch die Dammbesetzer in bisher über 100 Ermittlungsverfahren ausnahmslos freigesprochen oder die Verfahren eingestellt wurden (so Kündiger), so könnte sich hier bei der Frage der Fotos eine neue Perspektive für die B 8-Gegner ergeben.

Denn genau hier liegen seit einiger Zeit die Pressefotografen der Nachrichtenagenturen, Tageszeitungen und Illustrierten mit der Polizei im Clinch, die immer wieder das Recht am eigenen Bild geltend macht. Die Justiz ist hier ziemlich auf den Wünschen der Polizei eingegangen und hat bisher entsprechende Ansuchen der Polizei immer entsprochen. Die Polizei bewertet sogar kleine Fotos, auf denen Gesichter zu erkennen sind, als Porträts, eine Argumentation, die von den Pressefotografen als absurd angesehen wird. Stv. Albrecht Kündiger meint nun, daß es bezeichnend sei, daß die Polizei mit allen Mitteln versuche, der Öffentlichkeit Bilder über die Ereignisse bei der Dammräumung vorzuenthalten.

Neben ihrem Eis-Cafe' "San Marco" Ecke Fischbacher- und Altkönigstraße haben jetzt Ricardo Pol und Mose de Zanet ihr Geschäft mit der "Trattoria Veneta" erweitert. Die Trattorien sind in Italien vor allem wegen ihrer guten Küche bekannt.

Nachdem in der letzten Stadtverordnetensitzung bekannt gemacht worden war, daß sich eine Kelkheimer Firma für das Alte Rathaus Münster interessiert, setzte sich die Bürgervereinigung Altmünster zusammen, um die damit aufgeworfenen Fragen zu diskutieren. Die Mitglieder konnten sich nicht zu einer übereinstimmenden Meinung durchringen und wünschten deshalb ein Gespräch mit dem Firmeninhaber und Bürgermeister Dr. Stephan. Dieses Gespräch kam jedoch nicht zustande.

Unbekannte hatten - die Bürgervereinigung betont, daß sie nichts damit zu tun hatte - am Rathaus ein Transparent mit der Aufschrift "Hände weg von unserem Rathaus" befestigt, was dazu führte, daß sich der Firmenchef erst noch einmal mit Dr. Stephan unterhalten wollte, was aber zunächst auch nicht möglich war, weil sich der Bürgermeister noch im Urlaub befand. Im Zusammenhang mit den Gesprächen um das Alte Rathaus fordert die Bürgervereinigung aber folgendes:

1. Das um das Rathaus liegende Gelände muss Gemeindeseigentum bleiben und darf niemals verkauft werden.
2. Für Münsterer Kerb, Dallesfest u.ä. Veranstaltungen muss der Freiplatz südlich des Alten Rathauses weiterhin ohne Einschränkung zur Verfügung stehen.
3. Toiletten, Wasser und Stromanschluss müssen entsprechend der Größe der o.a. Feste zur Verfügung gestellt werden.
4. Der Dachgeschoßausbau muss Münsterer Familien und Vereinen an bestimmten Tagen zur Verfügung stehen.
5. Das bei einem Verkauf durch die Stadt eingesparte Geld der Renovierungskosten sollte zu mindestens 50 Prozent für die Platzgestaltung verwendet werden.
6. Ein mit dem Interessenten abzuschließender Vertrag sollte von einem unabhängigen Rechtsanwalt überprüft werden.

In einem Schreiben als Abstimmungsmöglichkeit an die Mitglieder und an Münsterer Bürger zählt die Vereinigung einige Punkte auf, die für und gegen einen Verkauf sprechen, der dann für den symbolischen Preis von 1 Mark über die Bühne gehen müsste. Der von Reinhard Herr unterschriebene Brief gibt damit gleich Entscheidungshilfen mit auf den Weg. Aus diesem Argumenten wird folgendes zitiert: Für den Verkauf des Rathauses sprechen:

- Da die städtische Finanzdecke sehr dünn ist, könnte ca. 1 Mio. Mark gespart werden.
- Weitere Erhaltungskosten gingen zu Lasten des zukünftigen Eigentümers.
- Die Renovierung würde alsbald beginnen.

Gegen den Verkauf des Alten Rathauses sprechen:

- Das für Münster, und nicht nur für Münster, zum Symbol gewordene Rathaus wäre kein Gemeindeseigentum mehr und würde beim Verkauf seine für den Münsterer Ortskern lebenswichtige Funktion verlieren.
- Nach unseren Nachforschungen ist es rechtlich nicht möglich, jemanden zu verpflichten, sein Eigentum einer bestimmten Nutzung zuzuführen.
- Wie verhält sich die Stadt Kelkheim bei eventuell später weitergehenden Forderungen nach zusätzlichem Grundstücksbedarf des Käufers? z.B. Parkplätze und sonstiger weiterer Platzbedarf). Gelten die Bausatzungen nur für finanzschwächere Bürger?
- Wird das Geld, das hier eingespart wird, nicht eines Tages doch woanders verpulvert, z.B. Rettershof, der trotz der hohen Investitionskosten jährlich mehrere 100.000 Mark verschlingt, wofür immer wieder Geld bereitgestellt wird.
- Im ganzen Stadtgebiet kauft die Stadt Kelkheim Häuser und gibt dafür mehrere 100.000 DM aus, nur in Münster will man das durch die frühere Gemeinde Münster in die Stadt Kelkheim eingebrachte Alte Rathaus verkaufen. Steckt da nicht ein tieferer Sinn dahinter?

- Trotz der hohen Renovierungskosten hat die Stadt Kelkheim bisher noch kein Haus verschenkt. Hätten dieses Anrecht nicht vorher schon andere Bürger gehabt?
- Die Bürgervereinigung Altmünster setzt sich seit Jahren für den Erhalt des Alten Rathauses ein und hat durch die Tatkraft ihrer Mitglieder über 50.000 Mark erwirtschaftet, ein bisher einmaliger Vorgang im ganzen Stadtgebiet Kelkheim. Was hat die Stadt dafür getan?
- Was wird aus dem Platz zwischen der Kirche und dem Rathaus?

7.8.1981: Der Hausbesetzer- Szene zugerechnet - wahrscheinlich der Gruppierung "Intercity" in Nied - wird ein Brandanschlag auf das Kelkheimer Postamt in der heutigen Nacht. Nachdem bisher unbekannte Täter die Frontscheibe des Vorräumes einschlugen, warfen sie Benzinbomben in den Vorraum. Der Schaden wird von der Post mit ca. 9.000 Mark angegeben.

8. und 9.8.1981: Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 200-jährigen Bestehen der St. Dreifaltigkeitskirche in Fischbach fand an diesem Wochenende ein Sommerfest mit einem "historischen Markt", ähnlich dem der 1.200-Jahr-Feier, statt.

14.8.1981: Mit einer langen Reihe von Veranstaltungen, sportlicher wie gesellschaftlicher Art, beging der SV Ruppertshain sein 90-jähriges Bestehen. Mitglieder wurden geehrt, die Geschichte des Vereins wurde erzählt und Erster Stadtrat Karlheinz Klug versicherte, daß die neue Turnhalle für Ruppertshain in den Planungen der Stadt einen festen Platz habe, aber es fehle eben nur noch das Gelände dafür. Den geschichtlichen Abriss über die letzten 90 Jahre des Vereins gab Vorsitzender Karl-Heinz Becker. Gegründet wurde der Verein von 17 jungen Männern noch unter dem Namen Turnverein Ruppertshain und richtete schon 1903 das erste Turnfest, verbunden mit einer Fahnenweihe, in Ruppertshain aus. Ein Jahr später erwarben die Mitglieder am alten Friedhof ein Grundstück, das sie nach monatelanger Arbeit zu einem "Platz für volkstümliches Turnen" herrichteten. Nach dem 1. Weltkrieg konnte die Vereinsarbeit erst 1920 wieder aufgenommen werden. Neun Jahre später wurde die Fußballabteilung gegründet. Wenig später rief man einen Spielmannszug ins Leben. Dann der tiefe Einschnitt des 2. Weltkrieges, der diesen Verein genauso hart traf, wie alle anderen Vereine auch. Bis zum Jahr 1942 konnte der Spielbetrieb noch mit einer Jugendmannschaft aufrecht erhalten werden.

Obwohl 35 Mitglieder des Vereins in diesem Krieg gefallen waren, konnte der Spielbetrieb schon 1946 durch die Fußballer wieder aufgenommen werden. Als man im Jahr 1951 das 60-jährige Jubiläum feierte, heißt der Verein inzwischen "Sportverein e.V. Ruppertshain". Eine Pioniereinheit der US-Armee hilft beim Ausbau des gerade erworbenen neuen Sportgeländes im Jahre 1952, das übrigens 1956 mit einem Spiel gegen den VfB Unterliederbach eingeweiht wurde. 1963 erfolgte dann die Einweihung des überwiegend in Selbsthilfe errichteten Sportlerheimes. Dann 1965 der Aufstieg in die A-Klasse unter Spielertrainer Franz Sittig und 1966 das 75-jährige Vereinsjubiläum.

Der Verein zählt inzwischen 250 Mitglieder und mehr als 70 aktive Jugendliche. 1971 gründete der Verein die Damen-Fußballmannschaft. 1975 wurde das Sportgelände neu gestaltet, das dann 1976 zusammen mit dem vergrößerten Sportlerheim eingeweiht wurde. Besonders freut man sich in Ruppertshain, daß die Damenmannschaft im Jubiläumsjahr den Hessen-Pokal auf Kreis- und Bezirksebene erringen konnte. Für die Zukunft ist man sehr optimistisch eingestellt, bestärkt durch die großen Aktivitäten und Erfolge der Jugendmannschaften in den letzten Jahren. Ferner durch die Verbundenheit aller Mitglieder, Freunde und Gönner. Nicht zuletzt auch durch die erfolgreiche Soma, deren Spieler in der Vergangenheit sich stets für die Belange des Vereins eingesetzt haben.

Geehrt für 25-jährige Mitgliedschaft wurden mit der Ehrennadel des Vereins Fritz Kern, Josef Heidt und Adam Fischer. Die Vereinsvorstände Karl-Heinz Becker (Vorsitzender), Karl Müller (Spielausschuss) und Walter Hübel (Kassenwart) wurden mit Urkunden und Kupferstiche (Motiv: altes Rathaus Ruppertshain) vom stellvertretenden Vorsitzenden Jürgen Berndt geehrt. Damit würdigte der Verein vor allem die Arbeit dieser Männer im Vorstand des SV Ruppertshain, die manche Stunden ihrer Freizeit für das Wohl ihrer Vereinsmitglieder geopfert haben.

Die Festveranstaltungen des SV Ruppertshain begannen am 2.8.1981 mit einem Festgottesdienst, wurden fortgesetzt bis zum 12.8. mit sportlichen Veranstaltungen. Am 14.8. fand der Festkommers mit den Ehrungen, am 15.8. ein Bunter Abend, in der Karin Gemmer durch das Programm führte, am 16.8. ein Frühschoppen mit den "Oberauroffer Musikanten" und am 17.8. ein Kinderfest sowie am Abend eine Discoververanstaltung statt.

14.8.1981: Heute verstarb in Fischbach Herr Georg Glöckner. Herr Glöckner war von 1964 bis 1972 Gemeindevertreter der Gemeinde Fischbach. Von 1962 bis 1977 war er auch Ortsgerichtsschöffe seiner Heimatgemeinde. Sein Interesse galt der Förderung von Handwerk und Gewerbe. In den langen Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich Georg Glöckner stets dem Allgemeinwohl verpflichtet gefühlt. Die Stadt wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

15. und 16.8.1981: Dalles in Münster. Was gut ist kommt wieder - nach diesem Motto feierten die Münsterer ein Wochenende lang und ließen es sich wohl ergehen. Hochsommerliche Temperaturen, dementsprechend auch der Bierkonsum rund um das Alte Rathaus. Die Schirmherrschaft hatte in diesem Jahr Karin Gemmer übernommen, die traditionsgemäß von zu Hause abgeholt und zum Festplatz gefahren wurde. Mit in der Kalesche Reinhard Herr, drumherum der Fanfarenzug der TSG Münster und die Tanzgarde der Karnevalabteilung der TSG. Kein Zweifel, dieses Fest hat sich einen festen Platz in der Reihe der Volksfeste erobert und wird von den Münsterern und anderen Kelkheimern gerne angenommen. Eine Ausstellung, parallel zum Fest in der alten Schule, zeigte Hobbys Münsterer Bürger, wie Bauernmalerei, Holzschnitzerei und Flugmodellbau.

19.8.1981: Heute verstarb im Alter von 59 Jahren Herr Martin Keskari. Herr Keskari war von 1960 bis 1964 Beigeordneter und von 1964 bis 1972 Erster Beigeordneter der früheren Gemeinde Fischbach. Von 1971 bis zu seinem Tode war er auch Ortsgerichtsschöffe in Fischbach. Herr Keskari hat in den vielen Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeit stets zum Wohle der Allgemeinheit gewirkt. Die Stadt wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

21.8.1981: In der Stadtverordnetensitzung hatte die Stadtverordnetenvorsteherin die traurige Pflicht, den Tod mehrerer ehemaliger Mandatsträger in der letzten Zeit bekannt zu geben. Es waren dies der Ehrenbürgermeister der Stadt Kelkheim, Herr Wilhelm Stephan, die ehemaligen Gemeindevertreter der Gemeinde Fischbach Karl Ohlenschläger und Georg Glöckner und der ehemalige Beigeordnete Martin Keskari. Die Stadtverordnetenversammlung ehrte die Verstorbenen mit einer Schweigeminute und Erheben von den Sitzen.

Für den Magistrat teilte der Bürgermeister u.a. mit, daß das Hochwasser vom 3.6.1981 erhebliche Schäden an Wohn- und Geschäftshäusern sowie an Straßen im Bereich des Liederbaches verursacht hat. Die Höhe der Schadenssumme wurde mit ca. 315.000 Mark festgestellt. Bei dem zweiten Hochwasser am 10.8. sind weitere Schäden am Bachlauf und insbesondere an den Brücken entstanden. Die vorläufig geschätzten Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 80.000 Mark. Weitere Kosten werden noch im Zuge der Brückenerneuerungen, insbesondere an der Brücke der Liederbachstraße entstehen.

Die Stadtverordneten genehmigten für das Rechnungsjahr 1981 Mehrausgaben von 489.941 DM. Hierbei handelte es sich um 8 Positionen, insbesondere um die Beseitigung der Hochwasserschäden, die einzeln beraten und mit unterschiedlichen Ergebnissen genehmigt wurden.

Unter dem TOP 4 des Abends, Stellungnahme zur B 8, gab es heftige Redebeiträge und Diskussionen.

Der Umstrittene Weiterbau dieser Bundesstraße bleibt weiterhin ein Zankapfel im Stadtparlament.

Unversöhnlich standen sich die Verfechter der unterschiedlichsten Vorschläge zur Lösung des innerstädtischen Verkehrsproblems gegenüber: Die CDU/FDP-Mehrheit beharrt auf einem vierspurigen Weiterbau der B 8, SPD- und FWG-Fraktion machen sich für einen "landschaftsschonenden" zweispurigen Weiterbau der Umgehungsstraße stark, und die UKW-Fraktion lehnt eine neue B 8-Trasse vollständig ab. Das Ergebnis der hitzigen, zwei Stunden dauernden Debatte: Mit ihrer "dünnen Mehrheit" (22 Stimmen gegen 19 Stimmen), so der Stv. Kündiger (UKW), setzten Christ- und Freidemokraten ihre Vorstellungen zur B 8 durch, Änderungsanträge von SPD, FWG und UKW wurden "abgeschmettert". Zur Sprache kam das umstrittene Thema nach einer Sitzung des Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltausschusses, in der der Weiterbau der Bundesstraße empfohlen wurde.

Entsetzt darüber, "mit welcher Ignoranz und Gleichgültigkeit der Ausschuss so leichtfertig seine Zustimmung gab", reagierte UKW-Sprecher Albert Kündiger, selbst ehemaliger Dammbesetzer, der seinen Protest gegen das Straßenbauvorhaben am deutlichsten artikulierte. Die neue Bundesstraße werde keine Entlastung des innerstädtischen Verkehrs bringen. Lediglich die Eppenhainer und Ruppertshainer würden sich zum Straßenanschluss der neuen B 8 bei Schneidhain bemühen, die übrigen Kelkheimer würden weiterhin den direkten Weg über Liederbach nach Höchst wählen, prophezeite der UKW-Sprecher.

Den Königsteinern könne durch Untertunnelung ihres Kreisels geholfen werden. "Die Weiterführung der B 8 garantiert keine Verkehrsentslastung, wohl aber die ökologische, nicht wieder gut zu machende Zerstörung", sagte Stv. Kündiger. Die B 8 sei ursprünglich als Abkürzung zur Autobahn Frankfurt- Köln geplant gewesen, weitere Ausbaustufen seien vorgesehen, so daß aus der ersehnten "Entlastungsstraße eine Belastungsstraße" werde, die zusätzlich die Zersiedelung des Taunus vorantreibe und den Siedlungsdruck rund um die neue Trasse verstärkt werde.

Weit weniger rigoros argumentierte SPD-Fraktionssprecher Horst Ackermann: Die B 8 sei als Entlastung für Kelkheim notwendig und müsse weitergebaut werden, stellte der Stadtverordnete seinen Ausführungen voran. Allerdings solle die Bundesstraße nicht durch eines der "letzten Wiesentäler dieser Region", das Braubachtal, geführt werden. Die SPD empfahl eine Verlegung der Trasse westlich der Bahnlinie zu erwirken. Dann müsse zwar erneut Wald gerodet werden, der jedoch leichteren Herzens zu opfern sei als das idyllische Braubachtal. Schließlich solle die B 8 lediglich zweispurig geführt werden, denn das reiche zur Entlastung Kelkheims völlig aus.

Auf diesen "Minimalkonsenz" wollten sich indessen die Christdemokraten nicht einschwören lassen. CDU-Sprecher Stv. Noeske sieht trotz der "bedauerlichen ökologischen Folgen" keine Alternativen für eine "Verkehrsverdünnung in Kelkheim". Mit Brücke statt Damm, dem Verzicht auf Standspuren und einer Reduzierung der Fahrbahnbreite habe man zur Verminderung der Eingriffe in die Natur beigetragen. Mehr Konzessionen seien im Interesse der vom Durchgangsverkehr geplagten Kelkheimer nicht zu machen. Zur Not müsse die CDU die Entscheidung allein tragen, meinte der Stv. Noeske.

Schützenhilfe erhielten die CDU-Politiker von den Freidemokraten, die der UKW unterstellten, "alle Autos abschaffen zu wollen". Der FDP- Stv. Willi Poths hatte im UKW-Plädoyer gegen den Weiterbau der Bundesstraße, "handfeste Argumente" vermisst, verzichtete allerdings seinerseits ebenfalls auf eine Begründung seiner Forderung, daß man die B 8 brauche.

Vergebens versuchte FWG-Fraktionsvorsitzender Stv.Karl-Heinz Moormann, zwischen SPD und CDU/FDP-Fraktion zu vermitteln: Im Hinblick auf die "positive Einstellung zum Weiterbau der B 8", die SPD, CDU, FDP und UKW teilten, solle man für eine Weiterführung der Straße plädieren, ohne Aussagen zur Trassenführung und zur Straßenbreite zu machen - eine Empfehlung, die FDP-Fraktionsvorsitzender Stv. Krützfeldt mit dem Ausspruch "Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass" ablehnte. Die Trassenverlegung werde die Einleitung eines neuen Planfeststellungsverfahrens erforderlich machen und das sei unseren Bürgern nicht mehr zuzumuten.

Immerhin bescheinigte der Stv. Krützfeldt seinem UKW-Kollegen Kündiger, "das den Dammbesetzern ein hoher Grad der Sensibilisierung für dieses Straßenbauprojekt gelungen" sei. Konterte Albrecht Kündiger: "Und wo bleibt die Sensibilität in diesem Parlament?"

Zu dem TOP 4 wurde folgender Beschluss mit 22 Stimmen gegen 19 Stimmen gefasst: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelkheim hält die Weiterführung der Bundesstraße 8 im Interesse einer Verkehrsentlastung des Stadtkerns und der Verminderung der durch den derzeit zahlenmäßig starken überörtlichen Verkehr entstehenden Nachteile weiterhin für dringend erforderlich. Der Magistrat wird beauftragt, sich bei den zuständigen Landesdienststellen nachhaltig für den baldigen Weiterbau der B 8 einzusetzen. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

Hohe Wellen schlägt zurzeit der Bebauungsplan für das Gebiet "kommunaler Kindergarten" in Fischbach. Nachdem der Plan - es sollen dort Einfamilienhäuser entstehen - im Bau- und Planungsausschuss bereits beraten worden war, melden sich nun die CDU und die UKW zu diesem Thema zu Wort. Die CDU stellt dabei fest, daß es aufgrund des schwierigen Wohnungsmarktes wichtig sei, neue Baugebiete zu erschließen. Sie betont auch ausdrücklich, daß auf natürliche Gegebenheiten beim Auswählen von Baugebieten geachtet werden müsse. Dies ließe sich jedoch nicht auf das Gebiet "Kindergärten" übertragen. Seit die Gemeinde Fischbach dort große Teile des Gebietes angekauft und den Kindergarten gebaut hätte, seien die restlichen Geländestücke im Laufe der vergangenen Jahre "total verwildert". Fast niemand, so die CDU, hätte sich um diese Missstände gekümmert. Jetzt, wo die Bebauungspläne endlich vorlägen, würde das verwilderte Gelände als "Feuchtbiotop" hochgespielt. Für viele Bürger wäre es plötzlich "ökologisch interessant" geworden. Sogar Nichtanlieger hätten plötzlich "diese grüne Lunge" Fischbachs entdeckt. Für die CDU ist dieses Verhalten ein Grund zum Kopfschütteln. Sie stellt die Frage: Geht ein Feuchtbiotop vor, wo Wohnungen entstehen könnten? Dabei beginne die freie Landschaft um Fischbach nur wenige Meter weiter.

Die UKW dagegen lehnt die Bebauungspläne völlig ab. Fischbach hätte in der Vergangenheit schon wertvolle Landschaftsteile verloren, wie beispielsweise die Talaue des Fischbachs. Durch die Bebauungsabsichten gehe nun die letzte Möglichkeit verloren, innerhalb der Fischbacher Gemeinde eine zusammenhängende Grünfläche zu erhalten. Das Feuchtbiotop dürfe wegen des beabsichtigten Baues von Einfamilienhäusern nicht zerstört werden. Außerdem müsse das Gebiet gründlich untersucht werden, um festzustellen, welche Arten von Tieren, die in der "Roten Liste" aufgeführt seien, dort leben. Jedem Bebauungsplan müsse, so die UKW, eine Umweltunbedenklichkeitsprüfung vorangehen. Vor der Erstellung eines Bebauungsplanes müsse zunächst ein Landschaftsrahmenplan erstellt werden. Die UKW fordert deshalb, die zur Bebauung ausgewiesenen Flächen stark zu reduzieren. Lediglich parallel zur Kelkheimer Straße sei nach Meinung der UKW eine zweite Bauzeile zu vertreten.

26.8.1981: Die ersten Arbeiten zur Modernisierung der Kleinbahn gehen ihrem Ende entgegen. Das bedeutet, daß die Zugkreuzungen ab heute wieder auf dem Bahnhof K.-Mitte stattfinden. Ende August beginnen dann die Umbauarbeiten auf dem Bahnhof Münster.

Einer Einladung der CDU- Stadtverordnetenfraktion waren die Vorsitzenden der Sportvereine aus allen Stadtteilen gefolgt. Ausgangspunkt der Einladung waren verschiedene Anträge, die der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorliegen. In den Anträgen soll u.a. der Sportstättenentwicklungsplan in Kelkheim von 1980 geändert werden. Dabei soll die Hauptsportanlage am

"Kalten Berg" nicht mehr geplant werden. Interessant für die CDU waren die Stellungnahmen der Vereinsvorsitzenden zu diesem Thema.

Bei ihnen sei das Ansinnen der Antragsteller FDP und SPD auf völliges Unverständnis gestoßen. Alle Vorsitzenden seien sich einig gewesen, daß für eine zusätzliche Sportanlage in jedem Fall Gelände vorbehalten werden müsse, da der Bedarf an Sportmöglichkeiten weiter stark ansteige. Auch der Standort "Kalter Berg" gelte als besonders praktisch und sinnvoll.

Es komme im Moment nicht darauf an, so die Vereinsvertreter, daß ausführliche Planungen erstellt und sofort verwirklicht werden. Man müsse aber damit rechnen, daß in Kelkheim ein neuer großer Sportverein entstehen könnte, da Vereine mit mehr als 1.000 Mitgliedern einfach zu groß seien. Bedauert wurde auch, daß es nun vielleicht nicht zum Bau einer 400-Meter-Laufbahn kommen könnte. Dies sei jedoch untragbar. Grundsätzlich sprachen sich die Vereinsvertreter auch dafür aus, daß es kurz- und mittelfristig notwendig sei, die vorhandenen Sportanlagen in den sechs Stadtteilen auszubauen.

Auch die CDU ist grundsätzlich der Meinung der Vereinsvertreter. Im Zusammenhang mit der Realisierung des Sportstättenentwicklungsplanes sei immer wieder darauf hingewiesen worden, insbesondere durch den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport, daß Planungen für eine Hauptsportanlage von Landeszuschüssen abhängig seien. Wenn diese nicht greifbar seien, müsse eben abgewartet werden. Der Sportstättenentwicklungsplan von 1980 sei, so die CDU, aber zweiteilig. Erstens sollten vorhandene Sportanlagen in den Stadtteilen ausgebaut werden, und zweitens eine Hauptsportanlage für die Zukunft geplant werden. Ebenso wie früher gehe heute das Sportkonzept der CDU von der Förderung dezentraler Sportanlagen der Vereine in allen sechs Stadtteilen aus. Diese Förderung habe Vorrang, soweit die entsprechenden Mittel verfügbar seien. Die CDU halte aber auch ihr Konzept einer Hauptsportanlage nach wie vor für gut. Dies sei ein Zukunftskonzept.

28. bis 31.8.1981: An diesem Wochenende feierten die Kelkheimer zum achten Mal ihr Stadtfest. Die kulturellen Veranstaltungen wurden ja bereits im Mai 1981 bei der Kelkheimer Kulturwoche begangen. An diesem Wochenende fanden ausschließlich gesellige Veranstaltungen statt, die sich überwiegend im Festzelt auf dem Stückes abspielten. Das Stadtfest begann am Freitagnachmittag mit dem Seniorennachmittag. Bürgermeister Dr. Stephan war selbst ins Festzelt gekommen, einmal, um die offizielle Eröffnung vorzunehmen, zum anderen aber auch, um den fünf Gewinnern unter den Senioren zu gratulieren, die bei der letzten Altenfahrt, als es darum ging, ein Preisrätsel zu lösen, gewonnen haben. Josef Reichwein, Anna Mohr, Paula Martin, Josef Steinbrink und Georg Kilb sind die Sieger, sie werden an der nächsten Altenfahrt kostenlos teilnehmen können.

In dem mit fast 500 Besuchern nicht ganz ausverkauften Zelt lief dann eine bunte Unterhaltungsschau über die Bühne. Ballett, Gesang, Akrobatik, Musikvirtuositäten, Clowndarbietungen, alles verpackt in der humorvollen Conference von Robert Eggert, ließ keine Minute der Langeweile aufkommen. Kräftig mitgesungen wurde bei den Stimmungs- und Schunkelliedern des "Duo Dahm".

Am gleichen Abend gaben sich die Vereine aus allen sechs Stadtteilen beim traditionellen "Abend der Vereine" ein Stelldichein im Festzelt. Nahezu dicht besetzt waren die Reihen, als der Fanfarenzug Hornau und die Majorettengruppe der Kolpingfamilie Kelkheim den Reigen eröffnete. Karin Gemmer, die aus vielen Veranstaltungen bewährte Ansagerin, führte durch das Programm. Zum ersten Mal nahm der Verein "Lebenshilfe für geistig Behinderte" mit einem Folkloretanz an den Vorführungen teil. Unter der Leitung von Irmine Seibel und der Hilfe von jungen Leuten zeigte die Gruppe eine böhmische Polka.

Trampolin, Matten und Holzkästen wurden anschließend auf der Bühne aufgebaut, damit die Abt. Turnen der SG Kelkheim ihre Übungen absolvieren konnte. Zu Humor und guter Laune, zwei Dinge, die im Karneval ganz groß geschrieben werden, gehören die Mädels vom Ballett. Die große Garde des FCV mit einem Show-Tanz, das Männerballett des gleichen Vereins, die Ballettmädchen des AKK und die Münsterer Karnevalabteilung erhielten in der Folge für ihre Show viel Beifall. Gymnastik hält jung und stählt den Körper, dies sagten sich auch vier kleine Turner des TuS Hornau, stibitzten ihren Muttis die Bettlaken und tummelten sich auf der Bühne. Selbstverständlich war der lustige Einfall mit der TuS-Trainerin Ingrid Naß einstudiert.

Drei Lieder brachte dann der Stolz des MGV "Euterpe", der Kinderchor unter seinem Leiter Hans Erich Debo zu Gehör. Kunstradfahren in höchster Vollendung wurde durch zwei Sportler der TSG Münster, Abt. Radfahren, gezeigt. Erstaunte schon das beachtliche Können des 14-jährigen Schülers Christoph Kilb, so gab es noch mehr Applaus bei den Vorführungen der Hessischen Nachwuchsmeisterin Evelin Kilb. Noch einmal betraten dann Mitglieder der TSG Münster das Podium, als Mädchen der Turnabteilung eine Reifengymnastikübung zeigten. Gymnastik gab es noch zweimal, und zwar demonstrierten sie mit Bällen die Schülerinnen der TuS Hornau, Abt. Turnen, des SV Fischbach, Abt. Breitensport, mit einer temperamentvollen Stabübung.

Der Samstag begann mit dem traditionellen Flohmarkt auf dem Rathausplatz. Vereine, Organisationen, Gruppierungen und Privatleute können sich an dem Verkauf beteiligen, vorausgesetzt, sie stellen ihren Reinerlös der ökumenischen Vertretung der christlichen Gemeinden Kelkheims (ÖVK), für einen guten Zweck zur Verfügung. Die ÖVK legt auch jeweils vorher fest, wem die Einnahmen zugutekommen sollen.

Waren es bisher stets Kelkheimer Sozialeinrichtungen, die unterstützt wurden, so soll in diesem Jahr der gesamte erzielte Betrag in Höhe von 12.300 Mark in die Polenhilfe fließen. Je die Hälfte sollen die Verbände der Caritas und des Diakonischen Werkes verteilen.

Packende Kämpfe gab es am Nachmittag beim Hornauer Schubkarrenrennen. Viel Volk säumte zu beiden Seiten die Hornauer Straße, als der Startschuss zum ersten Lauf des traditionellen Rennens fiel. 30 Mannschaften hatten sich zur Teilnahme an diesem Spektakel gemeldet. In acht Vor- und drei Zwischenläufen mussten sich die drei Endkampfteilnehmer qualifizieren. Am Ende hatten in der großen (gummibereiften) Kategorie Helmut Preis und Stefan Usinger die Nase vorn; sie verwiesen Stefan Heublein und Stefan Heider auf den zweiten sowie Jürgen Becker und Bernd Heublein auf den dritten Platz. Bei den Damen siegten Andrea Thalheimer und Christa Rupp, zweite wurden hier Renate Grimm und Anne Herr. Den Endlauf der eisenbereiften Schubkarren entschied Clemens Böhm und Stefan Thalheimer für sich; sie konnten Egbert Jockel und Andreas Kitzler klar auf den zweiten Platz verweisen.

Der Höhepunkt des Samstags war der "Bunte Abend" im Festzelt. Karel Gott, Gilbert Beaud, Iwan Rebroff, Tom Jones, Rudolf Schock, Rex Gildo, Roy Black - diese Weltstars waren nicht etwa in einem Weltstadtvariete' zu sehen und zu hören, sondern hier in Kelkheim. Dargeboten in einer Ein-Mann-Show von Stimmenimitator Kurt Stadl wurde dieser Auftritt der absolute Höhepunkt der Veranstaltung. Schwarzweißberockt und viel Bein zeigend präsentierten die zwei Rosani-Sisters gelungene Tanz- und Springakrobatik. Daumenhalten hieß es dann bei den beiden "Wilatos" mit ihrem Gläser-Balanceakt. Die großartigen Artisten, bekannt aus dem internationalen Variete', bauten meterhohe Gläsertürme und verstanden es, das Publikum zu begeistern. Hatte man im Fernsehen vielleicht einen minimalen Ausschnitt der Show miterlebt, so kam man hier im Festzelt voll in den Genuss der fantastischen Blumen-Zauber-Präsentation des Meisters Dinardie und seiner Partnerin. Durch anscheinende Zauberei, Täuschung und Fingerfertigkeit brannten plötzlich Seidentücher, wurden Handschuhe plötzlich riesengroß und verschwanden Dinge auf geheimnisvolle Art und Weise. Aus einer scheinbar leeren Kiste entschlüpfen unzählige bunte Blumensträuße und sogar Pflanzen mit Blumentöpfen waren dabei. In kürzester Zeit glich die Bühne einem Blumenmeer.

Mit unzähligen Fernsehauftreten sang sie sich wie auch hier in Kelkheim in die Herzen der Gäste - gemeint ist Schlagersängerin Tina York, die mit ihren Liedern in erster Linie Freude bringen will. Publikumsnah zog sie mit Mikrofon durch die Reihen der begeisterten Zuhörer. Sie ließ es sich nicht nehmen, mit einem Kelkheimer auf der Bühne im Duett zu singen. Heinrich, der von ihr auserwählte, machte den Spaß ohne jegliche Anzeichen von Lampenfieber herzerfrischend mit.

Was mit 32 Rollen unter den Füßen alles möglich ist, zeigten die vier "Heirolls" mit ihrer Rollschuhshow. Von der Fernsehsendung, „Varieté, Varieté" her bekannt, machten sie ihrem Ruf als internationale Spitzenartisten alle Ehre. Mit Kapriolen auf dem Trampolin hüpften sich die "Massinos" förmlich in die Herzen des Publikums. Ausgelassen und mit Spaß an der Freud zeigten die springenden Indianer was in ihnen steckt. Sogar eine Dame aus dem Publikum wurde geholt und mit den Springkünsten vertraut gemacht.

Künstler, für die die Stadt Millionen hätte zahlen müssen, imitierte Kurt Stadl bei seiner "Reise um die Welt". Auch Fans von Elvis Presley, den "The Plätters", Mario Lanza, Louis Armstrong, Tony Christie und Peter Kraus kamen dabei auf ihre Kosten. Mit leichter Zunge und immer einen Sketch parat führte Conference Heinz Scholten durch das Programm und die musikalische Begleitung übernahm die Kapelle Les Rubis für den gelungenen "Bunten Abend" des Stadtfestes 1981.

Der Sonntag begann traditionell mit dem Frühschoppen im Festzelt. Der Nachmittag gehörte den Kindern mit viel Spaß und Unterhaltung. Erstmals wurden auch einige Spiele für die behinderten Kinder durchgeführt. Ab 18.00 Uhr gab es ein großes Unterhaltungsprogramm im Festzelt und danach spielten die Original Steigerwälder Musikanten zum Tanz auf.

Der Montag begann wie immer mit dem Frühschoppen im Festzelt. Dieser Frühschoppen ist für viele Kelkheimer zu einem Geheimtipp des Stadtfestes geworden. Zur Unterhaltung spielte die Blaskapelle "Almrausch" und brachte das Publikum dazu, begeistert mitzusingen. Der Montag ist auch der Tag der Bundeswehr. Die befreundeten Soldaten aus Mainz verköstigten wieder ca. 1.200 Gäste mit ihrer gut schmeckenden Erbsensuppe. Auf eine "marzialische" Waffenschau hatte man in diesem Jahr verzichtet. Es wurde lediglich ein Informationsstand und einige kleine Geräte von der Bundeswehr vorgeführt. Die Sportförderungsgruppe der Bundeswehr aus Mainz zeigte im Festzelt einige sportliche Einlagen. Ab 19.00 Uhr begann der Manöverball, der gegen 22.30 wegen des Brillantfeuerwerks kurz unterbrochen wurde.

30.8.1981: Der Planungs- und Bauausschuss befasste sich mit einem Vorschlag des Architekten Friedrich E. Rosenberg, die Brandmauer des Anwesens Frankfurter Straße 148 (am Parkplatz gegenüber der Gaststätte "Gasser") in ungewöhnlicher Form zu gestalten. Bis dahin waren die eintönigen Wandflächen vor dem angrenzenden Parkplatz nur durch eine Tafel der Städtereklamе unterbrochen. Mit der Gestaltung der Fassade wurde der Frankfurter Professor für bildende Kunst an der Goethe- Universität, Heinz Willi Wirth und die gleichberechtigten Mitglieder seines Teams Martina Grauger, Dieter Kreuzsch und Ingo Wirth beauftragt.

Die Kelkheimerin Helga Schafarczik hatte die Künstlergruppe nach Kelkheim geholt, an dem Konzept mitgearbeitet und die Betreuung übernommen. Professor Wirth erläutert den Entwurf des Wandgemäldes folgendermaßen: In freier Komposition werden charakteristische Bestände hessischer Dorfarchitektur erfasst, wie sie heute noch vielfach anzutreffen sind. Die Fläche wird durch die Darstellung der bei aller Realistik künstlerisch frei übersetzten Szene rhythmisch durchgegliedert. Der sparsame Einsatz perspektivischer Mittel bewirkt eine weitere Belebung des dem Platz begrenzenden Areals. Dabei unterstreichen die Künstler, daß sie mit ihrer Fläche aus Licht, Raum und Schatten nicht durch eine Illusionsmalerei die alte Stadt oder Dorf wieder herbeiholen wollen. Trotzdem ist der Kontrast von der Stimmung her verblüffend: Hier das alte Fachwerkhaus mit der Weite seiner Gebäude und die Stille der ländlichen Hinterhöfe, und gleich nebenan der brausende Verkehr der Frankfurter Straße. An den Gesamtkosten des Kunstwerkes in Höhe von rund 19.000 Mark hat sich die Stadt mit einem Zuschuss von 8.000 Mark beteiligt.

2.9.1981: Das Stadtparlament musste erstmals in seiner Geschichte am heutigen Tage eine Sonderschicht einlegen, um all die Anträge der Fraktionen zu beraten, die in der letzten Stadtverordnetensitzung nicht abgehandelt werden konnten. Dadurch, daß nach der Kommunalwahl vom März 1981 jetzt fünf Fraktionen im Stadtparlament vertreten sind, haben sich die Anträge der Fraktionen zu einer wahren Antragsflut ausgeweitet, die in der vom Parlament festgesetzten Zeit bis 23.00 Uhr pro Sitzung nicht betätigt werden können.

Bebauungsplan Gimbacher Hof, die Frage der Verkehrsberuhigung im Straßenzug Altkönigstraße, Parkstraße und Münsterer Straße wie auch des Gimbacher Weges sowie die Probleme um die neue Hauptportanlage in Kelkheim waren die Hauptpunkte der Anträge der letzten Sitzung.

Die Frage der Verkehrsberuhigung hatte die SPD aufgeworfen und dabei bemerkt, daß den Gemeinden mit der neuen Straßenverkehrsordnung die entsprechenden Mittel an die Hand gegeben worden seien. Stv. Wellershaus führte aus, daß in den betroffenen Straßen nur Schrittgeschwindigkeit gefahren werden sollte. Die Anlagen, die notwendig seien, um das zu erreichen, würden in der Umlegung etwa 50 Mark kosten. Sowohl Anlieger als auch die öffentliche Hand müssen zur Kasse gebeten werden.

Stv. Erhard Roser (CDU) rechnete sofort die Kosten hoch und kam auf einen stolzen Betrag von rund 800.000 Mark, die für eine solche Verkehrsberuhigung notwendig wären. Dabei verwies er vor allem auf die Anliegerkosten, die im günstigsten Falle rund 25 % ausmachen würden, also vom Bürger getragen werden müssten, was wieder die Mietpreise hochtreiben würde.

Stv. Poths (FDP) gab zu bedenken, daß dann auch andere Straßen mit den gleichen Argumenten kommen könnten, zumal über die Verkehrsregelung in diesem Straßenzug bereits durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sei.

Stv. Moormann (FWG) regte an, im Gimbacher Weg Farbmakierungen anzubringen, um die versetzten Parkmöglichkeiten hier deutlich zu machen. Das sei preiswert und könne schon helfen, wobei auch er betonte, daß die Frage der Verkehrsberuhigung grundsätzlich sei. Dieser Antrag wurde einstimmig zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

In gewisser Weise hatte die Verkehrsberuhigung Gimbacher Weg auch in das Thema "Bebauungsplan Gimbacher Hof" hineingespielt. Verlangt worden war von der FWG, diesen Bebauungsplan überhaupt aufzuheben, zum anderen ging es der SPD darum, den Bau einer Straße von der Gundelhardtstraße zum Gimbacher Weg zu verhindern.

In der Diskussion unterstrich Bgm. Dr. Stephan, wie das auch von anderen Stadtverordneten der CDU geschah, daß es hier auf gar keinen Fall darum gehe, Bauland zu beschaffen. Es sei einfach die Frage, daß weiter unten wohnende Anwohner vom Überlauf von Dunggruben geschützt werden müssten, also eine ordnungsgemäße Entwässerung des Gimbacher Hofes notwendig sei. Hinzu käme die Entlastung des Gimbacher Weges vom Verkehr sowie Schonung und Ordnung der natürlichen Landschaft. Der Bürgermeister machte auch klar, daß die Schwierigkeiten dadurch entstanden seien, daß der Gimbacher Hof zwar von Fischbach an die Wasserversorgung angeschlossen worden sei, als Fischbach noch selbständig war, daß sich aber niemand dort um die Abwässer gekümmert habe.

Stv. Moormann (FWG) gestand zu, daß die Frage dieses Bebauungsplanes nach den Informationen durch den Bürgermeister ein anderes Licht bekommen habe. Er fragte sich aber, ob die Verhandlungen mit den Besitzern des Gimbacher Hofes wohl im richtigen Stil geführt worden seien.

Stv. Kündiger (UKW) erinnerte an die Bauten im Fischbacher Wochenendgebiet, als er zum Freiraum von 30 Metern zwischen Wald und Campingplatz Stellung nahm. Er wehrte sich mit einem klaren "Nein" gegen den Bau einer neuen Straße. Der ganze Komplex des Bebauungsplanes Gimbacher Hof wurde anschließend in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Zur Frage der Sportstätten trat eine völlig neue Situation ein, als hier die FDP und die CDU nicht mehr gemeinsam an einem Strang ziehen. Die CDU verfiht neben einem vorrangigen Ausbau der vorhandenen Sportstätten eine zentrale Sportanlage unterhalb des Hauptfriedhofs am "Kalten Berg". Dagegen hatte die SPD seit eh und je Einwände und hatte immer wieder den Bau einer 400-Meter-Bahn im Reis propagiert.

Die FDP verlangte nun, daß die Hauptsportanlage am Kalten Berg nicht mehr im Sportstättenplan von 1980 enthalten sein sollte, daß man dagegen die vorhandenen Sportstätten in Münster und Fischbach zeitlich vorgezogen ausbauen sollte. Beide Anlagen sollten mit einem Bolzplatz, einer wettkampfmäßig ausgebauten 100-Meter-Bahn und einer Weit-, Hochsprung- und Kugelstoßanlage ausgestattet werden. Der Sportplatz Münster sollte neu angelegt werden, damit die Leichtathletik wieder attraktiv gemacht werden kann. Erst wenn diese Bauarbeiten abgeschlossen seien, sollte man an die Planung einer 400-Meter-Bahn gehen.

In der allgemeinen Ablehnungsfront "Kalter Berg" reihte sich auch die FWG ein, deren dann zurückgezogener Antrag sich fast mit der FDP deckte.

Die Meinung der UKW hinsichtlich des Sportstättenplans ist geteilt, jedenfalls hinsichtlich der 400-Meter-Bahn, deren Notwendigkeit von Stv. Lutz bezweifelt wird.

Die CDU fuhr dann aber mit ihrem Stadtverbandsvorsitzenden Dr. Klaus Fischer insofern "schweres Geschütz" auf, als Dr. Fischer in den vergangenen Wochen mit den Vorsitzenden der Sportvereine zusammen gesessen hatte, um deren Meinung zur Hauptsportanlage zu erfahren. Er habe hier ein klares ja zu hören bekommen, betonte Dr. Fischer, wir müssen in Zukunft alle Möglichkeiten anbieten. Stv. Claßen meinte, daß man für die Zukunft planen müsse. Es dürfe uns hier nicht passieren, daß mit einem Mal kein Grund und Boden mehr für solche Anlagen zur Verfügung stehe. Die Folgen eines solchen Beispiels hätten die Ruppertshainer zu tragen, deren Sporthalle immer noch nicht gebaut werden könne, weil der entsprechende Bauplatz fehle.

Der Versuch, zumindest in der Formulierung eines Beschlusses zu einer Einigung zu kommen, scheiterte. Stv. Roser hatte gemeint, man könne doch von einem Gelände sprechen, das ohne festgelegten Verwendungszweck für Freizeit und Sport vorgehalten werde. Auf diesen geschickt formulierten Satz mochte die SPD dann auch nicht eingehen, so wurden auch diese Anträge zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

5. und 6.9.1981: Der Stadtjugendring führte an diesem Wochenende zum zweiten Mal die so genannten Jugendzelttage in der städtischen Obstbaumanlage Reis, in der Nähe der Sportanlage, durch. Jeder Jugendliche konnte zu jeder Zeit innerhalb der drei Veranstaltungstage völlig kostenfrei am Programm teilnehmen. Das Wetter meinte es gut und so ging der Aufbau, bei dem die Jugendlichen das Stromnetz, die Musik-, Licht- und Kühlanlage selbst installierten, Feuerstellen und Grills einrichteten, den Lagermast aufstellten, die überdachte Bühne als Zentrum des Lagers bauten und die Versorgungseinrichtungen, wie Getränke- und Essensstand aufstellten, rasch vorstatten. Etwa 40 Jugendliche übernachteten jeweils in den 15 Zelten. Am ersten Abend wurde Alfred Hitchcocks Thriller "Mord" vorgeführt. 50 Zuschauer verköstigten sich noch vor der Aufführung mit Würstchen, Nudelsalat und Schmalzbrot. Später hatte man bei Musik ausgiebig Zeit, sich kennen zu lernen. So ging der erste Abend als "sehr gemütliches Beisammensein" erst in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages zu Ende.

Mit Frühstück machen, Karten spielen, diskutieren oder in der Sonne faulenzten, so begann der zweite Tag. Erst nach dem selbst zubereiteten Mittagessen begann das offizielle Programm. Verschiedene Spiele, vor allem "New Games", eine progressive und sehr beliebt gewordene amerikanische Spielbewegung, wurde vorgestellt. Mit viel Hallo und Begeisterung waren alle dabei; ein echter Erfolg der große überdimensionale Spielball: (Erdball). Später gab es eine Modenschau, bei der der Fantasie keine Grenzen gesetzt waren. Mit einem Preis wurde die beste und lustigste Creation ausgezeichnet.

Zur Dichterlesung, einem weiteren Programmpunkt, war Wolfgang Huck gekommen. Er stellte den verstorbenen Philosophen, Schriftsteller und Dichter Arnold Hau vor. Die Resonanz war so groß, daß sich nach dem Ende der Lesung einige um den Interpreten scharrten, um mehr von Arnold Hau zu hören. Am Abend kam die Kelkheimer Band "Transuse Horror Band" zu einem Gastspiel und blieb bis 22.00 Uhr. Zwei "Wahlen" standen an diesem Abend noch auf dem Programm. "Miss" und "Mister" Kelkheim mussten gefunden werden. Zweifellos war dies der Höhepunkt und gleichzeitig eine Riesengaudi des dreitägigen Jugendtreffs.

Der letzte Tag begann mit einem deftigen Frühschoppen, dabei eine Diskussion der relevanten Kelkheimer Jugendpolitik. In ihr kamen große Erwartungen an den in Aussicht stehenden Stadt-Jugendpfleger für Kelkheim zum Ausdruck, aber auch die Feststellung, daß sich auf dem Sektor "Jugendarbeit" seit dem vergangenen Jahr nicht viel verbessert habe. Die einzelnen in der Diskussion zum Vorschein gekommenen neuen Aspekte muss nun der Stadtjugendring erst noch bearbeiten und auswerten.

12. bis 14.9.1981: An diesem Wochenende feierten die Stadtteile Münster und Ruppertshain ihre Kerb. Veranstalter in Münster war die Bürgervereinigung Alt- Münster und in Ruppertshain die Freiwillige Feuerwehr.

18.9.1981: Als erstem Punkt in der Stadtverordnetensitzung stimmten die Stadtverordneten einer Erhöhung der Tarife des Stadtbusverkehrs mit 36 gegen 5 Stimmen zu. Weiterhin wurde beschlossen, daß die Stadtbusnebenlinie in der bisherigen Form noch bis zum 31.3.1982 weiter geführt wird.

Die Stadtverordneten waren mit der Einrichtung eines dritten Altenwohnheimes einverstanden. Sie stimmten zu, als es darum ging, für dieses Haus ein zinsloses städtisches Darlehen in Höhe von 370.375 Mark zu gewähren. Dieses Altenwohnhaus am Altenburger Weg soll 25 Wohneinheiten umfassen und ca. 3,22 Mio. Mark kosten. Die Diskussionen entzündeten sich weniger an den Kosten, als vielmehr an dem Modus der Belegung des Heimes, das vor allem älteren Menschen aus Kelkheim vorbehalten bleiben soll. Die CDU begrüßte den Bau des Altenwohnheimes in Münster und sprach sich gegen eine neue Form der Prüfung aus, wie von der SPD gefordert, die es für richtig gehalten hat, daß der Sozialausschuss jede Belegung auf ihre Berechtigung prüfen solle. Dabei hätten, so die CDU, die Stadtverordneten die Vermögens- und Familienverhältnisse jedes Bewerbers untersuchen müssen. Man vertraue nach wie vor der Verwaltung, die bisher richtige Entscheidungen getroffen habe. Sie sprach sich aber deutlich dafür aus, daß ältere Menschen in sozialen Notlagen bevorzugt berücksichtigt werden sollten. Einstimmig beschlossen die Stadtverordneten den Entwurf des Nachtragshaushaltes 1980 in die Fachausschüsse zu verweisen.

Eine schwere Abstimmungsniederlage gab es für die CDU, als über den Antrag Nr: 7 (Ablehnung des Durchstichs der Liederbachstraße über den Klosterberg), der von den Fraktionen der SPD, FWG und UKW eingebracht wurde, beraten wurde. Der Magistrat wurde beauftragt, innerhalb der Überarbeitung des Generalverkehrsplanes Vorschläge für eine andere Führung der L 3016 zu erarbeiten, da diese drei Fraktionen - und aufgrund ihrer Wahlaussage auch in gewissem Maße die FDP - den vorgesehenen Durchstich der Liederbachstraße zum Klosterberg ablehnten.

Es war die Debatte, in der der Stv. Moormann (FWG) und Bgm. Dr. Stephan aneinander gerieten. Es war aber auch die Diskussion, in der ein Versuch der CDU, diesen Antrag an die Ausschüsse zu verweisen, scheiterte. So geht es nun darum, daß sowohl die SPD als auch die CDU ihre langjährigen Standpunkte zum Thema Liederbachstraße verfochten - die SPD mit einem klaren Nein, die CDU mit ihrem klaren Ja, da sie seit 15 Jahren den Durchbruch für diesen Straßenzug propagierten. Dazu natürlich die UKW mit ihrem Nein zu dieser Planung sowie die FDP, die gleichfalls auf entsprechende Wahlaussagen verwiesen hatte.

Bgm. Dr. Stephan hatte vorher die Stadtverordneten darauf aufmerksam gemacht, daß die L 3016 eine Landesstraße sei, und daß somit die Stadt Kelkheim nicht allein über eine Trassierung entscheiden könne. Die Stadt könne beim Land vielmehr versuchen, auf eine Führung dieser Straße beratend Einfluss zu nehmen. Der Bürgermeister verwies ferner darauf, daß es sich hier nur um eine politische Absichtserklärung der Fraktionen handeln könne, daß dadurch nicht die weitere Sacharbeit, nämlich den Versuch, Lösungsvorschläge als Einzelmaßnahmen wieder zum Gegenstand von Verhandlungen mit dem Land zu machen, behindert werden.

Im Verlauf der Debatte wurde dem Bürgermeister namentlich durch den Stv. Moormann unterstellt, daß Dr. Stephan wohl der Ansicht sei, was die Stadtverordneten hier beschließen nehme er wohl zu Kenntnis, was er aber mit dem Land aushandele, sei seine Sache. Nach zahlreichen Zwischenrufen und Ordnungsrufen des stellvertretenden Vorstehers, meinte der Stv. Moormann, daß der Bürgermeister, wenn er ihn falsch verstanden habe, seine Ausführungen ja ins richtige Licht rücken könne.

Dazu Dr. Stephan: "Herr Stadtverordneter Moormann, ich verwahre mich dagegen, daß Sie versuchen, offensichtlich bewusst - das muss ich Ihnen unterstellen - mir das Wort im Munde zu verdrehen. Ich habe ausgeführt, daß eine politische Absichtserklärung heute Abend das Problem nicht löst, daß die politischen Absichten aller Gruppen den Bürgern bekannt sind, und daß die Sachdiskussion weitergeführt werden muss." Und weiter darauf eingehend, daß von anderen Fraktionen Alternativen für die Weiterführung des Verkehrs auf der L 3016 nach einer eventuellen Schließung des Bahnübergangs in K.-Mitte erarbeitet worden waren, meinte der Bürgermeister, daß er entsprechend einem solchen Beschluss der Stadtverordneten mit dem Lande verhandele, daß aber nicht die Stadt Kelkheim das letzte Wort habe, sondern, daß die Landesinteressen sehr unterschiedlich zu den städtischen sein könnten.

Als Alternativen zum Durchstich Klosterberg bieten sich an: Führung des Verkehrs nach Norden über den Gagernring und Adolphshöhe. Durchstich der Pestalozzistraße über die Bahnstraße zum Mittelweg und hier auf die Frankfurter Straße, oder aber die Verbindung der L 3016 mit der B 455 in Fischbach mit ausgewiesener Anbindung an der Staufenschule. Jedoch - diese Fragen sind nur in Verbindung mit dem Generalverkehrsplan zu sehen, der auf einen Weiterbau der B 8 und einer darauf folgenden Schließung des Bahnübergangs in K.-Mitte fußt.

Darauf meinte der Stv. Klemens Böhm (UKW), daß es wohl das beste sei, den Bahnübergang offen zu lassen. Dem gemeinsamen Antrag Nr. 7 der SPD-, FWG- und UKW-Fraktionen betreffend die Ablehnung des im Generalverkehrsplan vorgesehenen Durchstiches Liederbachstraße/ Klosterberg für die L 3016 wurde von den Stadtverordneten zugestimmt. Die Stadtverordneten beauftragten den Magistrat, im Rahmen der Überarbeitung des Generalverkehrsplanes Vorschläge für eine andere Führung der L 3016 zu erarbeiten. Dem Antrag wurde mit 24 gegen 17 Stimmen zugestimmt.

An diesem Wochenende fanden auch zwei kulturelle Veranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen statt. Im Stadtpark Mühlgrund fand ein großes Orchesterkonzert mit den Euterpechören und dem Orchesterverein Hofheim statt. Für die Zuhörer gab es Fassbier und Grillwürste zum Selbstkostenpreis. In Eppenhain lud der Vereinsring zum Atzelbergfest ein mit Grillen, Bier vom Fass und für die Unterhaltung sorgte die Kapelle Ramona.

26. bis 29.9.1981: Die Fischbacher feierten an diesem Wochenende ihre Kerb zum 25. Male. Die Fischbacher Kerbeborschen unter ihrem "Kerbe-Opa" Walter Schirdewan trommelten anlässlich des Silberjubiläums der Fischbacher Kerb alles zusammen, was an Kerbeborschen aus den vergangenen 25 Jahren noch zu erreichen war, so daß der Umzug in diesem Jahr besonders lebhaft und bunt wurde. Die Hand mit im Spiel hatte Willi Keller, den die Kerbeborschen flugs zum "Manager" ernannten. Als Kerbevater bezeichnete sich "Bodo", mehr Name sei nicht nötig, meinte er, die Leute kennen mich auch so.

Das schönste Erlebnis aus den vergangenen 25 Jahren war zweifellos im Jahre 1959, als sie ihren Kerbebaum nicht kauften, sondern schlicht und einfach bei helllichem Tage in der Ruppertshainer Gemarkung klauten. "Heute würden wir so etwas natürlich nicht mehr machen", schworen sie hoch und heilig, "auch wenn der Baum wie in diesem Jahr so gute 100 Mark kostet." Geholt wird das rund 20 Meter lange Stück Holz mit der grünen Spitze mit dem Traktor. Es ist immer noch eins der schönsten Vergnügen für die Kerbeborschen, zumal auch der Inhalt manchen Apfelwein-Bembels die Kehle runterfließt. Die "Fischbacher Kerbeborschen 1981" haben in diesem Jubeljahr zweimal Dank zu sagen. Einmal an Erich Mauermeyer, der wieder den Kerbegickel für den traditionellen Gickelschmiß stiftete, und an Haus- und Hofmaler Rudi Breitenstein, der die Kerbefahnen kostenlos malte.

26.9. bis 4.10.1981: Bei der Eröffnung der diesjährigen Möbelausstellung im Plenarsaal des Rathauses waren die Ehrengäste diesmal nur in bescheidener Zahl erschienen. Der stellvertretende Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes Frankfurt, Hoch- und Main-Taunus, Kurt Born, eröffnete die Ausstellung. Ein Loblied auf den Mittelstand stimmten dann die frischgebackene Bundestagsabgeordnete der FDP, Dr. Sibylle Engel aus Kelkheim, Bgm. Dr. Stephan und der Ministerialdirigent Schneider an - letzterer war in Vertretung des Schirmherren dieser Möbelausstellung, des Hess. Wirtschaftsministers Hoffi, gekommen. Auch das MdB, Dr. Dietrich Sperlin (SPD) und das MdL, Karl-Heinz Koch (CDU) beteiligten sich mit kurzen Beiträgen an den Eröffnungsreden. Eröffnet wurde der Festakt vom Kelkheimer Kammerorchester und von Herbert Uhrig, Vorsitzender des Handwerker- und Gewerbevereins. Er verwies nach der offiziellen Begrüßung auf den Stellenwert dieser Ausstellung. Der Anteil der Möbelpräsentierer ist in diesem Jahr ähnlich groß wie in der Vergangenheit. Etwa 63 % der gesamten Ausstellungsfläche werden von Betten, Schränken, Tischen und Polstergarnituren beansprucht. Uhrig betonte, daß es trotz einiger Schwierigkeiten erneut gelungen sei, die IKE (Interessenverband Kelkheimer Einzelhandel), in die Messe einzubeziehen. So können sich die Besucher ein abgerundetes Bild über die Leistungsfähigkeit unseres Einzelhandels machen, betonte Uhrig. Der Trend zu Experimenten, Neuem und Verwegenem scheint endgültig vorbei zu sein. Detailverbesserungen fallen zwar bei aufmerksamer Betrachtung ins Auge. Messeneuheiten müssen aber wie die Stecknadel im Heu gesucht werden, und dies sei auch nicht Sinn und Zweck der Möbelausstellung - so war es zu hören. Die Qualität und die zugeschniderte Maßarbeit sind nach wie vor die Merkmale, auf die sich die Kelkheimer Möbelhersteller berufen. Dabei nimmt man in Kauf, daß trotz immer wieder betonter "Preisbewusstheit" nur ein begrenzter Kundenkreis angesprochen wird - der mit den etwas pralleren Geldbörsen. Extrawürste gehören fast zum täglichen Handwerksbrot, und wenn diese Arbeit noch hervorragend geleistet wird, kostet dies eben Geld. Zu uns kämen eben keine, die sich im Pappkarton Klappmöbel zum Verschrauben und Anstreichen mitnehmen möchten, erklärte ein Aussteller. Die Beratung und die handwerkliche Kunst stehen nach wie vor im Vordergrund.

27.9.1981: Die Arbeitsgemeinschaft Kelkheimer Geschichte führte unter der Leitung von Kreisheimatpfleger Dietrich Kleipa eine geschichtliche Wanderung "Rund um den Rossert und Atzelberg" durch. Der etwa dreistündige Rundgang unter Führung von Dietrich Kleipa und Heinz Zimmermann bot den interessierten Bürgern die Gelegenheit, so geschichtsträchtige Orte wie

- die mittelalterliche Zollstelle Landsgraben,
- den Atzelbergturm,
- den Ortskern von Eppenhain,
- das Naturdenkmal "Felsengruppe Dachsbau",
- Spuren alten Bergbaus am Hainkopf und
- die sagenumwobenen Felsen auf dem Rossert, kennen zu lernen.

Für die Legislaturperiode 1981 bis 1985 sind jetzt die Dezernate im Magistrat neu aufgeteilt worden. Die beiden hauptamtlichen Magistratsmitglieder, Bürgermeister Dr. Winfried Stephan und der Erste Stadtrat Karlheinz Klug, sind für folgende Dezernate in der Stadtverwaltung zuständig: Das Dezernat I, das dem Bürgermeister untersteht, umfasst Hauptamt, Liegenschaftsamt, Rechtsamt und Bauamt.

Das Dezernat II, das dem Ersten Stadtrat untersteht, umfasst Personal- und Organisationsamt, Kämmerei, Ordnungsamt sowie Sport- und Kulturamt.

Den ehrenamtlichen Stadträten wurden folgende Dezernate übertragen: Stadtrat Othmar Nicolaus als Sportdezernent ist für Sportvereine, Freizeiteinrichtungen, Vereinsbeirat und Vereinsringe zuständig.

Dieses Dezernat hatte in der letzten Legislaturperiode der aus dem Magistrat ausgeschiedene Stadtrat Kurt Born inne.

Das Dezernat Kultur, Partner- und Patenschaften wird unverändert vom Kulturdezernenten, Stadtrat Rudolf Alscher, verwaltet. Er ist für die kulturellen Vereine, Paten- und Partnerschaften zuständig. Stadtrat Alscher übt dieses Dezernat bereits seit einigen Legislaturperioden aus.

Sozialdezernent ist nach der Neuaufteilung Stadtrat Ludwig Ditsch. Zum Dezernat Sozial- und Gesundheitswesen gehören die sozialen Hilfsorganisationen und Einrichtungen. Das Dezernat wurde in der Vergangenheit vom ausgeschiedenen Stadtrat Willi Vogt verwaltet.

Das Dezernat Feuerwehren verwaltet unverändert Stadtrat Adolf Dörr, der schon in den vergangenen Legislaturperioden für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kelkheim zuständig war.

Neu eingerichtet wurde das Dezernat Jagd- und Forstwesen. Stadtrat Joachim Rodeck, dem dieses Dezernat übertragen wurde, ist für Waldbewirtschaftung, Forsteinrichtungen, Jagd und Fischerei zuständig.

Das Dezernat wurde gebildet, weil es auf diesem Gebiet gegenüber früher erhebliche Mehrarbeit in Verbindung mit der Bildung der neuen Jagdgenossenschaften und mit der Jagdverpachtung gibt.

Die Stadt Kelkheim hat wie in jedem Jahr eine Aufstellung der Schüler zusammengestellt, die an den verschiedenen Schulen der Stadt unterrichtet werden. Die fünf Grundschulen in Kelkheim werden von insgesamt 1.157 Schülern besucht. Die Zahl ist gegenüber dem Vorjahr wiederum um 34 zurückgegangen. Die Zahl der Klassen hat sich um zwei auf jetzt 45 vermindert.

Die Grundschule Sindlinger Wiesen und die Albert-von-Reinach-Schule in Fischbach haben 1981 je eine Klasse weniger als im Vorjahr. Im Einzelnen haben die Grundschulen Sindlinger Wiesen 13 Klassen, davon eine Vorklasse, die Pestalozzische Schule und Max-von-Gagern-Schule je acht Klassen, die Albert-von-Reinach-Schule zehn Klassen, die Grundschule Rossert, bestehend aus Ruppertshain und Eppenhain, zusammen sechs Klassen.

Bei den Gesamtschulen im Bereich der Stadt Kelkheim hat die Eichendorffschule um 65 Schüler auf jetzt 1.305 Schüler abgenommen. Auch die Zahl der Klassen ist an dieser Schule von 45 auf 43 gesunken. Die beiden Klassen, die im Vergleich zum Vorjahr weniger gebildet wurden, vermindern den Bereich der Förderstufe. Es wachsen weniger Schüler aus der Grundschule in die Mittelstufe nach.

In den einzelnen Stufen ergeben sich folgende Zahlen für Schüler und Klassen: Die Förderstufe an der Eichendorffschule hat 365 Schüler in 12 Klassen, der Hauptschulzweig 216 Schüler in acht Klassen, der Realschulzweig 393 Schüler in 12 Klassen und der gymnasiale Zweig 311 Schüler in 11 Klassen. Die Eichendorffschule wird von Schülern aus den Stadtteilen Münster, K.-Mitte und aus der Gemeinde Liederbach besucht.

Die Staufenschule in Fischbach hat einen Zugang von 15 Schülern gegenüber dem Vorjahr auf jetzt 861 Schüler. Sie wird von Schülern aus den Stadtteilen Hornau, Fischbach, Ruppertshain und Eppenhain besucht. In dieser Gesamtschule werden in der Förderstufe 265 Schüler in neun Klassen, im Hauptschulzweig von 125 Schülern in sechs Klassen, im Realschulzweig von 230 Schülern in acht Klassen unterrichtet. Die Zahl der Klassen ist um eine zusätzliche im gymnasialen Zweig eingerichtete Klasse auf 31 gestiegen.

Die Gymnasiale Oberstufe in Kelkheim wird zurzeit von 334 Schülern in 171 Kursen besucht. Hier ist die Schülerzahl nochmals um 46 gestiegen, was sich aus der Tatsache erklärt, daß sich die Schule im Aufbau befindet. Die Zahl der Kurse liegt um 20 höher als im Vorjahr.

Die Gustav- Lesemann- Schule (Sonderschule), die den gesamten Ostteil des MTK betreut, hat 18 Schüler weniger als im Vorjahr, insgesamt werden jetzt noch 128 Schüler, die in neun Klassen unterrichtet werden. Im Vorjahr waren es noch elf Klassen.

An den öffentlichen Schulen in der Stadt Kelkheim wurden am Stichtag (15.9.1981) 3.785 Schüler unterrichtet, 66 weniger als am gleichen Tag des Vorjahres. Die Zahl der Klassen ist heute mit 128 um fünf gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Die durchschnittliche Klassenstärke hat sich bei den Grundschulen geringfügig von 25,43 auf 25,71 erhöht. Bei der Gesamtschule Kelkheim ist sie geringfügig von 30,44 auf 30,35 zurückgegangen, bei der Gesamtschule Fischbach ebenfalls von 28,20 auf 27,77. Die Klassenstärke der Sonderschule hat sich von 13,27 leicht auf 14,22 erhöht.

Am Privatgymnasium Dr. Richter werden zur Zeit 564 Schüler unterrichtet. Im Vorjahr waren es 533. Die Mittelstufe des Privatgymnasiums wird von 304 Schülern besucht, die Oberstufe von 260 Schülern.

Fasst man alle zehn Schulen im Gebiet der Stadt Kelkheim, öffentliche und private, zusammen, so ergibt sich eine Schülerzahl von 4.349 Schülern am Stichtag. Die Zahl liegt nur um 25 weniger als im Vorjahr. Die Zeiten, in denen sich die stark abgesunkenen Geburtenziffern in schwachen Jahrgängen auswirkten, scheinen vorüber zu sein. Die Schülerzahl beginnt sich, nach starken Verminderungen, zu stabilisieren.

Mit einem Richtfest feierte die Münsterer St. Dionysiusgemeinde "die Halbzeit" für die Errichtung des neuen Pfarrzentrums. Es entsteht auf dem Gelände der Gemeinde, auf dem sich bisher der Parkplatz befand und wo sich früher die Karussells bei Kirchweihfesten oder ähnlichen Anlässen drehten. Die Planung für den Neubau begann schon vor einigen Jahren, als sich herausstellte, daß das Jugendheim aus den Nähten platzte. Der größere Raum über dem Kindergarten war für Veranstaltungen der Pfarrgemeinde viel zu klein, Küche und Toilette entsprachen nicht mehr den Anforderungen. Ein Erweiterungsbau erschien den Fachleuten nicht sinnvoll und auch das bischöfliche Ordinariat stimmte einem Neubau zu. Nun tauchte natürlich die Frage der Finanzierung auf. Aus Limburg kam nur ein kleiner Zuschuss, der ohnehin für die Erneuerung des alten Jugendheimes bereitgestellt war. Erst größere Spenden innerhalb der Gemeinde machten die Finanzierung möglich und im Verwaltungsrat hofft man sehr, daß sich auch die Stadt Kelkheim trotz der leeren Kassen an der Finanzierung beteiligt. Vielleicht der schönste Teil der ganzen Anlage könnte der Gemeinschaftsraum werden, der auch als Altentagesstätte und für andere Veranstaltungen dienen soll. Er wurde in der alten Scheune eingerichtet, die schon vor Jahren von der Kirchengemeinde erworben worden war. Der eigentliche Neubau - die Planung übernahm das Kelkheimer Architektenbüro Wittekind & Koblitz - besteht aus einem größeren Saal mit einer Bühne. Im Zwischenbau, der diesen Neubau und die ehemalige Scheune verbindet, befinden sich Küche, Vorratsraum, Garderobe und Toiletten. In der Pfarrgemeinde ist man sicher, daß diese Anlage ein Markstein bei der Gestaltung des Ortsteils Münster mit der Kirche und dem Alten Rathaus werden wird.

2.10.1981: Einen wahren Ansturm von Gratulanten musste Heinz Krug anlässlich seines 70. Geburtstages über sich ergehen lassen. Da kamen Karlheinz Barber im Auftrag der Vereinsringe von Kelkheim und Münster, Vertreter der Kreishandwerkerschaft, an ihrer Spitze Heribert Buch, Willi Schreiber brachte Grüße namens der Radsportabteilung der TSG Münster und des Hessischen Radsportverbandes, der Vorstand der Bundesehrengilde Main-Taunus, vertreten durch Josef Gehring, Grüße vom Liederkrantz Münster übermittelte Heinrich Müller und von der Elektroinnung Heinz Weyel, Kurt Born und Hans Peter Heß. Seitens der Stadt sprach Bürgermeister Dr. Stephan eine kurze Laudatio, in der er vor allem das "Reiseunternehmen Krug" in den Mittelpunkt stellte, durch dessen Organisation vielen Bürgern der Stadt und des MTK, interessante Fahrten nach Österreich, Frankreich, England und natürlich innerhalb der Bundesrepublik ermöglicht wurden.

Widerstand und Zustimmung zur neuen Verkehrsführung in der Stadtmitte. Wie nicht anders zu erwarten: begeisterte Zustimmung bei den einen, erbitterte Ablehnung bei den anderen. Die Rede ist von der neuen Verkehrsführung mit der gleichfalls neuen Ampelanlage im Bereich der Frankfurter Straße und der Parkstraße sowie im Straßenzug Altkönigstraße, Parkstraße, Münsterer Straße und Johann-Strauß-Straße. Unter dem Strich: Die Kelkheimer tun sich noch sehr schwer mit der neuen Regelung. Deshalb auch ziemlich heftige Kritik aus den Reihen der Autofahrer, die sich nicht damit Abfinden können, daß sie auch beim Autofahren etwas denken sollten, daß sie vorher überlegen, wohin sie fahren wollen, um das Problem des verbotenen Abbiegens an verschiedenen Stellen zu umgehen.

Stauungen deshalb auf der Frankfurter Straße. Zustimmung bei vielen Bewohnern der Münsterer Straße und der Johann-Strauß-Straße, die nach der Änderung erheblich weniger Verkehr als früher haben. Widerstand aber auch aus einer Richtung, die wohl nicht erwartet worden war. Von den Kelkheimer Kaufleuten, die im Bereich der Frankfurter Straße zwischen der Parkstraße und der Hauptstraße ihre Geschäfte haben. Sie beklagen zum Teil ganz erhebliche Umsatzrückgänge und führen das vor allem wohl darauf zurück, daß man aus der Parkstraße kommend nicht mehr rechts in die Frankfurter Straße abbiegen darf.

Von diesen Geschäftsleuten kommt auch die bittere Bemerkung, man könne gleich oben an der Frankfurter Straße ein Schild mit dem Hinweis anbringen: "Einkaufszentrum Frankfurt-Höchst so und soviel Kilometer." Dieser Effekt ist sicherlich nicht beabsichtigt gewesen, weil sich im Bereich der Hauptstraße, hinter der Frankfurter Straße, genügend Parkplätze befinden.

Mit einer Presseerklärung nimmt die FWG zur neuen Verkehrsführung im Bereich der Frankfurter Straße und der Parkstraße kritisch Stellung. In dieser Erklärung, in der betont wird, daß sich die von der FWG erhobenen Bedenken bestätigt hätten, entsprechendes Geld hätte gespart werden können, werden folgende Punkte angeführt:

- a.) Eine "grüne Welle" gibt es für den Verkehr aus der Parkstraße in Richtung Nach dem Busch. Wer aus Richtung Fischbach, Ruppertshain, Eppenhain kommt, fährt gut, wenn er die Altkönigstraße benutzt - obwohl diese doch verkehrsberuhigt werden soll!

- b.) Verkehrsberuhigt sollte auch die Münsterer Straße werden, doch sie ist für den abbiegenden Verkehr Nach dem Busch - Parkstraße - Münsterer Straße zur Vorfahrtsstraße hochgestuft.
- c.) Der Verkehr aus der Parkstraße in Richtung Münsterer Straße ist gezwungen, die neue Ampelkreuzung in Geradeaus-Richtung zu überfahren und eine große Schleife zu fahren - die überflüssige Verkehrsbelastung dieser Straße ist auffällig -, es sei denn, man benutzt den Parkplatz gegenüber dem Central-Cafe' als Abkürzung in Richtung Frankfurter Straße - Münster (und davon wird viel Gebrauch gemacht!).
- d.) Die Frankfurter Straße ist bevorrechtigt gegenüber der Straße Nach dem Busch und der Parkstraße, hat aber nur eine verkürzte Grünphase. Damit wird - entgegen der Vorstellung der übergeordneten Verkehrsbehörde (RP) de facto eine "abknickende Vorfahrt" erreicht (Frankfurter Straße in Richtung Nach dem Busch).
- e.) Und schließlich: Die armen Fußgänger, die an dieser Kreuzung Straßen überqueren wollen. Ihr Leid zu schildern, würde Seiten füllen.

Die FWG knüpft an diese Punkte die Frage, wie viele Unfälle passieren müssten, wie viele Unwillensäußerungen es von den Bürgern geben müsse. Man solle, nachdem erkannt worden sei, daß diese Regelung falsch sei, diese Einrichtung nicht aus bloßen Parteigründen aufrechterhalten, eine Einrichtung, die von der FWG als gefährlich bezeichnet wird, von den verkehrsrechtlichen Problemen ganz zu schweigen.

Und es hat auch während der Möbelausstellung gezeigt, daß der Verkehr in der Frankfurter Straße relativ gut und zügig lief, als die Ampelanlage ausgefallen war. Das könnte bedeuten - wie auch sowieso schon immer wieder von uns für das Stadtgebiet und für die Ampeln in Liederbach gefordert: Stellt die Dinger doch in den verkehrsschwächeren Zeiten ab. In den Stoßzeiten haben sie ihre Berechtigung, damit jeder zu seinem Recht kommt.

Gewisse Änderungen wären weiter denkbar. So die Wegnahme von Parkuhren gegenüber der Töpferstraße, um hier ein Linksabbiegen in diese Straße mit einer entsprechenden Spur zu ermöglichen. Denn wer hier links abfahren will und warten muss, blockiert den ganzen von Norden nach Süden rollenden Verkehr vor der Volksbank. Und noch etwas: Zügiges Anfahren an der Ampel bei Grün trägt sicherlich auch zum schnelleren Durchfahren der Kreuzung bei, so daß viel mehr Autos abfließen können, als das manchmal geschieht.

Allerdings beachten viele Kraftfahrer noch nicht die Schilder für die vorgeschriebene Fahrtrichtung. So ignorieren nach wie vor viele von ihnen das Linksabbiege-Verbot aus der Münsterer Straße in die Parkstraße, wie auch das untersagte Abbiegen aus der oberen Parkstraße in die Münsterer Straße. Hier geht man nach wie vor der lieben alten Gewohnheit nach: einfach mal abbiegen, schadet ja nichts, sieht ja doch keiner! Diese PS-Kutscher sind im Irrtum. Erstens hat Hauptkommissar Breuning von der Kelkheimer Polizeistation vor einiger Zeit erklärt, wo Bürger durch andere belästigt würden, greife man in Zukunft ein. Und man schrecke da vor niemanden zurück!

Und noch eines: Das Abbiegen in die Frankfurter Straße von der Parkstraße her nach rechts, also nach Süden, ist gleichfalls unterbunden. Kelkheimer, die in diesem Bereich einkaufen wollen, sollten sich dadurch nicht irritieren lassen. Hinter dem Haus Grombach an der Hauptstraße - bequem vom neuen Durchstich der Parkstraße zu erreichen - liegt ein sehr großer Parkplatz. Von hier aus kommt man in die Frankfurter Straße sehr schnell und auf kürzestem Wege durch eine Passage, so daß keines der Geschäfte - sei es Brillen-Ufer, sei es Horstwinfried Bodesheimer, sei es Dresdner Bank, sei es die Commerzbank, das Jeans-Corner, sei es das Kelkheimer Reisebüro oder sei es Sportivo - schlecht zu erreichen ist. Man muss den Einkauf halt nur ein bisschen vorplanen, zumindest, was das Hinfahren zu den Geschäften anbelangt.

Im Haushalt des Jahres 1981 waren für den Ausbau von Fahrbahndecken insgesamt Mittel in Höhe von 255.000 DM bereitgestellt worden, außerdem standen aus dem Vorjahr noch Haushaltsreste in Höhe von 33.322 DM zur Verfügung.

In Eppenhain wurde die Straße Am Buchwald, in Ruppertshain der Ludwig- Schäfer -Weg mit einer neuen Decke versehen, in Fischbach die von- Reinach- Straße und die Münichwieser Straße, in K.-Mitte der Verbindungsweg zwischen der Parkstraße und der Straße Neue Heimat, in Münster Teile der Hattersheimer Straße, in Hornau der Weg zwischen der verlängerten Rotebergstraße und der Sportanlage Am Reis (Kühtrieb). Die Kosten für diese Maßnahmen betragen rund 200.000 Mark.

Vorgesehen ist noch der Ausbau der Fahrbahndecke in der Winkelstraße in Fischbach. Hier konnten die Arbeiten noch nicht ausgeführt werden, weil noch Leitungen der Gas AG verlegt werden müssen. In der unteren Hornauer Straße sollen die Kanalarbeiten in Kürze beendet werden. Der Fahrbahnausbau im Teilstück zwischen Bahnstraße und Weberstraße steht noch aus. Auch hier soll der Fahrbahnausbau in diesem Jahr noch abgeschlossen werden.

Bei der Jahreshauptversammlung des CDU-Stadtverbandes im Fischbacher Bürgerhaus wurde Dr. Klaus Fischer wieder in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Dr. Fischer ist seit 1975 Vorsitzender des CDU-

Stadtverbandes. Als stellvertretender Vorsitzender löste Dieter Philipp den bisherigen Stellvertreter Ludwig Ditsch ab, während Christel Manemann im Amt bestätigt wurde. Hier die weiteren Vorstandsmitglieder: Schriftführerin wurde wieder Ursula von Halasz, Schatzmeister Kilian A. Grimm. Als Beisitzer kam Jutta Kroneberger aus Ruppertshain für Dr. Reinhard Kunz in den Vorstand. Norbert Betzel wurde bestätigt, Erich Steiner ersetzt Dieter Philipp, Elfriede Fluck kam für Kordula Abramski und Lothar Goldschmidt für den weggezogenen Jürgen Becht. Willi Dorn blieb Beisitzer wie auch Thomas Weck von der Jungen Union. Kraft ihrer Ämter sind weiter im Vorstand: Bürgermeister Dr. Stephan und CDU-Fraktionsvorsitzender Erhard Roser.

30.10.1981: Schnellere Antworten auf Schreiben von Bürgern versprach Bgm. Dr. Stephan bei der heutigen Stadtverordnetensitzung, nachdem mehrere Stadtverordnete diese Anfrage an den Magistrat gestellt hatten. Dr. Stephan erläuterte, daß es für Zwischenbescheide keine generelle Regelung oder Mustervorschriften geben sollte. Es sei aber vielmehr festgelegt worden, daß dem Bürger innerhalb von 14 Tagen ein Zwischenbescheid erteilt wird, wenn die voraussichtliche Bearbeitungszeit mehr als drei Wochen dauern werde. Aus diesem Zwischenbescheid soll hervorgehen, daß die Anfrage im Amt angekommen ist und wann mit der Erledigung zu rechnen ist.

Innerhalb der Bauanträge ergehe sofort eine Nachricht mit dem Hinweis, daß zwei Ausfertigungen des Bauantrages bereits an die Kreisverwaltung weitergeleitet wurden und die Stellungnahme des Magistrats an den Kreis nachgereicht werde. Für Negativentscheidungen wurde festgelegt, diese in Form eines Zwischenbescheides an den Antragsteller zu geben.

Bei Anregungen und Bedenken zu Bebauungsplänen soll den Bürgern ein Zwischenbescheid zugesandt werden. Hierbei werde darauf hingewiesen, daß sich die Beantwortung der Anregungen und Bedenken längere Zeit hinziehen könne, da die städtischen Gremien entsprechend über die Anregungen und Bedenken zu beschließen hätten.

Als man anschließend zur Beratung der einzelnen TOP kam, wurde es eine Sitzung, in der selbst ausgefuchste Kommunalpolitiker manchmal nicht wussten, wo es lang ging. Es war die Sitzung, in der CDU-Stv. Anton Stephan, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Kommunalpolitiker und seit über 20 Jahren mit aller demokratischen Überzeugung für die Stadt tätig, sich gegen persönliche Diffamierungen in gewissen Formulierungen anderer Stadtverordneter verwahrte. Es war auch die Sitzung, in der die Vorsteherin Frau Bock dem Stv. Hans-Jürgen Lutz (UKW) wegen ungebührlichen Verhaltens das Wort entzog und die Sitzung, die insofern mit einem Eklat endete, als das Thema "Abwasser" für einige Stadtverordnete nicht genügend ausdiskutiert erschien und einfach durch Abstimmung beendet wurde. Relativ ruhig ging die Frage des Nachtragshaushalt über die Bühne. Ein Antrag der SPD-Fraktion, im Nachtragshaushalt 3.500 DM für eine Gesangsanlage für den Jazzclub einzustellen wurde mit 23 Stimmen gegen 11 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Dem Nachtragshaushalt 1981, der im Verwaltungshaushalt mit 36.113.133 DM ausgeglichen und im Vermögenshaushalt ausgeglichen mit 13.932.640 DM abschließt, wurde mit 23 Stimmen gegen 11 Stimmen bei 10 Enthaltungen zugestimmt. UKW und FWG enthielten sich der Stimme, weil sie ja auch nicht am eigentlichen Haushaltsplan beteiligt gewesen seien. Einig waren sich CDU und SPD insofern, daß der kommende Haushalt so zu führen sei, daß trotz eines gesunden Sparens noch genug Mittel für Investitionen zur Verfügung stünden. Zur Vermeidung von weiteren Schäden am Dach des alten Ruppertshainer Rathauses wurde einstimmig beschlossen, von den 100.000 DM, die im HH-Plan 1981 mit einem Sperrvermerk versehen waren, 30.000 DM freizugeben.

Den Hauungs- und Kulturplänen für das Forstwirtschaftsjahr 1982 wurde einstimmig zugestimmt. In dem Hauungsplan 1982 ist ein Gesamteinschlag von 2.255 fm gegenüber 2.170 fm 1981 vorgesehen. Die daraus erwarteten Einnahmen sind mit 163.000 DM einschließlich der Nebennutzung eingesetzt. Diesen Einnahmen stehen Holzverbauungskosten in Höhe von 147.875 DM und Beförsterungsbeiträge von 26.000 DM sowie Kulturkosten in Höhe von 184.520 DM, insgesamt also 358.395 DM gegenüber.

Der Gesamtzuschuss beläuft sich somit auf 195.395 DM für 1982 gegenüber dem vorgesehenen Zuschuss für 1981 von 233.229 DM. Ferner wird für den weiteren Ausbau des Parkwaldes Eppenhain im Vermögenshaushalt 1982 eine weitere Teilsumme von 15.000 DM genehmigt. Für den Stadtwald Kelkheim ist die Anpflanzung von 50.860 Bäumen gegenüber 53.510 für 1981 vorgesehen. Von diesen Bäumen entfallen 1982 auf Nadelbäume 12.435 Stück und auf Laubbäume 38.425 Stück.

Als dann die Sprache auf das Thema "Rettershof" mit dem nicht erwarteten Einnahmeausfall aus Pacht und anderen Sparten kam, wurden die Diskussion schon lebhafter. Stv. Krützfeldt (FDP) meinte, daß der Rettershof nun schon zwei Jahre der Stadt gehöre und noch immer kein Gesamtkonzept über die Nutzung bestehe. Man müsse sich endlich darüber klar werden, was mit dem Hofgut geschehen solle. Die FDP wolle entsprechende Vorschläge ausarbeiten und den Gremien vorlegen.

Ein Konzept könne auch die FWG nicht erkennen, meinte Stv. Moormann zu diesem Thema, als der Nachtrag zum Pachtvertrag zwischen der Stadt Kelkheim und der Gutsverwaltung Rettershof zur Sprache kam. Einig waren sich SPD (Stv. Günter Schölzel) und FWG, daß sie mehr Offenheit und Transparenz

verlangten, beide bescheinigten aber auch der Verwaltung, daß sie wohl - und niemand im Rathaus ist ein Landwirtschaftsexperte - viele Dinge nicht habe vorhersehen können.

Stv. Erhard Roser (CDU) zum Stv. Kündiger (UKW) gewandt, der massive Kritik an der Geschäftsführung geübt hatte: "Ich muss meinen Vorredner fragen: Verstehen Sie nicht oder wollen Sie nicht verstehen?"

Stv. Kündiger: "Besser als Sie, Herr Roser!"

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Roser bemängelte auch, daß Stv. Moormann (FWG) und Stv. Kündiger (UKW) seit der Sitzung des HFA - Ausschusses ihre Meinung geändert hätten und an Stv. Moormann gewandt: "Sie können das Objekt ja wieder verkaufen!" Dessen Antwort: "Ne, unverkäuflich!" Dem Abschluss eines 1. Nachtrags zum Pachtvertrag zwischen der Stadt Kelkheim und der Rettershof GmbH wurde mit 23 Stimmen gegen 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Als der Stv. Anton Stephan in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des HFA - Ausschusses den Bericht zum Nachtrag zum Treuhändervertrag der Steg mit der Stadt Kelkheim gab, nahm er das zum Anlass, um sich mit einer Stellungnahme gegen Bemerkungen der UKW zur Wehr zu setzen. Es ging schlichtweg darum, daß die UKW auf dem Standpunkt steht, diese Entwicklungsgesellschaft habe bei der Planung der Stadtmitte Gelder vergeudet, habe wider besseres Wissen innerhalb der Stadtmitte Häuser abreißen lassen und dies sei vom Parlament nicht demokratisch kontrolliert worden. Stv. Anton Stephan bezog den Vorwurf der Verschleuderung öffentlichen Eigentums als Vorsitzender des HFA - Ausschusses auf sich und verwarfte sich gegen solche Anwürfe. Bei einem Ausschussbericht seien solche Bemerkungen nicht rechters, wurde dem Stv. Stephan bedeutet und Stv. Roser entschuldigte sich als Fraktionsvorsitzender der CDU für die Form dieses Vortrags, aber nicht für den Inhalt.

Und als Stv. Albrecht Kündiger auf dem Thema Stadtmitte weiter herumritt, wurden auch Gesichter in den Reihen der zum Teil gegenüber der UKW doch recht toleranten SPD immer länger. Verständnislosigkeit machte sich breit. Stv. Roser meinte dann auch (der Stv. Kündiger hatte von einer "Abrissgesellschaft" gesprochen): "Wir haben seit Jahren einen Finanzbeirat für die Steg, in dem Abgeordnete aller im Parlament vertretenen Parteien tätig sind. Daß Sie und die Mitglieder der FWG noch nicht darin vertreten sind, liegt einfach daran, daß Sie hier im Haus noch zu jung sind," und auf den Stv. Stephan bezogen:

"Einen solchen Menschen kann auch mal der Gaul durchgehen, wenn er sich solchen Anwürfen eines Unwissenden, wie des Herrn Kündiger, der von wirtschaftlichen Zusammenhängen keine Ahnung hat, ausgesetzt ist. Von der Sache her hat das im Ausschussbericht nichts zu tun gehabt, das sehe ich ein." Stv. Roser meinte, daß es der UKW einfach nicht anstehe, in dieser Form mit einem verdienten Mitglied des Parlaments umzuspringen, aber sagte auch resignierend, daß man wohl - so lange die UKW im Parlament sei - mit solchen Formulierungen vorlieb nehmen müsse. Daran müsse man sich eben gewöhnen.

Darauf Stv. Kündiger: "Sie müssen sich auch an demokratische Spielregeln gewöhnen, Herr Roser!" Stv. Roser: "Die demokratischen Spielregeln sind ganz einfach. Sie können sagen, daß Sie solche Dinge nicht wollen, oder daß Sie solche Dinge nicht wissen. Aber nicht einfach unterstellen, daß das Geld der Stadt Kelkheim oder ihrer Bürger verplempert oder verbuttert wird!"

Stv. Wellershaus (SPD) erinnerte daran, daß augenblicklich der Wettbewerb zur Stadtmitte stattfinde, und daß hier nichts über die Bühne gehe ohne parlamentarische Kontrolle. Stv. Kündiger dann nochmals nachfassend: Warum dann erst abgerissen werde, bevor man plane? Dem Abschluss eines 2. Nachtrages zum Treuhändervertrag zwischen der Stadt Kelkheim und der STEG über die Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen wurde mit 39 Stimmen gegen 5 Stimmen zugestimmt.

Völlig überfordert dürften jedoch die meisten Stadtverordneten gewesen sein, als es an das Thema Abwasser ging. Stv. Moormann rügte mit aller Eloquenz des versierten Anwalts redaktionelle Fehler in dem Entwurf, zeigte auf, wo Formulierungen schief waren und verlangte Korrekturen. Der Bürgermeister, gleichermaßen Jurist, hielt ihm entgegen, daß man sich bei solchen Entwürfen auf die Vorlagen von Gremien wie Städtetag und ähnliche Einrichtungen verlassen müsse. Er sei mit seiner Verwaltung absolut überfordert, wenn er eine neue Überarbeitung des Textes vorlegen solle, zumal im Rathaus mit seiner relativ kleinen Verwaltung ja auch Experten nicht für jeden Themenkreis zur Verfügung stünden. Die Korrekturvorschläge der UKW hatten vielmehr Umweltfragen zum Inhalt. Vor allem seien die Grenzwerte der chemischen Stoffe im Abwasser zu hoch angesetzt und sollten zumindest auf ein "umweltverträgliches Mindestmaß" herabgesetzt werden. Anerkannt wurde in diesem Zusammenhang von anderen Stadtverordneten, daß sich die UKW erhebliche Mühe mit der Ausarbeitung ihrer sachlichen Änderungswünsche gemacht hatte, und diese entsprechend - wenn auch - mit Hilfe von Experten für die Sitzung aufarbeitete.

Und so hieß es weiter, daß man sicherlich noch etwas mehr über dieses Thema hätte sprechen können. Die Diskussion über diese Frage wurde jedoch durch einen plötzlichen Antrag aus den Reihen der CDU beendet. Man forderte eine Abstimmung, die dann auch kurzfristig erfolgte, und schon war die Abwassersatzung für das Parlament erledigt. Der Abwassersatzung wurde mit 34 Stimmen ohne Gegenstimmen zugestimmt, weil bereits 10 Abgeordnete (UKW und FWG) den Plenarsaal verlassen hatten.

Auch die BIK im BUND meldete sich zur neuen Verkehrsregelung in der Stadtmitte zu Wort und zog folgende Bilanz: "Die neue Verkehrsregelung Stadtmitte hat zweifellos eine größere Anzahl von Verkehrsteilnehmern gezwungen, die überörtlichen Straßen auf kürzerem Wege anzunehmen. Die geplante "grüne Welle" von der Frankfurter Straße über die Straße Nach dem Busch zur B 519 wird diesen Effekt sicher noch verstärken. Andererseits wurde das Verkehrsaufkommen einiger Wohnstraßen auf Kosten anderer Straßen halbiert. Aufgrund der Zahlenergebnisse scheint es absurd, die Altkönigstraße zum Beispiel auch noch verkehrsberuhigt auszubauen."

Dieses Ergebnis und die einzelnen Zahlen der Zählung hat BIK im BUND in einem Brief dem Magistrat der Stadt Kelkheim mitgeteilt und dabei erläutert, daß die Verkehrszählungen vor und nach der neuen Regelung vorgenommen wurden, jeweils 30 Minuten lang, bei schönem Wetter. Das Verkehrsaufkommen in Straßen, wo sich die Anwohner über zu viel Verkehr vor der Haustür beklagen, sei jetzt zum Teil stark reduziert.

Während des morgendlichen Berufsverkehrs in der Stadtmitte hätten sich folgende Zahlen ergeben, jeweils in Klammern die Zahlen aus der Zeit vor der neuen Verkehrsregelung: Altkönigstraße (Einmündung Parkstraße) 104 (146), Münsterer Straße (Einmündung Parkstraße) 046 (094), Johann-Strauß-Straße (Abzweigung Hallwielweg) 098 (202), Frankfurter Straße (Höhe Dresdner Bank) 340 (442), Straße Nach dem Busch (Liederbachbrücke) 332 (270), Gagernring (Liederbachbrücke) konstant 304 (304), Fischbacher Straße (Möbel Bornemann) konstant 514 (514).

Der morgendliche Berufsverkehr sei vor und nach der neuen Regelung flüssig gewesen, unerfreuliche Stauungen seien erst durch den "hausgemachten Verkehr", also durch Autobewegungen innerhalb des Ortes durch einkaufende Hausfrauen, andere berufliche oder Privatfahrten als beim Frühverkehr und ähnlichen Anlässen entstanden. Das sei auch in den Abendstunden zu bemerken gewesen. Und wörtlich weiter: "Selbst gegen Mittag von 11.30 bis 12.00 Uhr wurden an der Frankfurter Straße (Kiosk Walch) 504 Fahrzeuge gezählt. Diese Zahl entspricht beinahe der morgendlichen Belastung durch den Berufsverkehr. Gegen 17.30 bis 18.00 Uhr wurden dort 692 Einheiten gezählt, wenn auch noch der abendliche Berufsverkehr hinzukam. Somit ist dieser Sonderabschnitt der am stärksten belastete in Kelkheim. (Es ist am einfachsten, den Verkehr dorthin zu verlagern, wo man von vornherein mit keinem Widerstand rechnet.)" Und abschließend heißt es: "Bewohner der westlichen Stadtbereiche sind jetzt entweder gezwungen, weite Umwege in Kauf zu nehmen, oder sich Schleichwege zu schaffen.

Der Parkplatz Stadtmitte hat zur Zeit drei zusätzliche Funktionen: Abkürzung, Wendeplatz, Entlastungsstraße. Die Fußgänger wurden bei der Planung wenig berücksichtigt. Auch die Frankfurter Straße, die früher die Stadtteile des ehemaligen, nicht wegzuleugnenden Straßendorfes verband, ist nun ihrer Funktion beraubt. Durch zu kurze Grünphasen - die zwar sinnvoll sind, um den Berufsverkehr zu lenken - kommt es tagsüber zu langen Fahrzeugschlangen. Wäre hier dann durch Ausschaltung oder längere Grünphasen Abhilfe möglich? Wie viele Ampeln und andere verkehrslenkenden Maßnahmen müssen übrigens in Kelkheim und Fischbach zusätzlich installiert werden, um nach dem Bau der - so dringend geforderten - Bundesstraße 8 die Kraftfahrer zu zwingen, diese auch anzunehmen?"

6.11.1981: In der Stadtverordnetensitzung stellte der Stv. Moormann (FWG) den Antrag, den Beschluss der letzten Stadtverordnetenversammlung betreffend der allgemeinen Abwassersatzung aufzuheben, wurde von den Stadtverordneten mit 33 Stimmen gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Stadtverordneten stimmten der Neufassung der Abwasserbeitrags- und gebührensatzung mit 37 Stimmen gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen zu. Die Abwassergebühren wurden zum 1.1.1982 um 0,65 DM auf 2,25 pro cbm Abwasser erhöht.

Weiterhin beschlossen die Stadtverordneten die Gebührensatzung zur Satzung über die öffentliche Müllabfuhr in der Stadt Kelkheim; sie legten die Müllabfuhrgebühren wie folgt fest: 50 Ltr. Mülltonne pro Jahr = 109,80 DM (monatl. 9,15 DM), 120 Ltr. Mülltonne pro Jahr = 109,80 DM (monatl. 9,15 DM), zweite. 50 Ltr. Mülltonne pro Jahr = 78 DM (monatl. 6,50 DM), Einzelpreis für Müllsäcke = 1,80 DM. Dem Beschluss wurde mit 37 Stimmen gegen 5 Stimmen zugestimmt.

Die Stadtverordneten folgten auch einem Beschluss des HFA - Ausschusses, die Schülerbeförderung zwischen Hornau und Fischbach mit Bussen der Kleinbahn - wie seither - auch über den 31.10.1981 hinaus weiterzuführen. Die Eltern haben die im Stadtbusverkehr zu zahlenden Tarife für Monats-, Wochen- und Einzelkarten zu erbringen. Für den an die Kleinbahn zu zahlenden Subventionsbetrag tritt die Stadt in Vorlage. Diese Regelung gilt zunächst so lange, bis der MTK eine neue Entscheidung im Hinblick auf die Schülerbeförderung getroffen hat. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Ein Antrag der UKW-Fraktion, daß während der Dauer der Stadtverordnetensitzung alle Anwesenden (auch die Zuschauer) im Plenarsaal das Rauchen einstellen sollen, wurde mit 18 Stimmen gegen 14 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Im Anschluss stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

6. bis 8.11.1981: Die Partnerschaftsausschüsse der Stadt Kelkheim und aus Saint-Fons beraten über die Aktivitäten des nächsten Jahres. Die beiden Partnerschaftsausschüsse haben bei ihrem Treffen für das

Jahr 1982 ein vorläufiges Programm erarbeitet. Die Vorschläge werden jetzt von den Vereinen und Verbänden erörtert. Die französischen Partner wollen im nächsten Jahr das 10-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit einem besonderen Treffen würdigen.

Zu Besuch nach Kelkheim kamen in diesem Jahr aus Saint-Fons 225 Personen. Die stärkste Beteiligung war Anfang Mai beim Besuch der L'Industrielle Harmonie, des Tennisclubs und des Skiclubs mit insgesamt 99 Leuten zu verzeichnen. Im Jahre 1981 besuchten insgesamt 184 Personen aus Kelkheim die Partnerstadt. Die stärkste Gruppe bildeten 57 Kelkheimer Bürger beim so genannten Jahrgangsfest im Mai dieses Jahres in Saint-Fons.

13.11.1981: Bürgerversammlung in der Münsterer Turnhalle zum Thema: "Vorschläge zur Gestaltung des Kirchplatzes Münster." Das Interesse an der Bürgerversammlung zu diesem Thema schien nur auf einen begrenzten Kreis von Bürgern beschränkt gewesen zu sein. Die Erhaltung des Platzes am Alten Rathaus ohne Bebauung scheint nur von einem "harten Kern" der Bürgervereinigung Altmünster kompromisslos vertreten zu werden. Fachleute und andere Bürger sprechen sich für eine nicht zu hohe, aufgelockerte Bebauung der Randgebiete des Platzes aus, um zu einer Abgrenzung zu kommen. Das etwa dürfte als Fazit aus der Bürgerversammlung zu ziehen sein, zu der mehr Mitglieder der Bürgervereinigung als Münsterer Bürger kamen, um etwa gleich vielen Mandatsträgern aus den städtischen Gremien und Fachleuten aus der Verwaltung gegenüberzusitzen.

Kernpunkt des Abends waren die vier Diplomarbeiten von Schülern der Frankfurter Fachhochschule für den Fachbereich Architektur, die sich - rein zufällig - mit der Ausgestaltung des Platzes um das Alte Rathaus beschäftigten. Damit sollte keine Vorgabe für spätere Planungen geschaffen werden. Es handelte sich lediglich um Prüfungsarbeiten. Da sowohl Schüler als auch Professor Rendel nicht mit der Münsterer Problematik vertraut waren, gab der Professor später unumwunden zu, daß alle zu dicht geplant hätten. Diese Arbeiten müssen keine mustergültigen Lösungen sein, hatte Prof. Rendel vorher gesagt, und weiter, es genüge nicht, daß dieses Gebiet irgendwie bebaut würde, sondern es komme darauf an, daß über die Zeiten geerbte Bausubstanz gerettet werden könne, wie Rathaus, Kirche und die vielen Fachwerkhäuser in der weiteren Umgebung.

Erster leidenschaftlicher Sprecher war Reinhard Herr von der Bürgervereinigung Altmünster. Er ließ die Bemühungen der Bürgervereinigung um das Rathaus, nun seit 15 Jahren "Dauerbrenner", Revue passieren, unterstrich, daß die Münsterer Bürger den Platz nicht bebauen wollen, verwies auf die Pläne von Architekt Friedrich E. Rosenberg, erinnerte an Versprechen der Verwaltung, besonders der des Bürgermeisters.

Weiterhin sprach Herr das Problem der Arztversorgung an, übte harsche Kritik an den Verkehrsproblemen im Stadtteil, gab den Ärger über die Königsteiner Straße wieder und fragte, warum denn Münster wohl keine Poststelle habe und erkundigte sich nach den Stand der Dinge in den Gebieten Schlemmer und Brühl.

Der Bürgermeister und Erster Stadtrat Klug beantworteten die Fragen von Reinhard Herr: "Man bemühe sich seit langem um einen Arzt, doch nach Statistiken der Ärztekammer sei Kelkheim mit Ärzten gut versorgt. Erster Stadtrat Klug erwähnte dabei auch, daß sich die meisten Ärzte in der Stadtmitte ansiedelten.

Zur Post: Nach den Richtlinien der Post können Nebenstellen nur eingerichtet werden, wenn sie mehr als einen Kilometer Luftlinie von der Hauptpost entfernt seien. Das sei in Münster nach dem Umzug des Hauptpostamtes in die Breslauer Straße nicht mehr der Fall, dafür erhielt Hornau aber ein eigenes Amt.

Zur Königsteiner Straße: Wie gehabt - kein Geld - und außerdem sei diese Straße ein Teil einer Bundesstraße und der Umbau erfordere hohe Anliegerkosten.

Auch zum Thema Brühl und Schlemmer gab es nichts neues. Auch zum Thema Bolzplatz konnten keine neuen Fakten genannt werden. Die Beschaffung eines geeigneten Grundstückes sei sehr schwierig, weil die Eigentümer meinen, ist erst einmal ein Bolzplatz eingerichtet, gäbe es kein Baugelände mehr.

Bgm. Dr. Stephan nahm dann sehr engagiert und kritisch zum letzten Leserbrief in der KeZ zur Verkehrsfrage Stellung: "Der Brief kommt aus einer ruhigen Gegend der Stadt. Kein Wort über die Bürger, die den Verkehr hinnehmen müssen, kein Wort über die gefährdeten Fußgänger, Schulkinder. Es ist unverständlich, wie jemandem ein paar Meter Umweg zu lang sein können. Die Einsicht vieler Mitmenschen ist einfach nicht ausreichend, daß man Münster tangential umfahren kann, um Mitbürger zu schonen".

Dann machte Wieland Koch, ein Münsterer Urgewächs, seinem Ärger Luft: "Ich frage mich welche Universität das nächste Mal geholt wird. Da sitzen Leute hier, die unter einem Vorwand nach Kelkheim geholt wurden. Und der Professor hat die Pläne gemacht, ohne uns, die werden wir dem Bürgermeister das nächste Mal voller Wut um die Ohren schlagen. Wir fühlen uns verarscht. Das sind doch alles Pläne wie gehabt, wir können doch selbst einen machen!"

Immerhin - die jungen Architekten und ihr Professor hörten voller Interesse zu und waren auch noch im Saal zu finden, als die Veranstaltung längst zu Ende gegangen war. Hinzu kam, daß sich auch ein paar (leider nur sehr wenige anwesende) Neubürger zu Wort meldeten. Sie tolerierten den Platz oder

wünschten sich eine leichte Randbebauung. Von den Altmünsterern jedoch wurde immer wieder darauf verwiesen: "Wir wollen diesen freien Platz. Nicht zuletzt feiern wir hier seit Jahren die Kerb, nicht zuletzt haben wir hier das Dallesfest ins Leben gerufen, das schon viel Geld fürs Rathaus brachte."

Jürgen Kilb: "Wir wollen die Feste erhalten! Und dafür muss man genügend Freiraum lassen!" Und Wieland Koch noch einmal: "Manchmal meint man, es solle so aussehen: Die Leute wollen den Platz nicht haben und sind blöd. Wir aber wollen die Feste und wichtig ist, wie wir den Platz annehmen. Bisher ist das alles akademisch gemacht! Für uns ist da nichts drin."

Wie gesagt: Fachleute, sofern sie wegen des Platzes angesprochen wurden, haben sich bis auf eine Ausnahme immer für eine Randbebauung ausgesprochen, aus den verschiedensten Gründen. Die können architektonisch-städtebaulich begründet sein, aber auch damit, daß ein solcher Platz nicht brachliegen sollte bis auf wenige Gelegenheiten, sondern mit Leben erfüllt sein muss, auch in wirtschaftlicher Hinsicht interessant sein könnte.

Das sprach auch Professor Rendel an, nachdem er die Problematik der Münsterer und ihrer Stadt Kelkheim erkannte. Er vertrat nach wie vor den Anspruch der Bebauung, redete aber einer leichteren Randbebauung das Wort, als in den Ausarbeitungen der jungen Architekten zugrunde gelegt worden war. Er sei überrascht, daß die Münsterer den Platz nicht bebaut haben wollen. Hier hätten doch einmal Häuser gestanden, und man kann doch sagen, wie dieser Platz mal ausgesehen habe.

Die SPD bezeichnete in einer Pressemitteilung die Vorgänge um den Münsterer Rathausplatz als Verzögerungstaktik. Die vier vorgelegten Entwürfe der jungen Leute hätten sich vor allem dadurch ausgezeichnet, daß die Münsterer Bürger in keiner Weise beteiligt gewesen seien. Dies sei auch mit Recht der Hauptpunkt der Kritik der Bürgervereinigung. Horst Remmecke meinte, es lägen nun 12 Pläne für diesen Bereich vor, geschehen sei aber noch nichts. Deshalb wolle die SPD durch geeignete parlamentarische Schritte darauf drängen, daß dieses "Plan(spiel)Stadium" überwunden werde.

"Ariane" mit Kelkheimer Hilfe im All. Sie heißt "Ariane", ist keine Frau, sondern eine "Europarakete" und bringt Forschungs- und Nachrichtensatelliten für Auftraggeber aus allen Ländern der Welt auf eine geostationäre Erdumlaufbahn. Was das mit Kelkheim zu tun hat? Eine ganze Menge. Und das ist noch nicht einmal fröhliche Angabe oder Weltraumlatein. Eine Kelkheimer Firma nämlich, die **EG & G Sealol** im Gagernring, hat mit ihrem erfahrenen Mitarbeiterstamm für die Europarakete "Ariane" wesentliche Spezialaggregate auf dem Gebiet der Dichtungstechnik entwickelt und damit gleichzeitig den erforderlichen Start der Rakete im Juni dieses Jahres mit sichergestellt.

Der Start der nächsten Europarakete "Ariane" ist bereits wieder in Vorbereitung. Er soll noch im Dezember dieses Jahres stattfinden. Die Nutzlast wird wiederum 1.750 Kg betragen. Damit hat sich die metallverarbeitende Industrie Kelkheims einen bedeutungsvollen Platz in der internationalen Entwicklungsarbeit geschaffen. Und abgesehen davon: Durch den Erfolg dieser Rakete fließen beachtliche Auftragswerte nicht nur nach Frankreich (als Entwicklungs- und Auftragspartner), sondern auch in die Bundesrepublik, so daß auch hier am Ort Arbeitsplätze gesichert werden, von der Außenhandelsbilanz einmal ganz zu schweigen.

Kelkheims EG & G Sealol lebt jedoch nicht nur vom Raketenbau allein. So befasst sie sich auch mit dem Abdichten von Pumpen und Verdichtern für die Anlagen in der Chemie und der Petrochemie, Für Betriebe also, in denen mit giftigen, aggressiven übel riechenden Chemikalien gearbeitet wird. Damit, so unterstreicht die Unternehmensleitung, leistet der Betrieb auch einen erheblichen Beitrag zur Reinerhaltung der Umwelt. Viele der Sealot-Produkte werden auch bei der Deutschen Lufthansa eingesetzt.

Geradezu hochkarätig in ihrer Präzision und Verarbeitung dürften aber die geschweißten Metallfalten-Bälge sein, die zum Teil zu den oben erwähnten Produkten zu finden sind, wie auch in Herzschrittmachern, in Kreiselkompassen für die Flugnavigation, in Dosierpumpen für die Lebensmittelindustrie, in Treibstoffbehältern für Satelliten und in anderen Anwendungsbereichen der neuesten Technologien.

Nikolaus Menke, der Sohn eines Euterpe-Gründers, ist 70 Jahre Mitglied des Männergesangvereins. Er wurde jetzt beim Familienfest der Euterpe Hornau im Saal des Vereinslokals "Schäfer-Jacob" besonders geehrt. Mit 18 Jahren ist der heute 88-jährige dem Verein beigetreten, sang 16 Jahre aktiv und hat ihm sein ganzes Leben lang die Treue gehalten. Trotz seines hohen Alters ließ es sich Nikolaus Menke nicht nehmen, vom angebotenen Stuhl aufzustehen und dem Chor Dank für diese Ehrung zu sagen.

Gleichfalls geehrt wurden an diesem Abend Josef Noll, der nun 50 Jahre lang zur Euterpe gehört und - wie es Vorsitzender Alfons Rempel launig formulierte - als zweiter Bass einer der Eckpfeiler des "linken Flügels" im Chor sei. Umrahmt war dieser Familienabend nicht nur mit Liedvorträgen des Frauenchores sowie des Männerchores, sondern auch mit lustigen Einlagen einiger Mitglieder. Zum Tanz spielte die Kapelle Mohr.

22.11.1981: Der Arbeitskreis Kelkheimer Filmamateure hatte im Auftrag des Magistrats über den historischen Festzug anlässlich der 1.200-Jahr-Feier im Jahre 1980 einen Farbfilm hergestellt. Dieser Film

wurde jetzt in mehrmaligen Vorführungen der Kelkheimer Bevölkerung im Plenarsaal des Rathauses vorgestellt.

27.11.1981: Die Frage der Jugendarbeit in Kelkheim ist in Bewegung geraten. In verschiedenen internen Veranstaltungen hat sich die CDU mit diesem Thema auseinandergesetzt. Zu einem Hearing über die Jugendarbeit in Kelkheim hatte der Jugend-, Sport- und Kulturausschuss in die Stadthalle eingeladen. An diesem Hearing nahmen nicht nur Mandatsträger teil, sondern auch Bürger, die Jugendarbeit selber leisten. Ziel war es, Grundsätze für die kommunale Jugendarbeit zu finden, die eine möglichst breite Basis in der Auffassung der Bevölkerung haben sollte.

Viel Neues wurde dabei aber nicht gesagt. Jedoch besteht vordergründig wohl der Wunsch nach mehr und günstigeren Räumlichkeiten. Umstritten bleibt nach wie vor die mit hohen Kosten verbundene Einstellung eines Jugendpflegers durch die Stadt. Während Bürger, die offene Jugendarbeit betreiben, die Einstellung eines Jugendpflegers mit koordinierender Funktion fordern, stünden Vereinsvertreter und Kirchen der Einstellung eines Jugendpflegers mehr oder minder ablehnend gegenüber.

Vom **27.11. bis 6.12.** führte die Kulturgemeinde ihre 3. große Hobbyausstellung im Rathaus durch. Mehr als 50 Aussteller zeigten die in ihrer Freizeit kunstvoll gefertigten Arbeiten aus verschiedensten Materialien wie Holz, Keramik, Zinn, Kupfer, Styropor, Glas, Emaille, Stoffe, Schnüre, Papier usw. Es waren Malereien aller Art, Grafiken, Web- und Spinnarbeiten, allgemeine Basteleien, Ikebana, Seidenblumen, Wurzelarbeiten, Puppen- und Marionetten, Patchwork, griechische Stickereien und vieles mehr zu bewundern.

2.12.1981: In der Frankfurter Straße 124 in Münster eröffneten heute Christa und Conny (C & C) ihren "Second Hand Shop", zu Deutsch, ein Geschäft, in dem man Dinge aus zweiter Hand kaufen kann. Die Geschäftsfrauen Christa Döll und Cornelia Albers betonen, daß sie ihr Angebot beschränken wollen. Sie bieten lediglich Sachen für Kinder in den Größen 0 bis 14 Jahren und zwar getragene Kindersachen, Spielzeug, Bücher und was für junge Paare wichtig ist, auch gebrauchte Kinderwagen.

4. bis 6.12.1981: Unter Mitwirkung des Bläserkreises der evangelischen Stephanusgemeinde und des Gesangvereins "Euterpe" Hornau wurde der 2. Kelkheimer Weihnachtsmarkt auf dem Rathausvorplatz eröffnet. Welch ein Pech für die Veranstalter in diesem Jahr, denn Schlackerschnee und Schmuttelwetter verursachte rote Nasen und kalte Füße bei vielen fleißigen Helfern, aber die Kelkheimer kamen trotz des "Sauwetters" in Scharen und kauften viele vorweihnachtliche Dinge. Gegen die kalten Füße und rotgefrorenen Nasen halfen heißer Tee und Glühwein und gegen den Hunger Bratwürste, Erbsensuppe oder Kuchen.

Die Fragen um die Zukunft der Vario-Werke Dichmann AG dürfte beantwortet sein. Die Neugliederung der Werke, die zu den bedeutendsten Herstellern von Büroeinrichtungen und Edelfurnieren in der Bundesrepublik gehören, ist grundsätzlich entschieden. "Sie soll der Stärkung beider Unternehmensbereiche auf lange Sicht dienen", heißt es in einer Presseverlautbarung des Werkes. Und weiter schreibt der Vorstand zu den Veränderungen wörtlich: "Danach werden ab dem 1. Januar 1982 die Unternehmensbereiche Büroeinrichtungen und Furniere rechtlich und wirtschaftlich verselbständigt. Während der Furnierbereich voll im Besitz der Familie Dichmann verbleibt, ändern sich bei der neu gegründeten Vario-Büroeinrichtungen GmbH & Co. KG die Beteiligungsverhältnisse. Das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 8,1 Mio. DM geht mehrheitlich in die Hände des dänischen Konzerns Skandinavisk Holding A/S. Die übrigen Gesellschaftsanteile halten die Familie Dichmann. Vorsitzender des Verwaltungsrates wird Holger Sondergaard, Mitglied des Vorstandes der Skandinavisk Holding A/S. Zum Geschäftsführer der Vario-Büroeinrichtungen GmbH & Co. KG ist der bisherige Vorstand der Aktiengesellschaft, Diplomkaufmann Dieter W. Dichmann, ein Urenkel des Firmengründers, bestellt. Vario-Dichmann hat im vergangenen Jahr einen Gruppenumsatz von rd. 61 Mio. DM erzielt. Etwa 60 % davon entfallen auf Büroeinrichtungen. 225 Mitarbeiter werden auf die neue Gesellschaft übergehen. Der Grund für die Beteiligung an Vario ist die Absicht von Skandinavisk Holding A/S, ihre Aktivitäten auf dem internationalen Büroeinrichtungsmarkt auszudehnen. Dichmann möchte durch den Anschluss an eine international tätige Unternehmensgruppe die Grundlagen für die weitere Expansion des Büromöbelbereiches sichern.

11.12.1981: In der Stadtverordnetensitzung am 11.12. brachte Erster Stadtrat Klug den HH- Plan- Entwurf für das Rechnungsjahr 1982 ein. Der Entwurf wurde einstimmig zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Einer 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Kelkheim und einer neuen "Feuerwehrgebührenordnung" für entgeltliche Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren wurde einstimmig zugestimmt.

Einstimmig wurde auch den Erschließungskosten für die Teileinrichtungen Fahrbahnausbau, Straßenentwässerung und Straßenbeleuchtung für das Gebiet "Brentanostraße" in Hornau zugestimmt. Mit 26 Stimmen gegen 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen stimmten die Stadtverordneten der Offenlegung des Bb.- Plan- Entwurfs Nr. 109 "Im Loch/ Unterm Reis" in Hornau zu. Mit 38 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmten die Stadtverordneten der Aufstellung eines neuen Bb- Planes für das Gebiet "Roteberg-/ Offerdingstraße" zu.

Außerdem beschloss die Stadtverordneten, daß die Stadt Kelkheim von dem Angebot der Hessischen Landesbahn zum geplanten Bau einer Fußgängerunterführung im Bereich des Bahnhofs K.-Mitte keinen Gebrauch macht und aus Kostengründen davon Abstand nimmt. Die Stadtverordneten waren der Auffassung, daß die Baumaßnahme der Hess. Landesbahn GmbH in der vorgelegten Form nicht ausreichend war. Mit 38 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Die Kleinbahn AG ist im Zusammenhang mit der Verbesserung der Bahnsteige am Bahnhof K.-Mitte an die Stadt herangetreten und hat erklärt, daß sie beabsichtigt, eine Bahnunterführung für Fußgänger anzulegen. Diese Unterführung soll etwa in Höhe der Friedrichstraße das erste Gleis unterqueren und auf den Bahnsteig in der Mitte zwischen den beiden Gleisen münden. Mit Schreiben vom 5.11.1981 hat die Hessischen Landesbahn GmbH, die Muttergesellschaft der Königsteiner Kleinbahn und zweier weiterer Kleinbahnen, der Stadt Kelkheim mitgeteilt, daß der Bau dieser Fußgängerunterführung im kommenden Frühjahr beginnen werde.

Die Planungen für das Planfeststellungsverfahren würden zur Zeit erarbeitet und spätestens am 15.12. 1981 beim RP zur Genehmigung eingereicht. Im gleichen Schreiben hat die Hessische Landesbahn bei der Stadt Kelkheim angefragt, ob sie an einer Verlängerung der geplanten Bahnunterführungen unter dem zweiten Gleis hindurch in Richtung Altkönigstraße interessiert sei, um dort einen zweiten Zugang zum Bahnhof zu eröffnen.

Die Baumaßnahme der Kleinbahn umfasst lediglich die Treppe auf der Ostseite und die Treppe auf dem Bahnsteig sowie die dazwischen liegende Tunnelröhre von 12,5 Meter Länge, 3 Meter lichte Weite und 2,4 Meter Höhe. Die Bahn rechnet mit Kosten von 480.000 DM. Falls der Tunnel sofort auf Kosten der Stadt bis zur Altkönigstraße weitergeführt werden sollte, würden über diese Summe hinaus 355.000 DM Mehrkosten entstehen, die von der Stadt aufzubringen wären. Falls außerdem, wie von den städtischen Gremien bei früherer Gelegenheit gefordert, zusätzlich an beiden Seiten Rampen für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen eingeplant würden, wäre mit zusätzlichen Kosten von rund 300.000 DM zu rechnen. Mit diesem Vorschlag haben sich inzwischen der Magistrat, der Planungs- und Bauausschuss, der Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltausschuss sowie der HFA - Ausschuss beschäftigt. Alle diese Gremien kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, zur Zeit von einer Erweiterung der geplanten Unterführung durch die Stadt abzusehen. Die Stadt Kelkheim hält die von der Kleinbahn vorgesehene Lösung nicht für optimal. Endgültige Planungen des Landes Hessen für die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs am Bahnhof K.-Mitte liegen bisher nicht vor.

Die Stadtverordneten haben daraufhin in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, daß die Stadt vom Angebot der Kleinbahn, die Fußgängerunterführung in Richtung Altkönigstraße zu verlängern, aus Kostengründen keinen Gebrauch machen soll. Die Bahn soll darauf hingewiesen werden, daß weder Bahnfahrpassagiere mit Kinderwagen, noch Behinderte durch die geplante Lösung optimal bedient würden. Auch für ein eventuell auf der Westseite des Bahnhofs zu schaffendes Park- and- Ride- System fehle der Zugang. Die vorgesehene Lösung sei eine Minimallösung. Der Magistrat wurde von den Stadtverordneten beauftragt, die Bahn aufzufordern, die Statik des Bauwerks so anzulegen, daß in jedem Fall zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit der Öffnung nach Westen hin erhalten bleibt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss einstimmig, aufgrund eines Dringlichkeitsantrages der SPD- und FWG-Fraktion, daß die Schülerbeförderung zwischen Hornau und Fischbach wie seither mit Bussen der Kleinbahn weitergeführt wird (der Kreis hatte eine Übernahme verweigert), wobei die Eltern die im Stadtbusverkehr zu zahlenden Tarife aufzubringen haben. Den an die Kleinbahn zu zahlenden Subventionsbetrag übernimmt die Stadt Kelkheim. Bei höheren Kosten ist erneut darüber zu entscheiden. Die Anträge Nr. 22 und 33 der UKW-Fraktion und die hierzu gestellten Änderungsanträge der SPD- und FWG-Fraktion, betreffend Beschlussfassung über eine Resolution wegen der Räumung des Dammes der B 8 am 12.5.81, wurden von der Stadtverordnetenversammlung mit 27 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Weder mit Bedauern noch in sonst einer Form nimmt die offizielle Kelkheimer Öffentlichkeit von der Räumung des B 8-Dammes im Mai dieses Jahres Kenntnis. Der Antrag der UKW-Fraktion, der auch u.a. den Satz enthielt, die Stadtverordneten sollten bedauern, daß diesem gewaltlosen Einsatz für das Gemeinwohl mit massiven staatlichen Machtmitteln begegnet wurde, wurde von der CDU- und FDP-Fraktion geschlossen abgelehnt, obwohl sich die UKW mit Änderungsvorschlägen der SPD und FWG einverstanden erklärte. Auch Teile der SPD-Fraktion stimmten gegen den Antrag.

Stv. Kündiger hatte noch einmal die Geschichte der Dammbesetzung sowie dessen Räumung beschworen. Stv. Moormann meinte, daß man die Dinge heute objektivieren könne. Er sagte der UKW, daß die Besetzung des Dammes wohl rechtswidrig gewesen sei, obwohl er persönlich mehrere Male "oben

gewesen und beeindruckt" gewesen sei, vor allem von der hervorragenden Tierhaltung. Er bemängelte aber auch den Aufwand bei der Räumung.

Stv. Roser bemerkte knapp und kurz, daß die Besetzung ungesetzlich gewesen und die Räumung die Folge dieser Ungesetzlichkeit gewesen sei, und weiter, daß eigentlich wegen der beschädigten Starkstromleitungen nach dem Brand Schadenersatz hätte gefordert werden sollen.

Stv. Krütfeldt (FDP): "Es geht nicht an, daß wir mit Bedauern feststellen, daß eine Ungerechtigkeit geschehen ist!" Er wiederholte aber seine Auffassung, daß es den jungen Leuten gelungen sei, ihre Umgebung für die Belange der Umwelt zu sensibilisieren. "Es hätte aber auch andere Wege gegeben, als die Dammbesetzung!"

Stv. Valentin (SPD): "Es ist schizophren, wenn Sie sagen, das sei eine unrechtmäßige Räumung gewesen. Der Staat ist dazu da, Eigentum zu schützen, genauso wie er seine Bürger vor unrechtmäßigen Dingen schützen muss. Recht in Unrecht umwandeln geht einfach nicht!" Immerhin, die Stadtverordneten machten sogar "Überminuten", um diesen Antrag zu diskutieren und aus der Welt zu schaffen. Man diskutierte noch lange nach 23.00 Uhr, obwohl diese Uhrzeit als Limit für die Sitzungen festgelegt war.

Die beiden Patenschiffe der Stadt Kelkheim, die "Gefion" und das MS "Kelkheim", haben der Stadt und ihren Bürgern Neujahrgrüße übermittelt. Die Besatzung der Gefion verbindet die Glückwünsche mit dem Dank für einen von der Stadt als Weihnachtsgeschenk übersandten Tonfilmprojektor. Die ersten Filmamateure hätten sich bereits gemeldet, bleibende Erinnerungen an die gemeinsame Fahrzeit aufzunehmen. Die Besatzung, schreibt der Kapitän dem Magistrat, habe sich überlegt, wie die Verbundenheit des Patenschiffes zur Stadt Kelkheim sichtbar gemacht werden könnte. Man hat eine Firma beauftragt, Sportpullover und T-Shirts zu fertigen, aus deren Aufdruck das Partnerschaftsverhältnis hervorgeht. Beides findet reißenden Absatz.

Das Motorschiff Kelkheim hat Neujahrgrüße aus Talcahuano in Chile übermittelt. Das Schiff war mit 37.000 Tonnen Getreide von New Orleans durch den Panama-Kanal am 30.11. in San Antonio, Chile, eingetroffen. Dort wurden vier der fünf Laderäume gelöscht und 12.000 Tonnen Salpeter zugeladen. Nachdem Getreide und Salpeter im Süden von Chile in mehreren Häfen gelöscht sind, ist die Kelkheim inzwischen mit Schnittholz zum Persischen Golf unterwegs. Die Reise nach Dubai durch die Magellaens-Straße dauert 55 Tage.